

**Die rechtlichen Wirkungen des sowjetischen
Außenhandelsmonopols in der
Bundesrepublik Deutschland**

Michael Brenscheidt

1974
—



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554604_0017

DIE RECHTLICHEN WIRKUNGEN DES SOWJETISCHEN
AUSSENHANDELSMONOPOLS IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Michael Brenscheidt

1974

Referent: Professor Dr. Dieter Blumenwitz

Korreferent: Professor Dr. Bruno Simma

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Februar 1974



Meiner Mutter

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
Arbeitsplan	3
 <u>Erster Teil: Das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR</u>	
Einführung	4
§ 1 Wesen und Funktionen des Außenhandelsmonopols	7
I. Wesen	7
II. Funktionen	9
1) Schutzfunktion	9
2) Planwirtschaftliche Funktion	11
3) Integrationsfunktion	12
4) Politische Funktionen	14
a. Außenpolitische Funktion	14
b. Innenpolitische Funktion	15
5) Fiskalische Funktion	16
§ 2 Die rechtliche Regelung des Außenhandels in der UdSSR	17
I. Rechtliche Grundlagen des Außenhandelsmonopols	17
1) In der Verfassung der UdSSR	17
2) Im Zivilgesetzbuch der RSFSR	18
3) In Verordnungen	20
II. Zwingende sowjetische Außenhandelsnormen	24
III. Strafrechtliche Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol	28
§ 3 Die staatlichen Organe zur Leitung und Durchführung des Außenhandels	30
I. Das Ministerium für Außenhandel	30
II. Die Handelsvertretungen der UdSSR im Ausland	32
III. Die Außenhandelsvereinigungen	34
§ 4 Das Außenhandelsmonopol in den Handelsverträgen der UdSSR	37

Zweiter Teil: Die rechtliche Geltung des sowjetischen
Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland

Einführung	41
<u>Abschnitt A:</u> Geltung über Artikel 25 GG	
§ 5 Innerstaatliche Geltung allgemeiner Regeln des Völkerrechts gemäß Artikel 25 GG	42
I. Art. 25 GG als genereller Transformator	42
II. Der Begriff "allgemeine Regel des Völkerrechts" im Sinne von Art. 25 S. 1 GG	44
III. Das sowjetische Außenhandelsmonopol und Art. 25 GG	51
<u>Abschnitt B:</u> Geltung durch das Vertragsgesetz zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen von 1958	
§ 6 Das deutsch-sowjetische "Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt" vom 25. April 1958	54
I. Zustandekommen	54
1) Diplomatische Vorverhandlungen	54
2) Vertragsverhandlungen vom 22.7.1957-8.4.1958	55
3) Paraphierung	55
4) Unterzeichnung	56
5) Ratifikation	57
6) Inkrafttreten	58
7) Geltungsdauer	59
II. Inhalt und Bedeutung des Abkommens	60
1) Allgemeines	61
2) Die wichtigsten Regelungen des Abkommens	62
a. Meistbegünstigung (Art. 1-3)	62
b. Schifffahrt (Art. 4-6)	64
c. Handelsvertretung (Art. 7 und die Anlage)	64
d. Schiedsgerichtsbarkeit (Art. 8)	67
§ 7 Die Einordnung des Handelsabkommens in das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland	68
I. Einführung völkerrechtlicher Verträge gemäß Art. 59 Abs. II S. 1 GG	68
1) Ermächtigungsfunktion	69
2) Transformationsfunktion (Vollzugsfunktion)	71
3) Keine Beschränkung der Transformation auf unmittelbar anwendbare Normen	73
4) Der Rang der eingeführten Normen	76

II.	Einführung des Handelsabkommens in das deutsche Recht	77
1)	Vertragsgesetz vom 17.3.1959	77
2)	Vertragsgesetz vom 2.8.1961	78
§ 8	Ist Art. 7 S. 1 des Abkommens in Verbindung mit der Anlage "self-executing" ?	80
I.	Der Begriff "self-executing" in völkerrechtlichen Verträgen	80
1)	Definition	80
2)	Herkunft	85
3)	Kriterien einer "self-executing"-Norm	87
a.	objektive Voraussetzung	87
b.	subjektive Voraussetzung	89
4)	Vergleich mit dem Begriff "unmittelbar anwendbar"	91
II.	Art. 7 S.1 in Verbindung mit der Anlage als unmittelbar verbindliche Regelung	92
1)	Gegenstand der Prüfung	92
2)	objektive Eignung	93
3)	subjektive Eignung	98
4)	Ergebnis	100
§ 9	Verfassungskonformität des Vertragsgesetzes zum Handelsabkommen	101

Dritter Teil: Die rechtlichen Wirkungen des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland

§ 10	Das Handelsabkommen und das deutsche IPR	106
I.	Regelung internationaler Schuldrechtsverhältnisse nach den Grundsätzen des deutschen IPR	106
1)	Vorrang der Parteiautonomie	106
2)	Einschränkung der Parteiautonomie	
a.	zwingende Normen	108
b.	staatsvertragliche Regelung	112
II.	Berücksichtigung des sowjetischen Außenhandelsmonopols nach dem Handelsabkommen	116

§ 11	Das Handelsabkommen als Maßstab der Rechtmäßigkeit innerstaatlicher Rechtsakte	118
I.	Rechtswidrigkeit von Rechtsakten, die gegen Art. 7 in Verbindung mit der Anlage verstoßen	118
II.	Nichtigkeit von Rechtsgeschäften, die gegen Art. 7 in Verbindung mit der Anlage verstoßen	119
1)	§ 134 BGB	119
2)	§ 138 Abs. I BGB	122
3)	Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage als zwingende Regelung	125
§ 12	Abschluß von deutsch-sowjetischen Außenhandelsrechtsgeschäften	128
I.	Rechtsgeschäfte, die dem Außenhandelsmonopol unterliegen	128
II.	Zuständige sowjetische Handelspartner	130
1)	Die Handelsvertretung	130
2)	Die Außenhandelsvereinigungen	130
III.	Einzuhaltende Formvorschriften	134
1)	Handelsvertretung	135
2)	Außenhandelsvereinigungen	136
	Zusammenfassung	140
	Schlußthesen	147
	Abkürzungsverzeichnis	148
	Literaturverzeichnis	151
	Anlage: Staatliche Außenhandelsvereinigungen der UdSSR Stand: Juni 1973	

Einführung

Seit mehr als zwanzig Jahren stehen bundesdeutsche Bürger, juristische Personen und Handelsgesellschaften mit den Staatshandelsländern des Ostblocks in wirtschaftlichen Beziehungen. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik Deutschland größter westlicher Handelspartner der UdSSR. ¹⁾

Die Tatsache, daß in langjähriger Praxis deutsch-sowjetischer Handelsbeziehungen kaum Anlaß zu Rechtsstreitigkeiten gegeben war, mag der Grund sein, daß auf die rechtliche Problematik deutsch-sowjetischer Handelsbeziehungen nie eingegangen wurde. ²⁾

Wie wichtig aber die juristische Erhellung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen ist, beweist der Rechtsstreit Luchterhand Verlag ./.. Verlagsgruppe Langen Müller wegen Verletzung des Urheberrechts an Solschenizyns Roman "August 1914".

Für den Ausgang dieses Rechtsstreits ist wesentlich, inwiefern der Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols auf das deutsche Recht einwirkt. Der Grundsatz des Außenhandelsmonopols bedeutet, daß sämtlicher Außenhandel der UdSSR nur durch eigens hierfür errichtete Staatsorgane durchgeführt wird und jeder private Außenhandel verboten ist.

1) KLOTSCHKE, Der Außenhandel der Sowjetunion im Jahre 1972, AfH Nr. 5, 1973, S. 2

2) Über die volkswirtschaftlichen Probleme des Handels zwischen kapitalistischen und kommunistischen Ländern existieren zahlreiche Abhandlungen. Auch über das sowjetische Rechtssystem gibt es mehrere deutschsprachige Darstellungen, jedoch alle ohne Berücksichtigung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens von 1958.

Der Luchterhand Verlag behauptet durch rechtswirksamen Vertrag mit Solschenizyn die Urheberrechte an dem Roman "August 14" erlangt zu haben. Langen-Müller bestreitet dies mit dem Einwand, der Vertrag Solschenizyn-Luchterhand sei wegen Mißachtung des sowjetischen Außenhandelsmonopols nichtig. Nicht Solschenizyn, sondern nur die zuständigen sowjetischen Staatsorgane wären zum Abschluß eines Außenhandelsvertrages berechtigt.

Nach sowjetischem Recht ist der Vertrag unstreitig nichtig. Problematisch ist, ob der Vertrag auch nach geltendem bundesdeutschen Recht unwirksam ist. Dies wäre der Fall, wenn das sowjetische Außenhandelsmonopol von deutschen Gerichten zu beachten wäre.

Nach sowjetischer Rechtsauffassung gilt das Außenhandelsmonopol der UdSSR extraterritorial ³⁾ und somit auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Aus eigener Kraft kann aber eine Norm nicht im Ausland Geltung erlangen. ⁴⁾ Alle von einem Staat erlassenen Normen gelten nur territorial, also innerhalb seines Hoheitsgebietes. Wenn sie extraterritorial wirken, dann nicht kraft eigenen Willens, sondern kraft ausländischen Willens, ausgedrückt in einer Kollisionsnorm ⁵⁾ oder einem Gesetz.

Zu untersuchen ist daher, ob das sowjetische Außenhandelsmonopol durch ein bundesdeutsches Gesetz innerstaatlich gilt oder ob es nach den Grundsätzen des deutschen IPR von deutschen Gerichten zu beachten ist.

3) LUNZ I S. 17, GENKIN S. 3, SCHÜTTE S. 30

4) GUGGENHEIM S. 134, LARENZ AT BGB S. 17

5) SAILER S. 12, FERID in Festschrift DÖLLE II S. 130 f

Arbeitsplan

Im ersten Teil werden die Grundzüge des staatlichen Außenhandelsmonopols der UdSSR dargelegt, sein Wesen und seine Funktionen, die rechtliche Regelung des Außenhandels in der Sowjetunion und die staatlichen Organe zur Leitung und Durchführung des Außenhandels. Zum Abschluß wird gezeigt, inwieweit das Außenhandelsmonopol in den Handelsverträgen der UdSSR berücksichtigt wird.

Im zweiten Teil der Arbeit wird untersucht, ob das sowjetische Außenhandelsmonopol "allgemeine Regel des Völkerrechts" ist und über Artikel 25 GG in der Bundesrepublik Deutschland gilt. Auch durch das Vertragsgesetz zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen von 1958 könnte das Außenhandelsmonopol rechtliche Geltung in der Bundesrepublik erlangt haben. In Art. 7 S. 1 des Abkommens wird ausdrücklich erwähnt, daß der Außenhandel der Sowjetunion Monopol des Staates ist und die Bundesrepublik sich deshalb mit der Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik einverstanden erklärt. Die Rechtsstellung der Handelsvertretung wird geregelt durch die Bestimmungen der Anlage, die gemäß Art. 7 S. 2 untrennbarer Bestandteil des Abkommens ist. Problematisch ist, ob Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage "self-executing" ist, bundesdeutschen Bürgern, Behörden und Gerichten ein spezielles Sollen, d.h. die Beachtung des sowjetischen Außenhandelsmonopols vorschreibt. Die rechtliche Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols ist gegeben, wenn Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage unmittelbar verbindlich ist.

Im dritten Teil wird die Bedeutung des Handelsabkommens für das IPR und die materielle Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt, wobei das Handelsabkommen als Maßstab der Rechtmäßigkeit innerstaatlicher Rechtsakte fungiert. Die abschließende Aufzählung der Rechtsgeschäfte, die dem sowjetischen Außenhandelsmonopol unterliegen und die Aufführung der zuständigen sowjetischen Handelspartner mit den zu beachtenden Formvorschriften geben Aufschluß über die rechtlichen Wirkungen des Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik.

Erster Teil

Das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR

Einführung

Als die Bolschewisten im Oktober 1917 die Macht ergriffen, standen sie vor dem Problem, eine nach sozialistischen Prinzipien geleitete Wirtschaft zu errichten.

Nach Lenins wirtschaftspolitischer Konzeption sollte das Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Kommunismus durch einen von der Sowjetmacht kontrollierten Staatskapitalismus überbrückt werden. ¹⁾ Lenin sah als Hauptaufgabe die "Kontrolle, Aufsicht und Rechnungsführung" über die Produktion und Verteilung der Güter an. ²⁾ Daher war erstes Ziel der kommunistischen Wirtschaftspolitik die entschädigungslose Enteignung der privaten Wirtschaftsbetriebe. ³⁾ Banken ⁴⁾ und Syndikate ⁵⁾, später auch mittlere und kleinere Betriebe ⁶⁾ wurden nationalisiert ⁷⁾, in das Eigentum des Staates überführt. ⁸⁾

1)BUCK I S. 34

2)LENIN,Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll,S.91,zit. nach BUCK I S. 34

3)MEDER S. 73

4)Dekret über die Nationalisierung der Banken vom 14.12.1917 (GS 1917,Nr.10,Art.150). Auszug des Dekrets in deutscher Übersetzung bei RAUPACH,Geschichte S. 157

5)Dekret vom 28.6.1918(GS 1918, Nr.47,Art.559)

6)Dekret vom 21.11.1918(GS 1918,Nr.83,Art.879) über die Nationalisierung des Binnenhandels und VO vom 29.11.1920 (GS 1920,Nr.33,Art.512),vgl.MEDER S. 73

7)Den Ausdruck "Verstaatlichung" gibt es in der russischen Sprache nicht, MEDER S. 73

8)vgl.Art.4-7 der Verfassung der UdSSR von 1936,deutsche Übersetzung bei MAURACH aaO und ROGGMANN aaO.
Zum sozialistischen Eigentumsbegriff vgl.
PFAFF,Das sozialistische Eigentum in der Sowjetunion, Abhandlungen zum Ostrecht,Köln 1965; JAKOBS,Eigentumsbegriff und Eigentumssystem des sowjetischen Rechts,Köln und Graz 1965; BILINSKY aaO S. 20 ff

Der Übergang der wichtigsten Produktionsmittel ins Gemeingut des Volkes machte auch die Nationalisierung des Außenhandels ⁹⁾ notwendig und Lenin entwickelte die Theorie des staatlichen Außenhandelsmonopols. ¹⁰⁾ Neben der Industrie, dem Verkehrs- und Bankwesen zählte Lenin den Außenhandel zu den Schlüsselstellungen ¹¹⁾ der Wirtschaft. ¹²⁾

Schon in der Periode des Kriegskommunismus ¹³⁾ hatte Lenin die Nationalisierung des Außenhandels gefordert. Die erste den Außenhandel betreffende Verordnung der Russischen Republik wurde am 28.10.1917 erlassen. "Sie verbot die Einfuhr von Luxuswaren und ordnete Maßnahmen zur Bekämpfung des Schmuggels an." ¹⁴⁾ Die Verordnung vom 11.1.1918 bestimmte, daß jeglicher Export und Import von Waren ohne staatliche Genehmigung als Schmuggel angesehen werde und strafbar sei. ¹⁵⁾ Am 31.3.1918 wurde durch Verordnung eine Außenhandelskommission errichtet, die den Außenhandel mit dem allgemeinen staatlichen Wirtschaftsplan koordinieren und die Nationalisierung des Außenhandels vorbereiten sollte. ¹⁶⁾

- - - - -
- 9) Da Außenhandel als eine Tätigkeit nicht verstaatlicht werden kann - nur Gegenstände können verstaatlicht werden - ist unter Nationalisierung die Verstaatlichung aller Außenhandelsunternehmen zu verstehen, vgl. FREYMUTH, Ursprung S. 90
- 10) HERMES S. 19, ALCHIMOW S. 2
- 11) "höchsten Kommandostellen", BERG, Probleme S. 29, THALHEIM S. 31, PATOLITSCHEW S. 9
- 12) vgl. hierzu S. 8
- 13) Hierzu PFUHL S. 12 ff
- 14) PFUHL S. 12
- 15) BERG, Probleme S. 30 = Enzyklopädie der UdSSR, Ostberlin 1950, Bd. I, Sp. 1082
- 16) FREYMUTH, Entwicklung S. 22

Eigentlich begründet wurde das staatliche Außenhandelsmonopol am 22.4.1918 durch das vom Rat der Volkskommissare erlassene Dekret "Über die Nationalisierung des Außenhandels". 17)

In den Zwanziger Jahren waren Bestrebungen im Gange, das Außenhandelsmonopol abzuschaffen. Vor allem Bucharin wollte das Außenhandelsmonopol durch eine staatliche Schutz-zollpolitik ersetzen. 18) Doch Lenin und Stalin setzten sich als Verfechter des Außenhandelsmonopols durch. 19)

So ist das staatliche Außenhandelsmonopol seit mehr als fünfzig Jahren ein Eckpfeiler der sowjetischen Ideologie, 20) "eine der unverbrüchlichen Grundlagen der sozialistischen Ordnung." 21)

-
- 17) GS 1918, Nr. 33, Art. 432; vgl. PFUHL S. 12, BERG, Probleme S. 30.- Mit Gründung der UdSSR wurde die Wirkung des zunächst nur für die RSFSR gültigen Dekrets auf die gesamte Sowjetunion ausgedehnt, BERG, Strategische Bedeutung, S. 43
- 18) ALCHIMOW S. 4; ZOTSCHEW, Die außenwirtschaftlichen Verflechtungen der Sowjetunion, Kieler Studien, Tübingen 1969, S. 16 f; vgl. auch KNIRSCH, Die ökonomischen Anschauungen Nikolaj I. Bucharins, Berlin 1959, S. 213
- 19) BERG, Probleme S. 31
- 20) CLEINOW S. 242
- 21) LEWIN-KALJUSHNAJA S. 338

§ 1 Wesen und Funktionen des Außenhandelsmonopols

I. Das Wesen des Außenhandelsmonopols

Das Plenum des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei hat am 5. Oktober 1925 das Wesen des Außenhandelsmonopols wie folgt definiert:

"Sein Wesen besteht darin, daß der Staat selbst den Außenhandel durch eine speziell gegründete Instanz (das Volkskommissariat für Außenhandel) betreibt; daß der Staat bestimmt, welche Organisationen, in welchen Branchen und in welchem Umfang unmittelbar Außenhandelsgeschäfte tätigen können; von den Aufgaben der Wirtschaft und des sozialistischen Aufbaus ausgehend, im Export-Import-Plan festsetzt, was und in welchen Mengen aus dem Lande ausgeführt und was in das Land eingeführt werden darf; durch ein System von Lizenzen und Kontingenten unmittelbar die Einfuhr und die Ausfuhr und die Geschäfte der Außenhandelsorganisationen regelt." 22)

Nach dieser Definition ist der Staat der ausschließliche Träger aller Rechte des Außenhandels. Der Sowjetstaat betreibt selbst aktiv den gesamten Außenhandel. Die Abwicklung des Außenhandels erfolgt durch bestimmte staatliche Organisationen, Umfang des Exports und Imports werden planmäßig festgelegt. Das Außenhandelsmonopol erstreckt sich auf alle Bereiche des Außenhandels; nicht nur der Handel mit Waren sondern auch internationale wissenschaftlich-technische Beziehungen, Lizenz- und Patenthandel sowie der Austausch kommerzieller und nicht-kommerzieller Dienstleistungen werden vom Außenhandelsmonopol erfaßt. 23) "Das Außenhandelsmonopol hat für alle Formen ökonomischer Beziehungen zu ausländischen Staaten Bedeutung", 24) weshalb es eng verbunden ist 25) mit dem Valuta-, dem Transport- und dem Versicherungsmonopol. 26)

22) Die KPDSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, -Konferenzen, und Plenarsitzungen des ZK; Gospolitisdats, Moskau 1954, Bd. II, S. 175; deutsche Übersetzung bei BERG, Probleme S. 30, ALCHIMOW S. 2, PFUHL S. 9.

23) BOSCH S. 47 Fn. 4 Nr. 1

24) SMIRNOV, Internationale Verrechnung und Kreditbeziehungen im Außenhandel der UdSSR, Moskau 1960, deutsche Übersetzung bei GENKIN S. 14, BERG, Probleme S. 31

25) GENKIN S. 265, ALCHIMOW S. 5

Besteht zwar eine enge wirtschaftspolitische Verknüpfung ²⁷⁾ von Außenhandels- und Valutamonopol, so darf nicht verkannt werden, daß beide Monopole rechtlich vollkommen selbständig sind; sie beruhen auf verschiedenen Rechtsgrundlagen ²⁸⁾, wurden zu verschiedenen Zeitpunkten eingeführt ²⁹⁾ und auch der Terminus "Außenhandelsmonopol" in den sowjetischen Handelsverträgen bezieht sich lediglich auf die das Außenhandelsmonopol realisierenden staatlichen Handelsorgane ³⁰⁾, über die Abwicklung des Zahlungsverkehrs werden gesonderte Vereinbarungen getroffen. ³¹⁾

26) Das Versicherungsmonopol wurde durch Dekret vom 28.11.1918 eingeführt (GS 1918, Nr. 86, Art. 904), das Valutamonopol besteht seit Erlaß des Dekrets vom 7.1.1937 (GS 1937, Nr. 8, Art. 25).- Das Valutamonopol bedeutet, daß jeglicher Devisenverkehr nur über die Staatsbank bzw. die ihr unterstellte Bank für Außenhandel abgewickelt wird, vgl. HERMES S. 17; BERG, Probleme S. 41; GENKIN S. 265.

27) Außenhandelsmonopol und Valutamonopol bedingen sich gegenseitig, HERMES S. 19; erst durch das Valutamonopol wird die Effektivität der Abschirmung der Sowjetwirtschaft gegenüber den westlichen freien Märkten gewährleistet.

28) VO vom 22.4.1918 und VO vom 7.1.1937.- Über die Verletzung der Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol und das Valutamonopol bestehen auch verschiedene Strafvorschriften, vgl. unten S. 29.

29) 1918 bzw. 1937

30) also die Handelsvertretung und die Allunionsvereinigungen, vgl. unten S. 32 ff

31) PATOLITSCHEW S. 17.- Das "Langfristige Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR" vom 25.4.1958, insbesondere Art. 5 und 6, regeln den deutsch-sowjetischen Devisenverkehr, während die Abwicklung des Handels durch Artikel 7 des deutsch-sowjetischen Abkommens über "Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt" vom 25.4.1958 geregelt wird.

II. Die Funktionen des Außenhandelsmonopols

1. Die Schutzfunktion

"The borders of the Soviet Union are protected: against possible intervention by the Red Army; against spies and White Guard by the organs of the GPU; against the economic penetration of capitalism by the foreign trade monopoly", ³²⁾ schrieb der sowjetische Außenhandelskommissar A.P. Rosengoltz 1933.

Die Errichtung des Außenhandelsmonopols war die bedeutendste Maßnahme, um den sozialistischen Staat vor wirtschaftlichen Einflüssen des Auslands zu bewahren. Durch das Außenhandelsmonopol konnte verhindert werden, daß der Aufbau der sowjetischen Industrie durch den Import von billigen und daher konkurrenzfähigen Waren gestört wurde. ³³⁾

Das staatliche Außenhandelsmonopol schützt die Planwirtschaft vor schädlichen Einflüssen der Wirtschaftskrisen und Preisschwankungen in den kapitalistischen Ländern; es schirmt die sozialistische Wirtschaft gegen unerwünschte Einflüsse der Weltmärkte ab und schützt vor dem Eindringen des Auslandskapitals. ³⁴⁾

32) A.P. ROSENGOLTZ, in: Fifteen Years of the Foreign Trade Monopoly of the USSR, 1933, S. 6; zit. nach TRISKA-SLUSSER S. 324.

33) BÜTOW I S. 27; KIESEWETTER S. 17

34) PFUHL S. 10; SCHÜLLER S. 54

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Hauptziel des staatlichen Außenhandelsmonopols die Abschirmung gegen das kapitalistische Ausland. Nach dem Krieg kommt der Schutzfunktion nicht mehr ganz diese bedeutende Rolle zu, da die UdSSR selbst industrielle Großmacht geworden ist. Doch kann keineswegs gesagt werden, das Außenhandelsmonopol habe nicht mehr Abschirmungsfunktion; ³⁵⁾ auch heute noch ist die "Funktion der Abwehr konjunktureller Einflüsse des Weltmarktes.....von erheblicher Wichtigkeit." ³⁶⁾

- - - - -
 35) So aber MIKOJAN 1940: "The monopoly of foreign trade performs no longer in the given case the functions of protecting the Soviet economy." Zitiert bei TRISKA-SLUSSER S. 330.

36) FREYMUTH, Entwicklung S. 98; ebenso ALCHIMOW S. 4.

2. Die planwirtschaftliche Funktion

Eines der wesentlichen Merkmale des sowjetischen Wirtschaftssystems ist die zentrale Planung,³⁷⁾ die alle Wirtschaftsbereiche und somit auch den Außenhandel umfaßt.³⁸⁾

"Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol stehen in engem Zusammenhang miteinander, denn eine Planwirtschaft wäre sinnlos, wenn der Außenhandel nicht in den allgemeinen Volkswirtschaftsplan einbezogen würde. " ³⁹⁾

Außenhandel und Binnenhandel werden im Rahmen des Gesamtwirtschaftsplans aufeinander abgestimmt; die UdSSR kann dringend notwendige Güter importieren, andererseits die Einfuhr von solchen Waren einschränken, die sie selbst produziert. ⁴⁰⁾

So ist das staatliche Außenhandelsmonopol ein wesentliches Element der Planwirtschaft ⁴¹⁾, ein wirksames Mittel der

"Unterwerfung des sowjetischen Außenhandels unter das Planungsprinzip ". ⁴²⁾

37) PISAR, Supergeschäft S. 99 , vgl hierzu BETTELHEIM, Theorie und Praxis sozialistischer Planung, München 1971 RAUPACH, Das Planungssystem, S. 140 ff

38) PATOLITSCHEW S. 19, SCHÜLLER S.54

39) BÜTOW I S.29

40) KIESEWETTER S. 18

41) AUERBACH , Die Problematik des Osthandels, München 1964, S. 11 f; vgl. PFUHL S.10

42) FREYMUTH, Entwicklung S. 99; LANGE-PROLLIUS S. 26

3. Die Integrationsfunktion

Nach dem 2. Weltkrieg dient das Außenhandelsmonopol der Integration der Volkswirtschaften der Ostblockstaaten. ⁴³⁾ Nachdem die Privatwirtschaft vom Außenhandel ausgeschlossen wurde, übernahmen die sozialistischen Länder die Organisationsprinzipien des sowjetischen Außenhandels. ⁴⁴⁾ Durch Einführung des Außenhandelsmonopols in den Volkswirtschaften ⁴⁵⁾ war es dem Ostblock möglich, ein eigenes geschlossenes Wirtschafts- und Handelssystem zu schaffen, das dem der freien Welt gegenübersteht. ⁴⁶⁾

Der Außenhandel der sozialistischen Länder basiert auf der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung. ⁴⁷⁾ Die Außenhandelspläne der Ostblockstaaten werden planmäßig aufeinander abgestimmt, ⁴⁸⁾ um Konkurrenz zwischen der UdSSR und den Volkswirtschaften auszuschalten.

43) Hierzu vgl. KLINKMÜLLER, Organisation S. 508 ff

44) FREYMUTH, Entwicklung S. 100, PFUHL S. 109

45) 1949: Polen, 1948: Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, 1949: Ungarn, 1950: DDR; vgl. hierzu: BÜTOW I S. 35 f, KIESEWETTER S. 35

46) BÜTOW I S. 38

47) FREYMUTH, Entwicklung S. 100, Autorenkollektiv S. 21 vgl. zur internationalen sozialistischen Arbeitsteilung:

(1) RAUPACH, Sowjetwirtschaft, S. 225 ff

(2) Rudolf BRAUER, Probleme der Ermittlung des ökonomischen Nutzens der sozialistischen Arbeitsteilung und des Außenhandels sozialistischer Staaten, Schriftenreihe sozialistischer Volkswirtschaft Ost-Berlin, 1962, S. 42 ff

48) SCHÜLLER S. 54

Die Volkswirtschaften der sozialistischen Staaten sollen sich gegenseitig stärken und ergänzen, um die Stellung der Ostblockstaaten im Rahmen der Weltwirtschaft zu verbessern. 49) Der Außenhandel ist Bindeglied zwischen der eigenen sowjetischen Volkswirtschaft und der Volkswirtschaft anderer Länder. Die Aufgaben des sozialistischen Außenhandels auf dem Gebiet des Exports werden bestimmt durch die Möglichkeiten der eigenen Volkswirtschaft und dem Bedarf anderer Länder. 50) Das Außenhandelsmonopol ist also "ein Mittel zur planmäßigen Koordinierung der sowjetischen Wirtschaft mit der Wirtschaft der Länder der Volksdemokratie, die den gegenseitigen Beistand in der wirtschaftlichen Entwicklung zum Ziel hat." 51)

Doch ermöglicht das Außenhandelsmonopol allein noch nicht die Koordinierung der Wirtschaftspläne in den Ostblockstaaten. Die gegenseitige Abstimmung der Wirtschaftspläne wird erst durch Abschluß von langfristigen Handelsverträgen erreicht. 52) Seit 1949 ist "Koordinierungsorgan" 53) für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder der "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW). 54)

49) BÜTOW I S. 69

50) AUTORENKOLLEKTIV S. 26

51) Zitat von SMIRNOV, deutsche Übersetzung bei KLINKMÜLLER-RUBAN S. 68

52) KLINKMÜLLER-RUBAN S. 69

53) BÜTOW I S. 36, PFUHL S. 107

54) Auch COMECON genannt = kommunistische ökonomische Internationale. Mitglieder des COMECON: UdSSR, Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, DDR, Ungarn.
Zum RGW vgl. POMMER S. 67 ff, KIESEWETTER S. 52 ff und USCHAKOW, Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Dokumente zum Ostrecht, Köln 1962

4. Die politischen Funktionen des Außenhandelsmonopols

a) Außenpolitische Funktion

"Der Außenhandel ist nach wie vor für die Sowjetunion.....
...in erster Linie ein Instrument der Außenpolitik; zur
Bedarfsdeckung dient er erst in zweiter Hinsicht..." 55)

Die Außenwirtschaft unterliegt "als untrennbarer Bestandteil
der sowjetischen Außenpolitik" 56) vor allem "der ideologischen
Bindung, der zentralen Planung und damit auch den politischen
Zielen des Sowjetsystems". 57)

Die Tatsache, daß das Außenhandelsmonopol vom Staat ausge-
übt wird, garantiert eine einheitliche Außenhandelspolitik. 58)

"Selbst in der täglichen Geschäftspraxis spielen die staatlichen
Außenhandelsunternehmen eine Doppelrolle: Sie importieren und
exportieren nicht nur, sondern treiben zugleich Handelspolitik
nach den Weisungen ihrer Regierung." 59)

In Übereinstimmung mit der Außenpolitik der anderen
sozialistischen Länder können mit Hilfe des Außenhandels-
monopols handelspolitische Maßnahmen festgelegt werden,
wodurch die konjunkturelle Situation auf den kapitalistischen
Märkten ausgenutzt werden kann. 60) Gerade in den Entwicklungs-
ländern hat die UdSSR mit Hilfe ihres Außenhandels politischen
Einfluß ausüben können. 61) Im Rahmen der Beziehungen zu den
jungen, wirtschaftlich schwachen Staaten wurden günstige
Kredite gewährt und technische Hilfe geleistet, wodurch
allmählich die kommunistische Herrschaft auf viele Entwick-
lungsländer ausgedehnt wurde. 62)

55) LANGE-PROLLIUS S. 26; ebenso PISAR, Supergeschäft S. 256,
FREYMUTH, Ursprung S. 106 und BERG, Probleme S. 21.
Nach dem ersten Weltkrieg erlangte die UdSSR völkerrecht-
liche Anerkennung auch nur über den Umweg des Handels. So
führte der Abschluß von Handelsverträgen mit zahlreichen
westlichen Staaten (England, Deutsches Reich, Österreich,
Italien, Dänemark) ab 1921 zur de facto-Anerkennung der
UdSSR, vgl. BERG, Aspekte S. 15

56) SCHMITT, Osthandel auf neuen Wegen, Hamburg 1968, S. 12

57) BERG, Probleme S. 19

58) AUERBACH, Die Problematik des Osthandels, München 1964, S. 12

59) PISAR, Supergeschäft S. 256; vgl. auch AMONN S. 43

60) Das sowjetische Außenhandelsmonopol gestattet es "jede
Schwankung des Weltmarktes wirksam im Interesse der UdSSR
auszunutzen", KOROLENKO, DA 1952, 198, übersetzt bei PFUHL S. 11

61) RAUPACH, System S. 224 f, BERG, Aspekte S. 16

In vielen Fällen hat die UdSSR ihre Außenhandelsmacht politisch gegenüber anderen Staaten eingesetzt. ⁶³⁾

b) Innenpolitische Funktion

Die innenpolitischen Wirkungen des Außenhandelsmonopols waren die Beseitigung der alten kapitalistischen und die Bildung neuer sozialistischer Außenhandelsunternehmen. Durch die Verstaatlichung aller Außenhandelsunternehmen ist seither jeder privatwirtschaftliche Außenhandel ausgeschlossen. ⁶⁴⁾

Da die sozialistischen Außenhandelsunternehmen als einzige Partner der Produktion und des Binnenhandels bei Export- und Importgeschäften in Frage kommen, ermöglicht das Außenhandelsmonopol auch die aktive Einflußnahme auf die Produktion innerhalb des eigenen Landes. ⁶⁵⁾

62) KLINKMÜLLER-RUBAN S. 82, THALHEIM S. 159

63) Vgl. Beispiele hierzu bei KIESEWETTER S. 20 f, PISAR, Supergeschäft S. 255 ff, BÜTOW I S. 34 f, ferner HORSTER aaO und POMMER S. 178 ff

64) BÜTOW I S. 35

65) AUTORENKOLLEKTIV S. 58

5. Die fiskalische Funktion

Das staatliche Außenhandelsmonopol ermöglicht es, aus den Außenhandelsgeschäften erhebliche Gewinne zu erzielen, die ganz dem Staat zufließen. ⁶⁶⁾

Indem die UdSSR durch staatseigene Vereinigungen ⁶⁷⁾ als Handelspartner auftritt, liefert sie selbst erzeugte Exportwaren direkt, d.h. ohne Einschaltung eines Zwischenhändlers an den ausländischen Vertragspartner. ⁶⁸⁾

Andererseits importiert die UdSSR über die staatlichen Außenhandelsorganisationen direkt vom ausländischen Erzeuger. Die im Außenhandel erzielten Gewinne, die normalerweise dem Zwischenhändler zufallen, schöpft der Staat ab, wodurch dem sowjetischen Staatshaushalt eine zusätzliche Einnahmequelle entsteht. ⁶⁹⁾

Da die großen sozialistischen Außenhandelsunternehmen weit größere Mengen einer Ware einkaufen, ⁷⁰⁾ als private Unternehmen, erhalten sie beim ausländischen Partner Mengenrabatt, ⁷¹⁾ der nicht dem Verbraucher, sondern dem Staat zugute kommt. Häufig werden in der UdSSR produzierte Waren im Ausland mit Verlust abgesetzt, für den Erlös werden ausländische Konsumgüter gekauft, die am sowjetischen Binnenmarkt zu überhöhten Preisen der Bevölkerung überlassen werden. ⁷²⁾

So ermöglicht das Außenhandelsmonopol, daß im Endeffekt ein Gewinn erzielt wird.

66) THALHEIM S. 136

67) s.u. S. 34 ff

68) KIESEWETTER S. 19

69) BÜTOW I S. 33, S. 137

70) THALHEIM S. 137, Autorenkollektiv S. 33

71) so in der Regel beim Verkauf von deutschen Wirtschaftsgütern an sowjetische Vereinigungen. Dadurch werden gewisse Waren an die UdSSR billiger abgegeben, als an deutsche Großhändler, vgl. auch AMONN S. 43 ff

72) FREYMUTH, Entwicklung S. 99; THALHEIM S.136; hierzu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Die UdSSR kaufte vom Butterberg der EWG 200 000 Tonnen zum Preis von DM 0,55 (!) das Pfund. Der Sowjetbürger muß für das Pfund jedoch DM 7,-- bezahlen; "Der Spiegel" v. 30.4.1973, Nr. 18, S. 106

§ 2 Die rechtliche Regelung des Außenhandels in der UdSSR

I. Rechtliche Grundlagen des Außenhandelsmonopols

1. In der Verfassung der UdSSR von 1936

Das staatliche Außenhandelsmonopol ist eine durch die Verfassung garantierte Außenhandelsform. ⁷³⁾

Schon die Verfassung der UdSSR vom 31.1.1924 bestimmte durch Artikel 1 g, daß den Organen der Union die Leitung des Außenhandels oblag. ⁷⁴⁾

In der Verfassung von 1936 ⁷⁵⁾ bestimmt Artikel 14 :

" Zur Zuständigkeit der Union der sowjetischen Republiken in Gestalt ihrer höchsten Organe der Staatsgewalt und der Organe der staatlichen Verwaltung gehören ...

Ziffer h: der Außenhandel auf der Grundlage des staatlichen Monopols." ⁷⁶⁾

Im Unterschied zu der Verfassung von 1924 stärkte die Stalinsche Verfassung von 1936 die Stellung der Union gegenüber den Gliedstaaten, als der Union nicht nur die Kompetenz für den Außenhandel zugesprochen wurde, sondern darüberhinaus die Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Außenhandels übertragen wurde. ⁷⁷⁾

Aus den Artikeln 72, 75, 77 der Verfassung ergibt sich die ausschließliche Zuständigkeit des Ministeriums für Außenhandel für alle Außenhandelsangelegenheiten. ⁷⁸⁾

73) FREYMUTH Entwicklung S. 96

74) vgl. BÜTOW I S. 11, 13

75) hierzu ROGGMANN, Verfassung der UdSSR vom 5.12.1936 S. 1-27

76) MAURACH S. 94 f

77) MEDER S. 230 Nr. 3, BÜTOW I S. 13

78) vgl. MAURACH S. 236 Nr. 4

2. Im Zivilgesetzbuch der RSFSR

In Artikel 17 des am 1. Januar 1923 in Kraft getretenen Zivilgesetzbuches der RSFSR ⁷⁹⁾ findet der Grundsatz des staatlichen Außenhandelsmonopols seinen Niederschlag.

Artikel 17 lautet:

"An den Außenhandelsoperationen beteiligen sich alle in der RSFSR befindlichen physischen und juristischen Personen ausschließlich durch Vermittlung des Staates in Gestalt des Außenhandelskommissariats. ⁸⁰⁾

Ein selbständiges Auftreten auf den Auslandsmärkten ist nur in den vom Gesetz besonders genannten Fällen und nur unter der Kontrolle des Außenhandelskommissariats statthaft." ⁸¹⁾

79)GS 1922, Nr. 71, Art. 904, 905; deutsche Übersetzung des ZGB 1923 bei Heinrich FREUND, Das Zivilrecht Sowjetrußlands, S. 115 - 286.

80)Durch das Gesetz vom 15.3.1946 wurden sämtliche Volkskommissariate in der UdSSR in Ministerien umgewandelt, BÜTOW II S. 25 f.

81)Deutsche Übersetzung übernommen von PFUHL S. 9

Danach war jeder Außenhandel nur unter staatlicher Mitwirkung zulässig. 82)

Über die Art und Weise, wie der Staat das Außenhandelsmonopol auszuüben habe, sagt das Zivilgesetzbuch nichts aus. Eingehendere Regelungen wurden erst durch die nachfolgenden Verordnungen getroffen. 83)

82) "Durchstaatlichung des Außenhandels", FREYMUTH S. 96

83) Im Rahmen der Zivilrechtsreform von 1961 - 1964 (hierzu MEDER S. 446 - 479) wurden durch das "Gesetz über die Grundlagen der Zivilrechtsgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken" vom 8.12.1961 (AOS 1961 Nr. 50 Art. 525; das Gesetz ist seit dem 1.5.1962 in Kraft. Deutsche Übersetzung bei RATHFELDER a.a.O), die wesentlichen Grundsätze des Unionsrechts einheitlich festgelegt, BANK S. 7.

Die in Übereinstimmung mit den Grundlagen ergangenen neuen Zivilrechtsbücher der einzelnen Republiken enthielten oft wörtlich die wichtigsten Bestimmungen der Grundlagen, s. BANK, S. 11 - 13

Artikel 3 Abs. III des ZGB der RSFSR n.F. weist in Anlehnung an die Grundlagen ausdrücklich auf die spezielle Außenhandelsgesetzgebung der UdSSR hin, vgl. BANK S. 21.

Das ZGB der RSFSR n. F. (in Kraft seit 1.10.1964) enthält in Art. 564 ff einige Bestimmungen über das sowjetische Außenhandelsmonopol (vgl. unten S. 24 ff - "zwingende Normen"), doch die Organisation des Außenhandelsapparates sowie die Abwicklung von Rechtsgeschäften mit Außenhandelorganisationen sind in Verordnungen und Satzungen geregelt.

Zu einigen den Außenhandel betreffenden Regeln des ZGB RSFSR n.F. vgl. unten S. 26.

3. In Verordnungen

Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde begründet am 22.4.1918 durch das von Lenin und Stalin unterzeichnete Dekret: " Über die Nationalisierung des Außenhandels." In diesem Dekret wurde festgelegt:

"I. Der gesamte Außenhandel wird verstaatlicht. Kauf- und Verkaufsgeschäfte mit ausländischen Staaten und mit einzelnen Handelsgesellschaften über Güter jeglicher Art (der Urproduktion, der bearbeitenden Industrie, der Landwirtschaft u.s.w.) werden im Namen der Russischen Republik durch eigens dazu bevollmächtigte Organe getätigt. Darüber hinaus sind jegliche Außenhandelsgeschäfte verboten.

II. Leitendes Organ des verstaatlichten Außenhandels ist das Volkskommissariat für Handel und Industrie . " 84)

Damit war der gesamte Außenhandel in die Hand des Staates übergegangen und der private Handel auf diesem Sektor ausgeschaltet.

- - - - -
84) ES der RSFSR , 1918, Nr. 33, Ziffer 432 : deutsche Übersetzung bei BERG S. 30

Die VO vom 22.4.1918 beschränkte sich vornehmlich auf die formale Erklärung über die Nationalisierung des Außenhandels, ohne im einzelnen festzulegen, welche speziellen Organe die Im- und Exportfunktionen ausüben sollten. Kam ihr somit in erster Linie deklaratorische und nicht organisatorische Bedeutung zu, so bildete sie doch die Basis für die weitere rechtliche Entwicklung des sowjetischen Außenhandelsmonopols.⁸⁵⁾ Durch eine Reihe weiterer Verordnungen⁸⁶⁾ wurden die Außenhandelsbeziehungen des Landes so organisiert, daß der Staat selbst die Zweckmäßigkeit der Ein- und Ausfuhr einzelner Waren und die Menge der zu importierenden und exportierenden Waren bestimmte. In einer Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 11.6.1920 wurde das Volkskommissariat für Außenhandel und Industrie in Volkskommissariat für Außenhandel umbenannt.⁸⁷⁾ Die Verordnung bestimmte das Volkskommissariat für Außenhandel zum allein zuständigen Organ für alle Außenhandelsangelegenheiten.

- - - - -
85) BÜTOW I S. 2

- 86) 1. VO des RVK der RSFSR "Über Maßnahmen zur Durchführung der Nationalisierung des Außenhandels" vom 30.4.1919, ES der RSFSR 1919, Nr. 19, Ziff. 222
2. VO des RVK der RSFSR "Über die Organisation des Außenhandels und des Warenaustausches der RSFSR" vom 11.6.1920, ES der RSFSR 1920, Nr. 53, Ziff. 235
3. Dekret des AZEK vom 13.3.1922 "Über den Außenhandel", ES der RSFSR 1922, Nr. 24, Ziff. 266
4. Dekret des AZEK und des RVK "Über den Außenhandel" vom 16.10.1922, ES der RSFSR 1922, Nr. 65, Ziff. 846
5. Dekret des AZEK und des RVK "Über den Außenhandel" vom 12.4.1923, ES der RSFSR 1923, Nr. 31, Ziff. 345.
- 87) Das Volkskommissariat für Außenhandel in der Zeit von 1917 - 1921, vgl. FREYMUTH, Ursprung S. 121 ff

Artikel 2 der VO vom 11.6.1920 lautet:

"Kein Ressort, keine Institution oder Organisation der RSFSR, kein Unternehmen und keine Privatperson hat das Recht, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, Verhandlungen zu führen oder irgendwelche Abmachungen abzuschließen, die den Export oder den Import von Waren betreffen, ohne vorher das Einverständnis und die Erlaubnis des Volkskommissariats für Außenhandel (NKVT) oder seiner zuständigen Organe im Ausland eingeholt zu haben, wobei die von dieser Behörde festgesetzten Bestimmungen eingehalten werden müssen." 88)

Dem NKVT oblagen bis 1922 nicht nur die kontrollierenden und regulierenden, sondern auch die operativen Funktionen des Außenhandels. 89)

Im März 1921 wurde auf dem X. Parteitag das Programm der "Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) beschlossen. 90)

Sie brachte auf dem Gebiete des Außenhandels entscheidende Veränderungen organisatorischer Art mit sich. Die rechtliche Grundlage für die neue Organisation des Außenhandels bildet die Verordnung vom 13.3.1922. 91)

Neben dem NKVT wurden andere Organisationen auf der Basis eines Lizenzsystems zum Außenhandel zugelassen. Die neue Regelung brachte also den Übergang von einem einzigen Außenhandelsorgan, dem NKVT, zu einer Vielzahl von Rechtssubjekten, zumeist Aktiengesellschaften 92), die unter der Kontrolle des NKVT Im- und Exportgeschäfte tätigen durften.

88) Deutsche Übersetzung bei PFUHL S. 14, Fn. 24

89) BÜTOW I S. 4

90) Über die Entwicklung des sowjetischen Außenhandelsrechts in den ersten Jahren der NEP vgl. RAUPACH, Geschichte S. 47 ff, FREUND, Das Zivilrecht Sowjetrußlands, S. 129-131

91) Deutsche Übersetzung bei PFUHL S. 17 f

92) Aufgrund der VO vom 13.3.1922 entstanden zahlreiche "Gemischte Gesellschaften" vor allem im Ausland; diese waren Aktiengesellschaften, von denen die UdSSR durch das NKVT oder dessen Organe 51% des Kapitals hielt. Zu den "Gemischten Gesellschaften" vgl. PFUHL S. 26 ff und FEITELBERG, Staatliche und gemischte Aktiengesellschaften im Sowjetrecht in rechtsvergleichender Darstellung, Heidelberg 1929

Die endgültige Aufteilung der Außenhandelsfunktionen erfolgte in den Dreissiger Jahren.⁹³⁾ Zweck der Reorganisation war die Zentralisierung der Leitung bei der Planung des Außenhandels und die Dezentralisierung der operativen Ausführung.⁹⁴⁾ Während die Stellung des Volkskommissariats für Außenhandel als zentraler Verwaltungsapparat gestärkt wurde, traten an die Stelle der bisherigen Aktiengesellschaften die Allunionsvereinigungen für Außenhandel, denen branchenmäßig die Durchführung von Export- und Importgeschäften übertragen wurde.⁹⁵⁾ Durch die Dezentralisierung des Außenhandelssystems blieb das Wesen des Außenhandelsmonopols unangetastet, nur seine organisatorischen und rechtlichen Formen wurden umgestaltet.⁹⁶⁾

93)Vgl. auch die VO über die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretungen im Ausland vom 13.9.1933, s.unten S. 32 f

94)PFUHL S. 35

95)PFUHL S. 37

96)BÜTOW I S. 9

Weitergehende Literatur über die Monopolisierung des Außenhandels in der UdSSR und den Ausbau des Außenhandelsapparates:

KAUFMANN, Organisation und Regulierung des Außenhandels der UdSSR, Königsberg 1925; DEUTSCH, Technik des Rußlandgeschäfts, Wien-Berlin 1928; von STAUFFENBERG aaO; SCHEUERLE, Entwicklung und Rechtsgrundlagen des Außenhandelsmonopols der UdSSR, ihre Außenhandelsarbitrage und deren Rechtsprechung, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd.II, München 1954, S. 173 ff; DÜRER, Die Technik des Exports nach Sowjetrußland in den Vorkriegsjahren (Unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung des sowjetrussischen Außenhandelsmonopols), Wien 1949; von KNORRE aaO; MEDER, Das sowjetische Wirtschaftsrecht, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 290 ff; FREYMUTH, Ursprung aaO; KOWAN, Die Bildung der UdSSR und des Außenhandelsmonopols, in: AH, Heft 7, 1972, S. 8 ff

II. Zwingende sowjetische Außenhandelsnormen

Da der Grundsatz des staatlichen Außenhandelsmonopols zu den Prinzipien des sozialistischen Systems gehört, 97) sind die Normen über das Außenhandelsmonopol zwingend; für sie beansprucht die UdSSR absolute Geltung, d.h. sie erkennt rechtliche Regelungen nur dann als wirksam an, wenn sie den Normen über das Außenhandelsmonopol nicht widersprechen. 98) Welches Recht die Parteien eines Außenhandelsgeschäftes auch immer vereinbart 99) haben, oder welches Landesrecht aufgrund einer Kollisionsnorm des Internationalen Privatrechts angewendet werden müßte, für alle Außenhandelsbeziehungen müssen die Normen über das Außenhandelsmonopol beachtet werden; unabhängig vom Abschlußort und anwendbaren Landesrecht haben die Normen über das Außenhandelsmonopol "extraterritoriale Geltung." 100)

97) GENKIN S. 3 ; SCHÜTTE S. 37; CLEINOW S. 242

98) Ein Verstoß gegen ein Gesetz über das Außenhandelsmonopol wäre ein Verstoß gegen den sowjetischen ordre public.

99) Art. 126 der Grundlagen des ZGB UdSSR bestimmt, daß das auf den Vertrag anzuwendende Recht durch Vereinbarung von den Parteien gewählt werden kann. Die Parteien können den Inhalt des Vertrages und die Normen, die auf ihre Beziehungen anwendbar sein sollen, bestimmen. Ihre Wahl ist nicht auf ein bestimmtes Rechtssystem beschränkt: sie können auch ausländisches Recht vereinbaren, das überhaupt keine Beziehungen zu ihrem Vertrag hat. Im Hinblick auf die Parteiautonomie muß beachtet werden, daß es in einem Staatshandelsland wie der UdSSR keine Parteiautonomie im strengen Sinne geben kann, da Privatpersonen von Außenhandelsgeschäften grundsätzlich ausgeschlossen sind. Parteiautonomie im Bereich des Außenhandels gilt daher nur für die sowjetischen Außenhandelsorganisationen und ihre Partner; vgl. GEILKE S. 175; SCHÜTTE S. 34; GENKIN S. 3;

Zum sowjetischen IPR vergleiche:

(1) RUBANOW, Fragen des internationalen Privatrechts in den Grundlagen für die Zivilgesetzgebung der Union der UdSSR und der Unionsrepubliken, RabelsZ 27 (1962) S. 698 ff

(2) RAMZAITSEV, The Law of International Trade in the New Soviet Legislation, Journal of Business Law, 1963, S. 229ff.

100) LUNZ I S. 17

Zwingende Regelungen über das Außenhandelsmonopol sind enthalten in der Verfassung, die das staatliche Außenhandelsmonopol garantiert (Art. 14 Ziff. h) und die ausschließliche Zuständigkeit des Außenhandelsministeriums für alle Außenhandelsangelegenheiten festlegt (Art. 72, 75 und 77), weiter in den speziellen Gesetzen über das Außenhandelsmonopol. Dazu gehören in erster Linie die Verordnung von 1918 "Über die Nationalisierung des Außenhandels" und die Verordnung von 1933 "Über die Rechtsstellung der Handelsvertretungen im Ausland." ¹⁰¹⁾ Auch die Satzungen der einzelnen Außenhandelsorganisationen sind zwingendes Recht. Alle Rechtsgeschäfte, die gegen die Satzung verstoßen, sind nichtig. ¹⁰²⁾ So lautet Artikel 50 ZGB RSFSR n.F. : ¹⁰³⁾

"Unwirksam ist ein Rechtsgeschäft, das eine juristische Person im Widerspruch zu den Zwecken vornimmt, die ihr ihr Statut, ihre Ordnung für Organisationen der betreffenden Art setzen. Auf derartige Geschäfte finden Artikel 48 und 49 entsprechende Anwendung." ¹⁰⁴⁾

101) dazu s.u.S. 32 f; GENKIN S. 3

102) SCHÜTTE S. 41

103) BANK S. 41

104) Artikel 48 Abs. I ZGB RSFSR n.F.:

"Ein Rechtsgeschäft, das nicht den Anforderungen des Gesetzes entspricht, ist unwirksam." BANK S. 40

Artikel 49 ZGB RSFSR n.F.:

"Wurde das Rechtsgeschäft zu einem Zweck vorgenommen, der den Interessen des sozialistischen Staates und der sozialistischen Gesellschaft offensichtlich widerspricht, und haben beide Teile schuldhaft gehandelt und beide Teile geleistet, so wird von dem anderen Teil das durch die Leistung Erlangte sowie die dafür vorgesehene Gegenleistung eingezogen. Hat nur ein Teil schuldhaft gehandelt, so hat er dem anderen Teil das von diesem Geleistete herauszugeben; das von dem letzteren als Gegenleistung Erlangte oder noch zu Erlangende wird eingezogen."

Weitere zwingende Außenhandelsnormen sind die sowjetischen Vorschriften über die Wirksamkeitsvoraussetzungen von Außenhandelsgeschäften. Unabhängig vom Abschlußort und anwendbarem Landesrecht müssen die sowjetischen Formvorschriften eingehalten werden.

"Eine Nichtbeachtung der sowjetischen Formvorschriften würde dem Außenhandelsmonopol widersprechen, da der sowjetische Staat für sich die ausschließliche Befugnis in Anspruch nimmt, die Voraussetzungen festzulegen, unter denen Außenhandelsgeschäfte abgeschlossen werden können." 105)

So bestimmt Artikel 565 Absatz II ZGB RSFSR : 106)

"Die Form eines Außenhandelsgeschäftes sowjetischer Organisationen und das Verfahren ihrer Unterzeichnung bestimmen sich ungeachtet des Ortes der Vornahme nach der Gesetzgebung der UdSSR." 107)

Für den Abschluß von Außenhandelsgeschäften durch sowjetische Organisationen ist einfache Schriftform erforderlich. 108)

Außenhandelsgeschäfte, die den Formerfordernissen nicht genügen, sind gemäß Artikel 45 ZGB RSFSR n.F. unwirksam:

"Formmangel sowie Nichteinhaltung der Unterzeichnungsvorschriften bei Außenhandelsgeschäften (Artikel 565) haben die Unwirksamkeit zu Folge." 109)

105) SCHÜTTE S. 37; vgl. PISAR HLR S. 652 ff

106) Deutsche Übersetzung bei BANK S. 259
Dem Art. 565 II ZGB RSFSR entspricht wörtlich Art.
125 II GrZR, RATHFELDER S. 75

107) Hierzu: PISAR, HLR, Vol. 72, 1959, S. 1452 ff

108) Verordnung vom 26.12.1935, vgl. SCHÜTTE S. 43

109) BANK S. 39

Außenhandelsgeschäfte der Handelsvertretungen ¹¹⁰⁾ und der Außenhandelsvereinigungen ¹¹¹⁾ müssen jeweils von zwei Personen unterzeichnet werden, dem Vorsitzenden der Vereinigung bzw. seinem Stellvertreter und einem bevollmächtigten Mitglied der Organisation bei Abschluß von Verträgen in Moskau; bei Vertragsabschluß außerhalb von Moskau genügt die Unterzeichnung von zwei ordnungsgemäß bevollmächtigten Personen. ¹¹²⁾ In der sowjetischen Zeitschrift "AUSSENHANDEL" ¹¹³⁾ werden die zu r Unterzeichnung bevollmächtigten Personen der betreffenden Außenhandelsorganisationen namentlich aufgeführt. Eine Person, deren Name nicht veröffentlicht wurde, gilt als nicht ordnungsgemäß bevollmächtigt. "Das Recht der Unterschriftsleistung steht diesen Personen erst nach ihrer Bekanntgabe im genannten Anzeiger des Außenhandelskommissariats zu." ¹¹⁴⁾

- - - - -
110) VO vom 13.10.1930, vgl. PFUHL S. 38 ff

111) VO vom 26.12.1935, vgl. PFUHL S. 41

112) SCHÜTTE S. 43

113) "AUSSENHANDEL" ist das offizielle Organ des Außenhandelsministeriums, vgl. MERKBLÄTTER S. 19, PFUHL S. 42.
Seit 1970 erscheint "AUSSENHANDEL" auch in deutscher Sprache einmal im Monat.

114) Anm. zu Art. 2 der VO vom 26.12.1935, PFUHL S. 41

III. Strafrechtliche Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol.

Artikel 3 der "Grundlagen der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken" vom 31.10.1924 schrieb zwingend vor, daß die Bestimmungen über die Staatsverbrechen wörtlich in die Strafgesetzbücher der einzelnen Unionsrepubliken übernommen werden mußten. ¹¹⁵⁾ Das Strafgesetzbuch der RSFSR von 1927 ¹¹⁶⁾ enthielt daher die vollständige Aufzählung der (1) "konterrevolutionären Verbrechen" und der (2) "besonders gefährlichen Verbrechen gegen die Staatsverwaltung der UdSSR." ¹¹⁷⁾

Als besonders gefährliches Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung der UdSSR wurde der Verstoß gegen das Außenhandelsmonopol gewertet: "Die Verletzung der Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol wird mit Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren bestraft nebst vollständiger oder teilweiser Vermögensseinziehung." ¹¹⁸⁾

Im Rahmen der sowjetischen Strafrechtsreform ¹¹⁹⁾ erging am 25.12.1958 neben weiteren neuen Gesetzen ¹²⁰⁾ das "Gesetz über die Staatsverbrechen" (StVG). ¹²¹⁾

115) MEDER S. 195

116) Gesetz vom 6.6.1927, GS der RSFSR 1927, Nr. 49, Ziff. 330, deutsche Übersetzung von GALLAS, Berlin-Leipzig 1931

117) In Artikel 58 Ziffer 1 - 14 sind die konterrevolutionären, in Artikel 59 Ziffer 1 - 13 sind die besonders gefährlichen Staatsverbrechen aufgeführt.

118) Art. 59 Ziffer 11, deutsche Übersetzung bei BUTOW II S. 2

119) Vgl. hierzu SCHROEDER, Die Grundsätze der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken, München 1960; ders. Der strafrechtliche Staatsschutz in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, München 1963, S. 19 ff; DIRNECKER, ROW 1959, 64 ff; MEDER S. 479

120) Gesetz über die "Grundlagen der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken", Gesetz über die "Strafbarkeit von Militärdelikten"; hierzu GEILKE S. 201, MEDER S. 479 ff

121) Das StVG ist seit 6.1.1959 in Kraft. Deutsche Übersetzung des StVG von ZÜLCH-PUSYLEWITSCH aaO.

Galt die Verletzung der Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol nach den Grundlagen von 1924 und dem alten Strafgesetzbuch der RSFSR von 1927 noch als "besonders gefährliches Verbrechen gegen die Staatsverwaltung", so sind Verstöße gegen das Außenhandelsmonopol im Verbrechenskatalog des StVG nicht aufgeführt und werden nach geltendem Recht nicht bestraft. ¹²²⁾

 122) SCHROEDER, Der strafrechtliche Staatsschutz in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, München 1963, S. 74.- Das StGB der RSFSR n.F. vom 27.10.1960 enthält ebenfalls keine Strafbestimmung über das Außenhandelsmonopol. Verstöße gegen das Valutamonopol wurden früher gemäß Artikel 59 Ziffer 12 des StGB der RSFSR geahndet, sie sind auch heute strafbar nach Artikel 25 StVG und Artikel 88 StGB der RSFSR n.F.- Die Strafrechtsreform wurde von BOSCH S. 46 Fn.3 völlig übersehen; auch erwähnt BOSCH einen Artikel 59 des StGB der UdSSR; richtig ist Artikel 59 des StGB der RSFSR.

§ 3 Die staatlichen Organe zur Leitung und Durchführung des Außenhandels ¹²³⁾

I. Das Ministerium für Außenhandel

Die Gesamtleitung ¹²⁴⁾ des sowjetischen Außenhandels ist dem Ministerium für Außenhandel übertragen. ¹²⁵⁾ Die Verordnung vom 9.4.1939 ¹²⁶⁾ regelt den Aufbau des Ministeriums. ¹²⁷⁾

An der Spitze des Ministeriums steht der vom Obersten Sowjet ernannte Außenhandelsminister; er ist Mitglied des Minister-rats der UdSSR. ¹²⁸⁾ Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Außenhandelsminister im Inland Bevollmächtigte bei den Ministerien der Unionsrepubliken und den lokalen wirtschaftlichen Organen, ¹²⁹⁾ im Ausland die Handelsvertretungen zur Verfügung. ¹³⁰⁾

- - - - -

¹²³⁾ Es soll im Rahmen dieser Arbeit nur ein Überblick gegeben werden. Ich verweise daher auf die ausführlichen Darstellungen bei BERG, Probleme aaO, BÜTOW I aaO und FREYMUTH, Entwicklung aaO.

¹²⁴⁾ Eine Ausnahme hiervon besteht für eine spezielle Sphäre der Außenhandelsbeziehungen, für die das am 1.7.1957 gebildete "Staatliche Komitee für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland" (GKES) zuständig ist. Das GKES organisiert und leitet den Export vollständiger Industrieanlagen und gewährt technische Hilfe beim Aufbau von Anlagen im Ausland, insbesondere in den Ostblockstaaten und den Entwicklungsländern. Der Export wird durchgeführt von vier dem GKES direkt unterstellten Allunionsvereinigungen, s.u.S. 35 Fn. 3. Zum GKES vgl. KLINKMÜLLER, Organisation S. 488f, PATO-LITSCHEW S. 11, BERG, Strategische Bedeutung S. 53, GENKIN S. 24 f.

¹²⁵⁾ Art. 72, 75, 77 der Verfassung der UdSSR; vgl. AMONN S. 40

¹²⁶⁾ Deutsche Übersetzung der VO bei BÜTOW II S. 107 f

¹²⁷⁾ Zum Aufbau des Außenhandelsministeriums vgl. KLINKMÜLLER, Organisation S. 484-487, BERG, Probleme S. 32ff, FREYMUTH, Entwicklung S. 101 ff

¹²⁸⁾ d.h. der Regierung der UdSSR

¹²⁹⁾ BÜTOW I S. 56 ff, FREYMUTH, Entwicklung S. 105 f, AMONN S. 40

¹³⁰⁾ AMONN S. 40

Das Ministerium für Außenhandel hat unter anderem folgende wesentlichen Kontroll-, Verwaltungs- und Planungsaufgaben: 131)

- (1) Anknüpfung und Pflege der Handelsbeziehungen mit ausländischen Staaten, Verhandlungen und Abschluß von Handelsverträgen.
- (2) Aufstellung der Außenhandelspläne der UdSSR und Gewährleistung ihrer Erfüllung.
- (3) Überwachung der Tätigkeit der Allunionsvereinigungen für Außenhandel.
- (4) Anleitung der dem Minister unterstellten Bevollmächtigten und Handelsvertretungen bzw. Handelsagenturen.
- (5) Leitung der Zoll- und Devisenpolitik
- (6) Kontrolle der Einhaltung des Außenhandelsmonopols und aller den Außenhandel betreffenden Gesetze und Verordnungen.

131) vgl. die Aufzählung bei BERG, Probleme S. 32, FREYMUTH, Entwicklung S. 102 f, BÜTOW I S. 49 f

II. Die Handelsvertretungen der UdSSR im Ausland

Die Handelsvertretungen sind Staatsorgane, die im Ausland die Rechte der Sowjetunion auf dem Gebiet des Außenhandels wahrnehmen. ¹³²⁾ Sie repräsentieren das sowjetische Außenhandelsmonopol im Ausland ¹³³⁾ und schließen für die Sowjetregierung privatwirtschaftlich Handelsgeschäfte ab ¹³⁴⁾, für die der Fiskus der UdSSR haftet. ¹³⁵⁾

Die Handelsvertretungen sind dem Außenhandelsministerium direkt unterstellt. Sie sind keine juristischen Personen. ¹³⁶⁾ Sie gehören zur Botschaft der UdSSR in dem jeweiligen Gastland und genießen diplomatische Vorrechte. ¹³⁷⁾

Rechte und Pflichten der Handelsvertretungen sind in der Verordnung vom 13.9.1933 geregelt ¹³⁸⁾, sie ergeben sich weiter aus den zwischenstaatlichen Abkommen.

Nach Artikel 1 der Verordnung von 1933 haben die Handelsvertretungen folgende drei Hauptaufgaben zu erfüllen:

- - - - -
132) LEWIN-KALJUSHNAJA S. 265

133) PISAR, Supergeschäft S. 88

134) Die sowjetischen Handelsvertretungen haben nicht, wie die Handelsattachés bei den Botschaften anderer Staaten, nur handelspolitische und informatorische Aufgaben, sondern ihnen obliegt es gerade Außenhandelsgeschäfte abzuschließen, also privatwirtschaftlich tätig zu werden, vgl. GRZYBOWSKI S. 297

135) SCHURSCHALOW S. 318

136) SCHURSCHALOW S. 318, PERETERSKI-KRYŁOW S. 129.

137) LEWIN-KALJUSHNAJA S. 266; GRZYBOWSKI S. 296.-
Zur Extraterritorialität der Handelsvertretungen vgl.
von STAUFFENBERG S. 52 ff

138) GS der UdSSR 1933, Nr. 59, Ziff. 354; deutsche Übersetzung bei PFUHL S. 50 ff, BÜTOW II S. 7 ff, FREYMUTH, Entwicklung S. 140 ff

- (1) Sie vertreten die Interessen der UdSSR auf dem Gebiet des Außenhandels und fördern die Entwicklung der Handels- und sonstigen Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR mit dem Lande des Sitzes der Handelsvertretung.
- (2) Sie regulieren den Außenhandel der UdSSR mit dem Lande des Sitzes der Handelsvertretung.
- (3) Sie führen den Außenhandel der UdSSR mit dem Lande des Sitzes der Handelsvertretung.

Die Handelsvertretungen, die zuerst für den Sowjetstaat vor allem rechtsgeschäftlich tätig wurden, besitzen auch heute noch das Recht, unmittelbar Handelsgeschäfte abzuschließen. In der Praxis ist diese Aufgabe aber weitgehend auf die Außenhandelsvereinigungen übergegangen. ¹³⁹⁾

So üben die Handelsvertretungen in erster Linie handelspolitische Verwaltungsfunktionen aus ¹⁴⁰⁾, z.B. Ausstellung von Warenursprungsbescheinigungen, ¹⁴¹⁾ Genehmigungen zur Einfuhr und Transit ausländischer Waren.

139) Seit Erlass der Verordnung vom 27.7.1935, vgl. BÜTOW II S. 24 f, AMONN S. 40

140) GRZYBOWSKI S. 298

141) Auch die Allunions-Handelskammer, eine juristische Person mit Sitz in Moskau, stellt Warenursprungsbescheinigungen aus, § 3 des Statuts der Allunions-Handelskammer vom 2.8.1943, deutsche Übersetzung bei BÜTOW II S. 38.- Hauptaufgabe der Allunions-Handelskammer ist die Organisation von Messen und der Teilnahme an Ausstellungen im Ausland. Zur Allunions-Handelskammer vgl. KLINKMÜLLER, Organisation S. 489, MERKBLÄTTER S. 18

III. Die Außenhandelsvereinigungen

Die operative kommerzielle Tätigkeit im Außenhandel der UdSSR, vor allem die Ein- und Ausfuhr von Waren, wird von den Außenhandelsvereinigungen ¹⁴²⁾ durchgeführt, die nach Fachbereichen gegliedert sind. ¹⁴³⁾ Jede Vereinigung hat das ausschließliche Recht zum Im- und Export der ihr zugewiesenen Warengruppen; die Vereinigungen sind also branchenmäßig monopolisiert ¹⁴⁴⁾, sie haben ein "Monopol innerhalb des Monopols". ¹⁴⁵⁾

Die Außenhandelsvereinigungen haben unmittelbare Beziehungen zu ausländischen Firmen, mit denen sie selbständig alle Handelsgeschäfte abschließen. Sie arbeiten nach dem Prinzip der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" ¹⁴⁶⁾ und sind zur Vornahme aller Handlungen berechtigt, die zur Unterhaltung der Geschäftsbetriebe erforderlich sind, so zu Kredit-, Wechsel-, Bankoperationen, An- und Verkauf, An- und Vermietung von Mobilien und Immobilien. ¹⁴⁷⁾ Die Satzung der Außenhandelsvereinigung legt Wesen und Umfang der Geschäftstätigkeit fest. ¹⁴⁸⁾

Die Außenhandelsvereinigungen sind selbständige staatliche Wirtschaftsorganisationen; sie haben die Rechtsstellung juristischer Personen. ¹⁴⁹⁾ Da sie einerseits voll integrierter Bestandteil der Regierungsbürokratie sind, andererseits juristische Person, bezeichnet PISAR die Außenhandelsvereinigungen als "vom Konzept her eine Firma sui generis" ¹⁵⁰⁾, HERMES sieht sie "im Prinzip als Dienststellen des Staates" an. ¹⁵¹⁾

142)Gegenwärtig beträgt die Anzahl der sowjetischen Außenhandelsvereinigungen 51, PATOLITSCHEW S. 12

143)vgl. aber S. 135 Fn. 6

144)BERG,Probleme S. 36, FREYMUTH,Entwicklung S. 110

145)PISAR, Supergeschäft S. 91

146)BÜTOW I S. 105, MEDER S. 74 f.

Zum Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung vgl. BILINSKY S. 160 ff und LEPTIN, Der industrielle Betrieb, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion-Wirtschaft,Köln 1965,S. 198 ff

147)FREYMUTH,Entwicklung S. 114, PISAR HLR Vol.70,4; 1957,642.

148)Art. 25 ZGB RSFSR n.F., bei BANK S. 31.

Vgl. als Beispiele die Satzungen der Außenhandelsvereinigungen Exportchleb (BÜTOW II S. 109 ff) und Lizensintorg (PMZ 1964,159 f.).

149)MEDER S. 74

150)Supergeschäft S. 90

151) S. 18

Die Außenhandelsvereinigungen bestehen auf Unionsebene ¹⁵²⁾ und haben ihren Sitz in Moskau. ¹⁵³⁾ Die Leitung der Außenhandelsvereinigung obliegt dem Direktor, der unmittelbar dem Außenhandelsminister untersteht. ¹⁵⁴⁾ Gründung und Liquidation einer Außenhandelsvereinigung erfolgt durch Verordnung des Ministerrats der UdSSR ¹⁵⁵⁾; die Satzungen werden vom Außenhandelsministerium bestätigt. ¹⁵⁶⁾ Die Außenhandelsvereinigung besitzt ein bestimmtes Grundkapital, sie haftet nur mit ihrem Vermögen ¹⁵⁷⁾, eine Haftung des Staates ist ausgeschlossen. ¹⁵⁸⁾

- - - - -
152) Daher der Name "Allunionsvereinigung"

153) Ausnahmen: Lenfintorg (Leningrad) und Dalintorg (Nachodka) vgl. Anlage S. I

154) Dem am 1.7.1957 gebildeten staatlichen Komitee für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland (GKES) unterstehen vier Allunionsvereinigungen, die für die Durchführung des Exports vollständiger Industrieanlagen zuständig sind. (Technoexport, Tjashpromexport, Technopromexport, Prommasch-export) KLINKMÜLLER Osteuropahandbuch, S. 489

155) PISAR Supergeschäft S. 92

156) FREYMUTH, Entwicklung S. 113, BERG, Probleme S. 35

157) Das Vermögen der Allunionsvereinigungen besteht aus Grund(d.h. Anlage-) und Umlaufmitteln. Die Grundmittel unterliegen nicht der Zwangsvollstreckung oder Verpfändung, Art. 22 GrZR (RATHFELDER S. 23). Während Umlaufmittel nach Zivilrecht übertragen werden, können Grundmittel nur im Verwaltungswege übertragen werden, vgl. hierzu BILINSKY S. 522-543, MERKBLÄTTER S. 18. Zum Problem Verwaltungsrecht-Zivilrecht vgl. PFAFF, Das Problem der Unterscheidung öffentlichen und privaten Rechts in der Entwicklung der sowjetischen Rechtslehre, ZfvglRW 1968, 129 ff.

158) Artikel 33 ZGB RSFSR n.F., FREYMUTH, Entwicklung S. 114. Der Staat haftet aber für Rechtsgeschäfte einer Allunionsvereinigung, die von der Handelsvertretung im Ausland garantiert worden sind, vgl. Art. 3 der Anlage zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 25.4.1958, BGBI. 1959 Teil II S. 226

Im sowjetischen Rechtssystem gilt für juristische Personen der Grundsatz der "speziellen Rechtsfähigkeit", vergleichbar mit der "ultra-vires"-Theorie im anglo-amerikanischen Rechtskreis. ¹⁵⁹⁾ Im Gegensatz zu natürlichen Personen sind juristische Personen des sowjetischen Rechts nur im Rahmen ihres statutenmäßig festgelegten Tätigkeitsbereiches rechts- und geschäftsfähig; sie haben "nur eine prinzipiell begrenzte, nämlich durch ihre Zweckbestimmung begrenzte und auf die Erfüllung dieser Zweckbestimmung beschränkte zivilrechtliche Rechtsfähigkeit." ¹⁶⁰⁾ Die den Vereinigungen gestellten Aufgaben bestimmen also den Umfang ihrer Rechtsfähigkeit. ¹⁶¹⁾ Satzungs Fremde ¹⁶²⁾ Rechtsgeschäfte stellen einen Verstoß gegen das Planungsprinzip dar und werden als gesetzwidrig angesehen; sie sind nichtig. ¹⁶³⁾

159) PISAR HLR Vol 70,4; 1957,642; SCHÜTTE S. 40; PFUHL S. 81; BÜTOW I S. 106

160) MEDER S. 451 Fn. 21

161) Art. 26 Abs. I ZGB RSFSR n.F. (BANK S. 31) = Art. 12 Abs. I GrZR (RATHFELDER S. 17 f): "Die juristische Person ist zivilrechtsfähig nach Maßgabe der für ihre Tätigkeit festgesetzten Ziele."

162) "Außerstatutarisches Geschäft", FREYMUTH, Entwicklung S. 112

163) Art. 50 ZGB RSFSR n.F., s.o.S. 25

Zur speziellen Rechtsfähigkeit vgl. BRATUS, Sowjetisches Zivilrecht, Bd. I, Ostberlin 1953, S. 183 ff

§ 4 Das sowjetische Außenhandelsmonopol in den Handelsverträgen der UdSSR

Während des Bürgerkrieges war der Außenhandel Sowjetrußlands völlig zum Erliegen gekommen. ¹⁶⁴⁾

Lenin erkannte, daß die sowjetische Wirtschaft nur über den Außenhandel anzukurbeln war:

"Der wichtigste Faktor, der uns angesichts dieser komplizierten und ganz außergewöhnlichen Lage die Existenz möglich macht, ist der, daß wir, ein sozialistisches Land, mit kapitalistischen Ländern Handelsbeziehungen aufnehmen." ¹⁶⁵⁾

Er definierte die Aufgaben des Außenhandels Anfang der zwanziger Jahre so:

"Handelsbeziehungen und Handelsverkehr mit dem Ausland bedeutet Aufstieg unserer Großindustrie." ¹⁶⁶⁾

Mit Beginn der "Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) ¹⁶⁷⁾

schaltete sich die UdSSR verstärkt in den Welthandel ein.

Ziel war der Abschluß von Handelsverträgen mit "kapitalistischen Staaten", wodurch die Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols erreicht werden sollte. ¹⁶⁸⁾

164) PATOLITSCHEW S.164, BUCK S. 58, THALHEIM S. 31, BERG Strategische Bedeutung, S. 63, BERG Aspekte S.15

165) LENIN Werke, Bd. 31, S. 403, zitiert nach ALCHIMOW S.3

166) LENIN Werke, Bd. 44, S.486, zitiert nach ALCHIMOW S. 3

167) seit 1921, dazu: PFUHL, S. 16ff, BUCK S. 53 ff, RAUPACH, Geschichte, S. 47 ff

168) TRISKA and SLUSSER S. 325: "the natural consequence of the foreign trade monopoly was the Soviet insistence, tentative at first and determined later to have the foreign trade monopoly recognized and accepted by all of its trade partners."

Nach PFUHL S. 20 vollzog sich die Entwicklung organisierter Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und anderen Staaten in drei Abschnitten:

- (1) Handel unter der Flagge des Zentrosojus
- (2) Einrichtung von Handelsvertretungen im Ausland als Folge von Friedensverträgen (ohne de jure Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols).
- (3) de jure Anerkennung des Außenhandelsmonopols.

Zunächst wurde das Außenhandelsmonopol heftig vom Ausland bekämpft, von einer Anerkennung konnte keine Rede sein. Die westlichen Länder verhinderten die Entwicklung des sowjetischen Außenhandels durch Verhängung einer Wirtschafts- und Goldblockade. 169)

In den ersten sowjetischen Handelsabkommen wurde nur auf die Existenz des Außenhandelsmonopols angespielt:

"At first, Soviet treaties and agreements, dealing with trade matters only alluded to the trade monopoly: for example the Soviet-Afghan treaty of February 28, 1921 provides in Article 6 that Afghanistan would purchase Soviet goods in the RSFSR through state organs. " 170)

Erst nach Abschluß des Rapallo-Vertrages am 16.4.1922 und der völkerrechtlichen Anerkennung der UdSSR, gelang es der Sowjetunion, eine Reihe von Handelsabkommen zu treffen, in denen das Außenhandelsmonopol de jure anerkannt wurde. 171)

"Einmal gezwungen, die Anerkennung des Handelsmonopols sich zu erkämpfen, ging die Sowjetunion weiter, indem sie dafür auch die denkbar weiteste Form seiner Ausgestaltung durchsetzte. " 172)

Die Vertragspraxis der UdSSR ging davon aus, daß die kapitalistischen Länder, die mit der UdSSR Handel treiben wollten, sich den sowjetischen Gesetzen über die Durchführung von Außenhandelsgeschäften unterwerfen mußten. 173)

169) vonKNORRE, S. 466

170) TRISKA-SLUSSER, S.325

171) KIESEWETTER S.16 f, hierzu von KNORRE S. 470 f

172) CLEINOW S.242

173) LEWIN Grundprobleme S. 165

Der Abschluß von Handelsverträgen wurde davon abhängig gemacht, daß sich der ausländische Vertragsstaat mit der Aufnahme der wesentlichen Grundsätze des sowjetischen Außenhandelsrechts in den Vertrag einverstanden erklärte. ¹⁷⁴⁾

Die erste Formulierung des sowjetischen Außenhandelssystems in einem Vertrag findet sich im italienisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 7.2.1924. ¹⁷⁵⁾

In diesem und den folgenden Handelsverträgen ¹⁷⁶⁾ nahm die UdSSR immer wieder ein Schema von Bestimmungen auf, die als Prinzipien ihrer Handelspolitik anzusehen sind. Zwei Grundsätze sind zur *conditio sine qua non* für die Handelsvertragspolitik der UdSSR geworden :

- (1) Die Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols durch den ausländischen Partner
- (2) Die Anerkennung der Exterritorialität der Handelsvertretungen im Ausland. ¹⁷⁷⁾

Die Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols geschah praktisch dadurch, daß die Vertragsstaaten es der UdSSR gestatteten, eine Handelsvertretung zu errichten, die im Ausland die Rechte der UdSSR auf dem Gebiete des ihr zustehenden Außenhandelsmonopols ausüben durfte. ¹⁷⁸⁾

Diese Handelsvertretungen waren Bestandteil der sowjetischen Botschaft ¹⁷⁹⁾ und genossen sämtliche diplomatische Vorrechte. ¹⁸⁰⁾

174) BÜTOW I S.15, KIESEWETTER S.16, PISAR HLR Vol 70,4 S.622 ff

175) Artikel 3:

"Davon ausgehend, daß das Außenhandelsmonopol in der UdSSR dem Staate zusteht, gewährt die italienische Regierung der Handelsvertretung der Union und deren Organen auf italienischem Gebiet die Möglichkeit, diejenigen Funktionen auszuführen, die der Handelsvertretung von der Regierung der Union auferlegt sind." Deutsche Übersetzung bei PFUHL S. 20 Fn. 46, BÜTOW I S.15 f

176) vgl. hierzu PFUHL S. 55-61 und BÜTOW I S.15-18, bei denen zahlreiche Handelsabkommen verzeichnet sind, zum Teil mit Textauszügen in deutscher Übersetzung.

177) BÜTOW I S.15, KIESEWETTER S.16

178) von KNORRE S.470f

179) LEWIN-KALJUSHNAJA S.266

180) SCHURSCHALOW S.316

Um die Immunität ihrer Handelsvertretungen völkerrechtlich abzusichern, mußte die UdSSR Verträge mit genauer Abgrenzung der Rechtsstellung der Handelsvertretung schließen. Sie versuchte daher ihre Auffassungen vom Status der Handelsvertretung in möglichst umfassender Weise durchzusetzen. ¹⁸¹⁾ Die wesentlichen Bestandteile der Verordnung über die Handelsvertretungen vom 13.9.1933 ¹⁸²⁾ wurden in zahlreichen Verträgen wörtlich übernommen und damit völkerrechtlich verankert. ¹⁸³⁾

Da die Prinzipien des staatlichen Außenhandelsmonopols Inhalt aller sowjetischen Handelsverträge und -abkommen sind, ist das Außenhandelsmonopol "also in allen Verträgen von den mit der Sowjetunion abschließenden Staaten anerkannt worden." ¹⁸⁴⁾ Die besondere Bedeutung der Anerkennung des Außenhandelsmonopols kommt in den Handelsverträgen auch formell zum Ausdruck. Die Vereinbarungen über die Rechtsstellung der Handelsvertretungen werden von den übrigen Bestimmungen eines Handelsvertrages (wie solchen über die Meistbegünstigung, Schiedsgerichtsbarkeit usw.) zumeist äußerlich abgehoben. ¹⁸⁵⁾ So werden seit 1939 die Bestimmungen über die Rechtsstellung der Handelsvertretungen in einem besonderen Anhang untergebracht, ¹⁸⁶⁾ der untrennbarer Bestandteil des Vertrages ist. ¹⁸⁷⁾

181) LEWIN Grundprobleme S. 165

182) insbesondere Artikel 1 bis 7

183) vgl. PFUHL S.55 ff, BÜTOW I S.15 ff und Art I der Anlage über die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 25.4.1958

184) von STAUFFENBERG S.22

185) FRENZKE Die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretungen, OER Heft 4, 1963, S.273

186) wie Fn.185, vgl. auch die Anlage zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen von 1958

187) vgl. Artikel 7 Satz 2 des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens von 1958

Zweiter Teil

Die rechtliche Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland

Einführung

Das Außenhandelsmonopol der UdSSR gehört zum sowjetischen ordre public, die Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol sind zwingende Normen, für welche die UdSSR extraterritoriale Geltung beansprucht. Die sowjetischen Normen maßen sich an , aus eigener Kraft über den sowjetischen Hoheitsbereich hinaus absolut zu wirken und auch in der Bundesrepublik Deutschland rechtliche Geltung zu haben. Aus eigener Kraft aber kann eine Norm nie im Ausland Geltung erlangen. ¹⁾ Alle von einem Staat erlassenen Vorschriften gelten nur territorial, ²⁾ also innerhalb seines Hoheitsgebietes. Wenn sie extraterritorial wirken, dann nicht kraft eigenen Willens, sondern kraft ausländischen Willens, ausgedrückt in einer Kollisionsnorm. ³⁾ Der deutsche Richter wendet also fremde Normen nur an, wenn die Kollisionsnorm auf fremdes Recht verweist.⁴⁾ Grundsätzlich ist der deutsche Richter nur an eigene Normen gebunden, Vorschriften also, die innerstaatlich vom Gesetzgeber erlassen worden sind, Gewohnheitsrecht darstellen oder als allgemeine Regel des Völkerrechts über Artikel 25 GG in der Bundesrepublik gelten. Zu untersuchen ist daher, ob der Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols über Artikel 25 GG oder über das Vertragsgesetz zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 25.4.1958 innerstaatliche Geltung erlangt hat.

1) GUGGENHEIM S. 134, LARENZ AT BGB S. 17

2) SAILER S. 12; vgl. auch RUDOLF, Territoriale Grenzen der staatlichen Rechtsetzung, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 11, Karlsruhe 1973, S. 37 ff, 45

3) FERID, Wechselbeziehungen zwischen Verfassungsrecht und Kollisionsnormen, in: Festschrift für Hans DÖLLE, Bd. II, Tübingen 1963, S. 119 ff (130 f); BEITZKE, Betrachtungen zur Methodik im Internationalprivatrecht, in: Festschrift für Rudolf SMEND, Göttingen 1952, S. 1ff; SAILER S. 12

4) vgl. unten S. 109 ff

Abschnitt A : Geltung über Artikel 25 GG§ 5 Innerstaatliche Geltung allgemeiner Regeln des Völkerrechts gemäß Artikel 25 GG1. Artikel 25 GG als genereller Transformator

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen Staaten und anderen Völkerrechtssubjekten ⁵⁾, nur ausnahmsweise trifft das Völkerrecht auch Regelungen für Einzelpersonen. ⁶⁾

Die Normen des Völkerrechts gelten nicht aus eigener Kraft innerhalb der nationalen Rechtsordnungen ⁷⁾, sie sind nicht automatisch innerstaatlich verbindlich, da das Völkerrecht als eine gegenüber dem innerstaatlichen Recht selbständige Rechtsordnung angesehen wird. ⁸⁾ Um innerstaatliche Geltung zu erlangen, bedarf das Völkerrecht der Umwandlung in innerstaatliches Recht. Eine solche Umwandlung bewirkt Artikel 25 Satz 1 GG, der die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts", die grundsätzlich nur zwischen den Staaten als Völkerrechtssubjekten gelten, dem bundesdeutschen Recht inkorporiert: ⁹⁾ "Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts." Ein allgemeiner Völkerrechtssatz bedarf zu seiner Geltung in der Bundesrepublik Deutschland nicht eines besonderen Übernahmeaktes in der Form eines Bundesgesetzes, ¹⁰⁾ sondern sein Geltungsbereich wird durch Artikel 25 S. 1 GG auf die deutsche innerstaatliche Ebene erstreckt. ¹¹⁾

5)z.B. dem Vatikan,vgl. BERBER S. 163, MENZEL S. 123

6)HESSE S. 40

7)BOEHMER S. 2 f

8)So die dualistische Theorie, vgl. TRIEPEL,Völkerrecht und Landesrecht, 1899; ANZILOTTI, Il Diritto Internazionale nei Giudizi Interni, 1905; WALZ,Völkerrecht und staatliches Recht, 1933; ROSS,Lehrbuch des Völkerrechts, 1951; PARTSCH S. 19 ff, RUDOLF S. 128 ff.-

Nach der monistischen Theorie, die vor allem von KELSEN, VERDROSS, LAUTERPACHT und WRIGHT vertreten wird, bilden Völkerrecht und staatliches Recht eine einheitliche Rechtsordnung. Innerhalb des MONISMUS wird unterschieden zwischen der Lehre vom Primat des Völkerrechts(KELSEN) und der Lehre vom Vorrang des Staatsrechts.-Zu den verschiedenen Konstruktionsmöglichkeiten des Rechtsuniversums vgl. BLUMENWITZ S. 292 ff

9)MENZEL S. 58, 64; MAUNZ-DÜRIG S. 12 Rn. 21 zu Art. 25 GG, FIGORSCH S. 6, RUDOLF S. 262, von MANGOLDT-KLEIN S. 679.

10)Voraussetzung der innerstaatlichen Geltung völkerrechtlicher Vertragsnormen ist deren Transformation, d.h. ihre vom Gesetzgeber durchgeführte, innerstaatliche Inkraftsetzung durch Vertragsgesetz gem. Art. 59 Abs.II S.1 GG, vgl. FIGORSCH S. 81, RUDOLF S. 177 f.

11)von MANGOLDT-KLEIN S. 679, HAMANN-LENZ S. 386, FIGORSCH S. 6

Die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" bleiben Völkerrechtssätze, sie sind aber durch Artikel 25 GG zugleich innerstaatliche Rechtsquelle geworden, dem Bundesrecht eingliedert.¹²⁾ Man spricht daher von Artikel 25 GG als dem "generellen Transformator" für die allgemeinen Völkerrechtssätze.¹³⁾

Artikel 25 Satz 2 GG bestimmt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts den Gesetzen vorgehen und unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes Rechte und Pflichten erzeugen. Voraussetzung für die Einverleibung der allgemeinen Völkerrechtsnormen ist ihre rechtliche Qualifizierung als "allgemeine Regel des Völkerrechts."¹⁴⁾

12) RUDOLF S. 262 f. Auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts gliedert Artikel 25 GG die allgemeinen Regeln des Völkerrechts in das Bundesrecht ein (BVerfGE 15,33), erhalten sie "Eingang in die deutsche Rechtsordnung", BVerfGE 6,363.

A.M. PARTSCH S. 51 f; PARTSCH knüpft an die von ANSCHÜTZ zu Art. 4 der Weimarer Verfassung ("Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.") geprägte Formel an, nach der "gelten als" volle Gleichstellung der Völkerrechtsnorm mit einem Reichsgesetz bedeutet (ANSCHÜTZ S. 70). Für die Worte "gelten als" in Art. 4 der Weimarer Verfassung ist die Auslegung von ANSCHÜTZ zutreffend, denn die allgemein anerkannten Regeln gelten nur als Bestandteil des Reichsrechts, sie sind also ihrem Wesen nach etwas anderes, werden dem Reichsrecht aber gleichgestellt (vgl. die Meinung von SEIDL-HOHENVELDERN bei PARTSCH S. 51). Die Meinung von PARTSCH, die Definition von ANSCHÜTZ sei auch für die Worte "sind Bestandteil des Bundesrechtes" gültig, ist abzulehnen, weil sich für eine Gleichstellung von Völkerrecht mit Bundesrecht in Art. 25 GG kein Anhaltspunkt ergibt; die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" gelten nicht als, sondern sind Bestandteil des Bundesrechtes, sie sind dem Gesamtbundesrecht integriert, sie sind Bundesgesetze, wie JAHRREISS S. 53 f es formuliert.

13) Von Generaltransformation sprechen RUDOLF S. 262, KRAUS S. 223, IPSEN, Gleichheit, in: NEUMANN-NIPPERDEY-SCHUENER, Die Grundrechte, Bd. II, Berlin 1954, S. 111 ff (114); MENZEL S. 66 ("genereller Transformator")

14) PIGORSCH S. 6

II. Der Begriff "allgemeine Regel des Völkerrechts" im Sinne von Artikel 25 Satz 1 GG

Unter "Regeln" des Völkerrechts sind generell-abstrakte Rechtssätze des objektiven Völkerrechts zu verstehen.¹⁵⁾ Diese Völkerrechtsregeln sind "allgemein" im Sinne von Artikel 25 Satz 1 GG, wenn sie von den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit, insbesondere den größeren Kulturnationen¹⁶⁾, als verpflichtend anerkannt werden.¹⁷⁾ "Allgemein" bezieht sich also auf die Verbreitung der Regeln innerhalb der Völkergemeinschaft,¹⁸⁾ nicht hingegen auf den Charakter der Regel.¹⁹⁾ Allgemein ist eine Regel des Völkerrechts im Sinne von Art. 25 GG unabhängig davon, ob die Bundesrepublik Deutschland sie als verbindlich ansieht²⁰⁾, denn eine spezielle Anerkennung der Bundesrepublik ist für die Inkorporation der allgemeinen Regeln nach herrschender Auffassung nicht erforderlich.²¹⁾

-
- 15) MAUNZ-DÜRIG S. 9 Rn. 17 zu Art. 25 GG, von MANGOLDT-KLEIN S. 675, SCHMIDT-BLEIBTREU-KLEIN S. 317, PIGORSCH S. 7, ebenfalls BVerfGE 18,449.- Nicht zu den Regeln des Völkerrechts gehören Einzelmaßnahmen, wie Beschlüsse der Vereinigten Nationen, MAUNZ-DÜRIG S. 9 Rn. 17 zu Art. 25 GG .
- 16) HAMANN-LENZ S. 387
- 17) MAUNZ S. 331, HESSE S. 41, von MANGOLDT-KLEIN S. 675, LEIBHOLZ-RINCK S. 290 ff, SCHMIDT-BLEIBTREU-KLEIN S. 316
- 18) von MANGOLDT-KLEIN S. 675, RUDOLF S. 240, 252, MAUNZ-DÜRIG S. 9 Rn. 17 zu Art. 25 GG
- 19) HERZOG DÖV 60,776, Von MANGOLDT-KLEIN S. 675, AUBIN JZ 1954,118 ff(119), KLEIN JIR 11(1962) 164 f; MAUNZ-DÜRIG S. 9 Rn. 17 zu Art. 25 GG.
A.A. GURADZE DÖV 60,287 und in "Der Stand der Menschenrechte im Völkerrecht", S. 173 f.
- 20) So BVerfGE 15,34; 16,33.
- 21) PIGORSCH S. 22; MENZEL, Bonner Kommentar Art. 25 Erl.II 2; RUDOLF S. 247 ff; HAMANN-LENZ S. 387; von MANGOLDT-KLEIN S. 675; MAUNZ-DÜRIG S.9, Rn. 17 zu Art. 25 GG.
A.A. DAHM S. 65, BERBER S. 101; STÖDTER, Grundgesetz und Völkerrecht, DÖV 1949,266 f; IPSEN, Über das Grundgesetz, Rektoratsrede Hamburg 1959, S. 37; SEIDL-HOHENVELDERN, Grundgesetz und Völkerrecht S. 54, von zur MÜHLEN, Art. 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 im Vergleich zu Art. 4 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Hamburg 1950, S.127

Danach sind die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" im Sinne von Artikel 25 GG universale ²²⁾, d.h. für alle Staaten der Welt geltende ²³⁾, und generelle ²⁴⁾, d.h. für den Großteil von Staaten maßgebliche Regeln. ²⁵⁾ Nicht zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehören dagegen regionale ²⁶⁾ und partikuläre ²⁷⁾ Völkerrechtsnormen. ²⁸⁾

 22) von MANGOLDT-KLEIN S. 675; BERBER S. 52; MENZEL S. 74;
 Es wird hier von Unanimität, d.h. dem völligen Gleichklang der Rechtsüberzeugung gesprochen, vgl. MAUNZ-DÜRIG S. 10 Rn. 18 zu Art. 25 GG; von MANGOLDT-KLEIN S. 676.

23) z.B. der Grundsatz der Exterritorialität bestimmter Diplomaten

24) sog. "Quasi-Unanimität", vgl. MAUNZ-DÜRIG S. 10 Rn. 18 zu Art. 25 GG; von MANGOLDT-KLEIN S. 675

25) OPPENHEIM-LAUTERPACHT S. 32; MAUNZ-DÜRIG S. 10 Rn. 18 zu Art. 25 GG; von MANGOLDT-KLEIN S. 675

26) Sie gelten nur für ein bestimmtes Gebiet, z.B. Staaten eines Kontinents. Hierzu MENZEL S. 75 ff

27) Sie gelten nicht allgemein, sondern nur für zwei oder einige wenige Staaten, vgl. MENZEL S. 75

28) HAMANN-LENZ S. 386; MAUNZ-DÜRIG S. 10 Rn. 19 zu Art. 25 GG

Die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" werden durch das Völkergewohnheitsrecht gebildet.²⁹⁾ Darunter ist die Summe der ungeschriebenen völkerrechtlichen Normen zu verstehen, "die, getragen von einer die Staaten verpflichtenden Rechtsüberzeugung (Rechtsgefühl, Rechtsbewußtsein) in ständiger Übung gewachsen sind."³⁰⁾

Zu den "allgemeinen Regeln" gehören nicht die "allgemeinen Rechtsgrundsätze"³¹⁾, die gemäß Artikel 38 Abs. I c des Statuts des Internationalen Gerichtshofes³²⁾ den Rechtsordnungen aller zivilisierter Staaten innewohnen.

29) SCHMIDT-BLEIBTREU-KLEIN S. 317; MENZEL S. 59; PIGORSCH S. 8 f
DOEHRING S. 126

30) PIGORSCH S. 8 f; MENZEL S. 93

Auch der Satz "pacta sunt servanda", d.h. völkerrechtliche Verträge müssen gehalten werden, ist ein Gewohnheitsrechtssatz, weshalb ein Teil der Lehre ihn zu den "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" im Sinne von Artikel 25 GG rechnet, so jedenfalls BERBER S. 100, 63 und MAUNZ-DÜRIG S. 10 f Rn. 20 zu Art. 25 GG. Danach wird nicht der Inhalt eines Vertrages allgemeine Regel, sondern nur der Satz, daß internationale Verträge völkerrechtlich bindend sind. RUDOLF S. 259 ff, 285 hat überzeugend dargelegt, daß der Satz "pacta sunt servanda" nicht Gegenstand von Art. 25 GG ist. Art. 25 GG erstreckt die Geltung von Völkergewohnheitsrechtssätzen auf den innerstaatlichen bundesdeutschen Bereich, wodurch diesen Regeln im innerstaatlichen Recht Wirkung verliehen wird. Der Satz "pacta sunt servanda" gilt im Außenverhältnis der Völkerrechtssubjekte, er richtet sich nicht an die Individuen und kann für die Bewohner des Bundesgebietes weder Rechte noch Pflichten erzeugen; Staatsbürger, Verwaltung und Rechtsprechung sind nicht an diesen Satz gebunden. Deshalb ist der Satz "pacta sunt servanda", obwohl dem Völkergewohnheitsrecht zugehörig, keine "allgemeine Regel des Völkerrechts" im Sinne von Art. 25 GG; ebenso BOEHMER S. 67, PIGORSCH S. 91 f; von MANGOLDT JIR 3(1950/51) 19, Fn. 26 und ECHTERHÖLTER JZ 1955, 691.

31) Zu den allgemeinen Rechtsgrundsätzen zählen die Grundsätze des Rechtsmißbrauchs, der Verjährung, der Verwirkung, des Notrechts u.a., vgl. BERBER S. 65 ff, 70f; MENZEL S. 98

32) "general principles of law recognized by civilized nations"

Da die bundesdeutsche Rechtsordnung die einer "zivilisierten Nation" ist, sind die allgemeinen Rechtsgrundsätze schon Bestandteil des bundesdeutschen Rechts, es bedarf nicht mehr einer Inkorporation durch Artikel 25 GG. Deshalb werden die "general principles" im Sinne von Artikel 38 Abs I c des Haager Statuts nicht von Artikel 25 GG erfaßt. ³³⁾

Auch die Regeln der Völkermoral, Völkersitte und Völkerhöflichkeit ("comitas gentium") sind nicht Gegenstand von Artikel 25 GG, da sie keine Völkerrechtsnormen sind; ³⁴⁾ sie erzeugen nur sittliche Verpflichtungen, nicht aber Rechtspflichten. ³⁵⁾

- - - - -

33) PIGORSCH S. 13 ff; RUDOLF S. 255 ff, von MANGOLDT-KLEIN S. 678 MAUNZ-DÜRIG S. 10 Fn. 5 zu Art. 25 GG; AUBIN JZ 1954, 119; ECHTERHÜLTER JZ 1955, 690 f, VON ZUR MÜHLEN S. 101 ff KRAUSS S. 224 KLEIN JIR 11 (1962) 171 f, GIESE-SCHUNCK S. 69; SCHÜBBE, Wesen und Rang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im Sinne von Art. 25 GG, Münster, 1956, S. 64 ff; A.M. DOEHRING S. 125; MANN SJZ 1950, S. 538; BERBER S. 99; GUGGENHEIM, Völkerrechtliche Schranken im Landesrecht S. 21; SAUER, Grundlehre des Völkerrechts, 3. Aufl. Köln-Berlin 1955 S. 23 f; DAHM S. 65; MEYER-LINDERNBERG, Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 4, 1961 S. 105.
Literatur über die "allgemeinen Rechtsgrundsätze":
SPIROPOULOS, Die allgemeinen Rechtsgrundsätze im Völkerrecht, 1928; HÄRLE, Die allgemeinen Rechtsgrundsätze im Völkerrecht ZÖR Bd. 11 (1931) 206; VON DER HEYDTE, Glossen zu einer Theorie der allgemeinen Rechtsgrundsätze, FW Bd 33 (1933) 289; VERDROSS, Die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts, 1931
BIN CHENG, General principles of law as applied by international courts and tribunals, 1953; PIGORSCH S. 11 ff.

34) MENZEL S. 104; PIGORSCH S. 16 f

35) Pigorsch S. 16 f; OPPENHEIM-LAUTERPACHT S. 34

Umstritten ist, ob das Vertragsvölkerrecht Gegenstand von Artikel 25 GG ist. Dagegen ist anzuführen, daß Vertragsvölkerrecht nur zwischen den Vertragspartnern gilt, also die Beziehungen zweier oder mehrerer Völkerrechtssubjekte zueinander regelt, partikuläres Recht aber nicht von Artikel 25 GG erfaßt wird. ³⁶⁾ Während Artikel 25 die allgemein verbreiteten Regeln des Völkerrechts dem bundesdeutschen Recht einverleibt, werden die partikulären Völkerrechtssätze durch besonderen Gesetzgebungsakt gemäß Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG transformiert.

Die Existenz des Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG weist darauf hin, daß Artikel 25 GG die besonderen Regeln eines völkerrechtlichen Vertrages überhaupt nicht erfaßt. ³⁷⁾

"Denn wenn Artikel 25 GG die "allgemeinen" Regeln des Völkerrechts für verbindlich erklärt, so hat er offenbar die "besonderen" Regeln des Völkerrechts ausschließen wollen, und als solche werden gerade die Regeln des Vertragsrechts betrachtet, für die Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG eine besondere Regelung trifft. ³⁸⁾ Würden Völkervertragsrechtsnormen von Artikel 25 GG erfaßt, so würden sie gemäß Artikel 25 Satz 2 GG Überbundesgesetzrang haben, nach Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG aber nur den Rang eines Bundesgesetzes ³⁹⁾; ein derartiger Widerspruch war vom Verfassungsgeber nicht gewollt. Deshalb wird von einem Teil der Literatur Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG als Spezialregelung für Völkervertragsrecht angesehen.

- - - - -

36) s.o. S.47

37) GUGGENHEIM, Völkerrechtliche Schranken im Landesrecht, S.21
DAHM, S. 66; DOEHRING S.136 f

38) DAHM S.66

39) ganz herrschende Meinung, s.u. S.77

40) von MANGOLDT JIR Bd. 3 (1954) 17; SEIDL-HOHENVELDEN, Grundgesetz und Völkerrecht, S.57; DAHM S.66; DOEHRING S.136 f;
GUGGENHEIM, Völkerrechtliche Schranken im Landesrecht S.21

Doch kann Artikel 59 Abs. II S. 1 GG nicht für "allgemeine Regeln des Völkerrechts" gelten, die in Staatsverträgen enthalten sind. ⁴¹⁾ Wenn die ungeschriebenen Regeln des Völkerrechts gemäß Art. 25 S. 2 GG den deutschen Gesetzen vorgehen, dann können sie nicht, weil sie später schriftlich in einem völkerrechtlichen Vertrag niedergelegt sind, über Art. 59 Abs. II S. 1 GG nur mehr Gesetzesrang haben, sonst würden allgemeine Regeln durch den Abschluß eines Staatsvertrages ihren Übergesetzesrang verlieren können. Deshalb gilt eine durch Staatsvertrag bestätigte "allgemeine Regel des Völkerrechts" nicht kraft Vertragsgesetzes (Zustimmungsgesetzes) nach Art. 59 Abs. II S. 1 GG, sondern kraft Verfassungsbefehls nach Art. 25 GG. ⁴²⁾ Dabei ergreift Art. 25 GG die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" nicht als Völkervertragsrecht, sondern als Völkergewohnheitsrecht. ⁴³⁾

 41) Oft sind Sätze des allgemeinen Völkergewohnheitsrechts in völkerrechtlichen Verträgen (bilateralen und multilateralen) enthalten, vgl. RUDOLF S. 250

42) Auch nach dem BVerfG darf der Gesetzgeber nicht über vertraglich geregelte Gegenstände verfügen, die als allgemeine Regel bereits kraft Art. 25 GG Bestandteil der bundesdeutschen Rechtsordnung sind; BVerfGE 6, 362 f;

43) vgl. DAHM S. 21

Eine "allgemeine Regel des Völkerrechts" wird in dem Moment des Entstehens durch Artikel 25 GG dem Bundesrecht einverleibt.⁴⁴⁾ Eine schon zu Bundesrecht gewordene Norm braucht aber nicht später gemäß Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG nochmals transformiert zu werden; es besteht für eine Transformation kein Bedürfnis mehr.⁴⁵⁾

Mit der Rechtsprechung und der überwiegenden Lehre ist festzuhalten, daß Bestimmungen des Völkervertragsrechts nicht Gegenstand des Artikel 25 GG sind.⁴⁶⁾ Somit ist Artikel 25 GG nur auf Gewohnheitsvölkerrecht bezogen.⁴⁷⁾

44) RUDOLF S.252; JAHREISS S.53 ff

45) RUDOLF S. 251 f: "Der Vertragsinhalt, der allgemeines Gewohnheitsrecht darstellt, wiederholt nämlich nur den Inhalt eines allgemeinen Gewohnheitsrechtssatzes, der in dieser Eigenschaft als Gewohnheitsrechtssatz bereits existiert und durch Art. 25 GG in deutsches Recht transformiert und mit dem höheren Rang ausgestattet ist ... Einer Transformation des Vertragsrechts, das allgemeine Regeln des Völkerrechtes wiedergibt, bedarf es überhaupt nicht, da Art. 25 die betreffende Völkerrechtsnorm bereits in dem Augenblick dem Bundesrecht inkorporiert, in dem die Norm als Satz des allgemeinen Gewohnheitsvölkerrechts entstanden (d.h. praktiziert und anerkannt) ist. Art. 25 GG erfaßt daher niemals solche Normen, die gerade dem Völkervertragsrecht angehören. Deshalb taucht in der Regel die Gefahr eines Rangverlustes allgemeiner Regeln durch den Abschluß eines Kodifikationsvertrages nicht auf. Handelt es sich im Kodifikationsabkommen um Normen des allgemeinen Gewohnheitsrechts, so sind diese bereits Bestandteil des deutschen Rechts kraft der generellen Transformation durch Art. 25 GG, und einer nochmaligen Transformation bedarf es insoweit nicht."

46) RUDOLF S. 250 ff, DOHRING S.129 ff, für den ein Vertrag, der allgemeine Regeln des Völkerrechts enthält, nur "deklaratorischer Natur" ist. DAHM S.66, KRAUS in Festschrift LAUN 1953, S.224, 228 Fn. 6; von MANGOLDT JIR Bd.3(1954) 17: Für das Völkervertragsrecht gilt Art. 25 GG grundsätzlich nicht. " MANN SJZ 1950, 548, HENRICHS MDR 1955, 141; MAYER AÖR 88 (1963) 112. A.M. PIGORSCH S. 9 ff. PIGORSCH übersieht dabei (S.11), daß sich aus der Entstehungsgeschichte des Art.25 ergibt, daß Vertragsvölkerrecht nicht erfaßt werden sollte, bei den Beratungen zu Grundgesetz war von CARLO SCHMID die Erstreckung des Art. 25 auf das Vertragsrecht abgelehnt worden, JÖR n.F. Bd.*1 (1951) 230; ferner JELLINEK, Kritische Betrachtungen zur Völkerrechtsklausel in den deutschen Verfassungs-urkunden, in : Festgabe für Erich KAUFMANN, Stuttgart-Köln 1950, S. 181 ff (186)

47) RUDOLF S.285; KRAUS S.224, 228 Fn 6

III. Das sowjetische Außenhandelsmonopol und Artikel 25 GG

Um Gegenstand des Art. 25 GG zu sein, müßte das Prinzip des sowjetischen Außenhandelsmonopols universales oder zumindest generelles Völkerrecht sein.⁴⁸⁾ Unter den Begriff "universale Regeln" fällt das sowjetische Außenhandelsmonopol nicht, da universale Regeln für alle Staaten der Welt gelten⁴⁹⁾, was für das Außenhandelsmonopol nicht zutrifft.

Um generelles Völkerrecht zu sein, müßte das Außenhandelsmonopol für die überwiegende Zahl von Staaten gelten. Die Tatsache, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die osteuropäischen "Volksdemokratien" ebenfalls das Außenhandelsmonopol errichtet haben, genügt nicht, um das Außenhandelsmonopol als generelle Regel des Völkerrechts zu qualifizieren. Selbst wenn in einer großen Zahl von Staaten das Außenhandelsmonopol innerstaatlich gilt, ist dadurch noch nicht die Existenz inhaltlich identischer Normen des Völkergewohnheitsrechts bewiesen, denn "man kann die Existenz von Völkergewohnheitsrecht also niemals unter Berufung auf die Existenz von Landesrecht beweisen, sondern immer nur durch den Nachweis konstanter zwischenstaatlicher Anwendung plus 'opinio necessitatis'." ⁵⁰⁾

- - - - -

48) s.o.S. 45

49) MAUNZ-DÜRIG S. 9 Rn. 18 zu Art. 25 GG, Von MANGOLDT-KLEIN S. 675 f

50) BERBER S. 50 f

Für die Qualifizierung des Außenhandelsmonopols als Völkergewohnheitsrecht spricht allenfalls, daß alle Staaten, die mit der UdSSR Handel treiben, das sowjetische Außenhandelsmonopol anerkannt haben.⁵¹⁾ Diese Anerkennung erfolgte aber nicht aufgrund Völkergewohnheitsrecht, sondern auf der Grundlage bilateraler Verträge.⁵²⁾ Selbst zwischen den Staaten des Ostblocks wird das fremde Außenhandelsmonopol nicht aufgrund eines gewohnheitsrechtsbildenden allgemeinen Rechtsbewußtseins, sondern aufgrund von Handelsverträgen anerkannt.⁵³⁾ Da die Anerkennung des sowjetischen Außenhandelsmonopols stets nur in zweiseitigen Verträgen zum Ausdruck kommt, Vertragsrecht aber partikuläres Völkerrecht darstellt und als solches grundsätzlich nicht zu den "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" im Sinne von Artikel 25 GG gehört⁵⁴⁾, kann der Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols nur dann zum Völkergewohnheitsrecht gezählt werden, wenn ein "gewohnheitsrechtsbildender Charakter"⁵⁵⁾ von zweiseitigen Staatsverträgen zu bejahen wäre.⁵⁶⁾ Dafür spricht im Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols, daß die UdSSR in jahrelanger Übung nahezu gleichlautende Handelsverträge geschlossen hat.⁵⁷⁾ Doch erzeugt der weitgehend übereinstimmende Inhalt völkerrechtlicher Verträge nicht einen entsprechenden Gewohnheitsrechtssatz.⁵⁸⁾

51) LEWIN-KALJUSHNAJA S. 339; von STAUFFENBERG S. 22; MENZEL S. 86

52) vgl. oben S. 37 ff

53) LEWIN-KALJUSHNAJA S. 268 f

54) MAUNZ-DÜRIG S. 10, Rn. 19 zu Art. 25 GG; MENZEL S. 75

55) BERBER S. 56

56) Nach sowjetischer Lehre sind die Normen über das Außenhandelsmonopol bereits Völkergewohnheitsrecht. Als Beispiel der Einwirkung des Landesrechts auf das Völkerrecht erwähnt LEWIN S. 163 - 166 die Anerkennung des diplomatischen Status der Handelsvertretungen der UdSSR im Völkerrecht; da alle Handelsverträge der UdSSR in den Grundfragen die Bestimmungen des sowjetischen Gesetzes wiederholen, hätten Normen des Landesrechts der UdSSR neue völkerrechtliche Normen ins Leben gerufen. Vgl. hierzu auch S. 53 Fn. 60

57) s.o. S. 38

58) GUGGENHEIM S. 50; VERDROSS S. 141: "Hingegen kann die bloße Tatsache übereinstimmender Staatsverträge noch kein Völkergewohnheitsrecht erzeugen."

Selbst die beträchtliche Anzahl von Verträgen, die über eine bestimmte Materie existieren, dürfen nicht zu übereilten Folgerungen hinsichtlich der Existenz von völkerrechtlichen Gewohnheitsregeln über diesen Gegenstand führen.⁵⁹⁾ Die Tatsache, daß in den sowjetischen Handelsabkommen jeweils besondere Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol enthalten sind, deutet darauf hin, daß eben keine allgemeine Rechtsüberzeugung besteht und die Parteien eine Sonderregelung für notwendig halten.⁶⁰⁾ Der Abschluß bilateralen Handelsabkommen geht zumeist von der UdSSR selbst aus. Die Sowjetunion drängt die Vertragsstaaten zur vertraglichen Anerkennung des Außenhandelsmonopols, um eine rechtliche Basis für die Abwicklung des Handelsverkehrs zu haben.⁶¹⁾ Eine besondere vertragliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols durch die Bundesrepublik Deutschland müßte die UdSSR nicht fordern, wenn das Außenhandelsmonopol schon Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts wäre, denn dann würde das Außenhandelsmonopol als Völkergewohnheitsrecht in der Bundesrepublik über Artikel 25 GG gelten und besonderer vertraglicher Regelungen hätte es nicht mehr bedurft. Die Existenz der in allen sowjetischen Handelsabkommen enthaltenen Bestimmungen über das Außenhandelsmonopol bedeutet, daß die Parteien sich ohne eine derartige Regelung nicht gebunden fühlten, sondern eine Bindung erst erzeugen wollten; die Verträge wirken nicht deklaratorisch sondern konstitutiv. Die Existenz der zahlreichen bilateralen Vereinbarungen beweist, daß gleichlautendes Völkergewohnheitsrecht nicht existiert; die Verträge werden geschlossen, weil ohne sie "keine auf allgemeinem Völkerrecht (Gewohnheitsrecht) beruhende Verpflichtung besteht."⁶²⁾ Der Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols ist demnach kein Völkergewohnheitsrecht. Über Artikel 25 GG hat das Außenhandelsmonopol keine rechtliche Geltung in der Bundesrepublik erlangt. Die rechtliche Geltung des Außenhandelsmonopols könnte sich aber aus dem Vertragsgesetz zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 25.4.1958 ergeben.

59) BERBER S. 59

60) vgl. DAHM S. 22.- Interessant ist, daß die UdSSR auf der Wiener Konferenz der Organisation der Vereinigten Nationen über die diplomatischen Beziehungen und die Immunität vom 2.-14.4.1961 vergeblich bemüht war, den diplomatischen Status der Handelsvertretungen generell in die "Wiener Konvention über die diplomatischen Beziehungen" mit aufnehmen zu lassen, vgl. KLINKMÜLLER, Organisation S. 488

61) BT-Drucksache Nr. 545 S. 29

Abschnitt B : Geltung durch das Vertragsgesetz zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 25.4.1958

§ 6 Das deutsch-sowjetische "Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt" vom 25. April 1958

I. Zustandekommen des Vertrages 63)

1) Diplomatische Vorverhandlungen

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bekundeten ihr gemeinsames Interesse an dem Abschluß eines Handelsvertrages zuerst 1955 in einem Notenwechsel. Im September 1955 führte Bundeskanzler Adenauer in Moskau Gespräche mit der sowjetischen Regierung, in denen erneut handelspolitische Vereinbarungen erörtert wurden. In einem an Bundeskanzler Adenauer gerichteten Schreiben vom 5. Februar 1957 schlug der sowjetische Ministerpräsident Bulganin umfassende deutsch-sowjetische Regierungsverhandlungen vor, an deren Ende der Abschluß eines Konsularvertrages und Abkommen über die Entwicklung und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen sowie Vereinbarungen über kulturelle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit stehen sollten. Die Bundesregierung war grundsätzlich zu Verhandlungen über Handels- und Konsularfragen bereit, forderte aber nachdrücklich eine Regelung der Repatriierungsfrage. Verhandlungen über ein Kulturabkommen sollten erst in späterer Zeit geführt werden; auch Gespräche über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit sollten verschoben werden, um zunächst auf handelspolitischem Gebiet Fortschritte zu erzielen. Erst als die UdSSR einverstanden war, die Repatriierungsfrage in das Verhandlungsprogramm mit einzubeziehen, war die Bundesregierung zu konkreten Verhandlungen bereit, die im Juli 1957 in Moskau beginnen sollten.

62) BERBER S. 59
 63) Dieser Abschnitt basiert im Wesentlichen auf der BT-Drucks. Nr. 545 vom 9.9.1958 und auf dem BT-Sitzungsprotokoll vom 29.10.1958, 47. Sitzung des BT

2) Vertragsverhandlungen vom 22.7.1957 - 8.4.1958

Am 22. Juli 1957 wurden die deutsch-sowjetischen Gespräche in Moskau aufgenommen. An der Spitze der deutschen Delegation stand Botschafter Lahr. Die UdSSR wurde vertreten vom Stellvertretenden Außenminister Semjonow und vom Stellvertretenden Außenhandelsminister Kumykin. Zu Beginn der Verhandlungen wurden drei Schwerpunkte festgelegt: Handelsfragen, Durchführung von Repatriierungsmaßnahmen, Konsularabkommen. Zahlreiche Gespräche blieben ohne Fortschritt, da in wesentlichen Fragen keine Verständigung erzielt werden konnte. So gingen die Verhandlungen nur zähflüssig voran. Sie wurden mehrmals unterbrochen wegen neuer Schwierigkeiten und zogen sich hin bis zum April 1958.

3) Paraphierung des Handelsabkommens

Am 8. April 1958 wurden die Verhandlungen abgeschlossen und folgende Abkommen paraphiert:

1. Langfristiges Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr. ⁶⁴⁾
2. Protokoll über den Warenverkehr im Jahre 1958. ⁶⁵⁾
3. Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt
4. Konsularvertrag

64) Hierzu ausführlich KIESEWETTER S. 208 ff

65) Vgl. hierzu BT-Drucks. Nr. 545 vom 9.9.1958 S. 38 f

Über die Repatriierung der noch im Gebiet der UdSSR befindlichen deutschen Staatsangehörigen wurde eine mündliche Vereinbarung getroffen, ⁶⁶⁾ die in das Abschlußkommuniqué ⁶⁷⁾ aufgenommen wurde.

4. Unterzeichnung des Handelsabkommens

Das Handelsabkommen wurde am 25. April 1958 in Bonn zusammen mit den anderen paraphierten Abkommen unterzeichnet. Die Unterzeichnung erfolgte für die Bundesregierung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Dr. von Brentano und Botschafter Lahr, für den Ministerrat der UdSSR durch den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan sowie den Stellvertretenden Außenminister ⁶⁸⁾ Semjonow bzw. den Stellvertretenden Außenhandelsminister Kummykin. Am Tage der Unterzeichnung sind das "Langfristige Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr" ⁶⁹⁾ und das "Protokoll über den Warenverkehr im Jahre 1958" als nicht-zustimmungsbedürftige Vereinbarungen in Kraft getreten. Das Handelsabkommen und der Konsularvertrag bedurften dagegen der Ratifikation. ⁷⁰⁾

66)Text der sowjetischen und der deutschen Repatriierungserklärungen:BT-Drucksache Nr. 545 Anlage II, S.33

67)Text des Abschlußkommuniqués: BT-Drucksache Nr. 545 Anlage I , S.31f

68)Der Abschluß und die unterschriftliche Vollziehung der von der UdSSR geschlossenen internationalen Verträge obliegt dem Minister des Auswärtigen aufgrund des Gesetzes über die "Organisation des Außenministeriums" vom 21.5.1925, vgl. MAURACH S. 203 zu Ziffer 15

69)vgl. Artikel 8 des Abkommens, BT-Drucksache Nr. 545, Anlage III S.34

70)Artikel 9 des Handelsabkommens: "Dieses Abkommen wird so bald wie möglich ratifiziert ..."

5) Die Ratifikation des Handelsabkommens

In der Sowjetunion ist gemäß Art. 49 Ziff. 15 der Verfassung ⁷¹⁾ das für die Ratifizierung zuständige Organ ⁷²⁾ das Präsidium des Obersten Sowjets. ⁷³⁾ Nachdem das Handelsabkommen am 26. August 1958 vom Ministerrat der UdSSR bestätigt worden war, ⁷⁴⁾ wurde es durch das Präsidium des Obersten Sowjet mit Erlaß vom 18. September 1958 ordnungsgemäß ratifiziert. ⁷⁵⁾

In der Bundesrepublik Deutschland vertritt der Bundespräsident den Bund völkerrechtlich, er schließt die Verträge mit auswärtigen Staaten (Art. 59 Abs. I GG). Sein Ratifikationsrecht ist innerstaatlich eingeschränkt, wonach politische Verträge und Verträge, die sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Billigung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen. ⁷⁶⁾

-
- 71) Bis 1965 galt Art. 49 Ziff. 14 der Verfassung, vgl. GROSSART S. 233.- In der Verfassung der UdSSR mit der von der 5. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (6. Legislaturperiode) beschlossenen Ergänzung gilt seit 1965 Artikel 49 Ziff. 15. Die Verfassungsänderung blieb bei SCHWEISFURTH S. 178 unberücksichtigt.
- 72) Nach Artikel 2 des Gesetzes vom 20. August 1938 "Über das Verfahren der Ratifizierung und der Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen" unterliegen der Ratifikation die von der UdSSR abgeschlossenen Friedensverträge, Beistands- und Nichtangriffspakte sowie alle übrigen Verträge, in denen die Parteien die Ratifizierung vereinbart haben, LEWIN-KALJUSCHNAJA S. 99, SCHWEISFURTH S. 180
- 73) Nach Art. 48 der Verfassung der UdSSR wird das 33 köpfige Präsidium des Obersten Sowjet von den beiden Kammern des Obersten Sowjet - dem Sowjet der Union und dem Sowjet der Nationalitäten - in gemeinsamer Sitzung gewählt. Das Präsidium ist das "kollegiale Staatsoberhaupt" der UdSSR, der "kollegiale sowjetische Staatspräsident", MAURACH S. 193.
- 74) Ratifikationsbedürftige Verträge werden vor der Ratifikation vom Ministerrat "bestätigt", vgl. SCHWEISFURTH S. 179, denn gem. Art. 68 Ziff. 4 der Verfassung der UdSSR übt der Ministerrat im Verkehr mit ausländischen Staaten die allgemeine Leitung aus. Außenminister und Außenhandelsminister sind dem Ministerrat verantwortlich. Auf die Ratifikation hat der Ministerrat keinen Einfluß.
- 75) BT-Prot. vom 29.10.1958 S. 2619.
Zur Ratifikation durch das Präsidium des Obersten Sowjet ist eine parlamentarische Zustimmung nicht erforderlich. Eine dem Art. 59 Abs. II GG vergleichbare Bestimmung fehlt in der Verfassung der UdSSR, vgl. SCHWEISFURTH S. 181
- 76) vgl. Art. 59 Abs. II S. 1 GG

Das deutsch-sowjetische Handelsabkommen bedurfte "gemäß Artikel 59 Absatz II GG der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht". ⁷⁷⁾ Artikel 2 des Abkommens und Artikel 2 Abs. I Buchstabe e der Anlage zum Abkommen berühren die Finanzhoheit der Länder, weshalb die Zustimmung des Bundesrates ⁷⁸⁾ gemäß Artikel 105 Abs. III GG ⁷⁹⁾ erforderlich war. Mit Zustimmung des Bundestages am 17. März 1959 ⁸⁰⁾ wurde der Bundespräsident zur Ratifikation ermächtigt. Mit der Ratifikation durch den Bundespräsidenten Dr. Theodor Heuss wurde die Behandlung des Abkommens auch von deutscher Seite aus abgeschlossen.

6) Inkrafttreten des Abkommens

Am 24. April 1959 wurden die Ratifikationsurkunden in Moskau ausgetauscht. Seitdem ist das Abkommen gemäß seinem Artikel 9 Abs. I in Kraft. ⁸¹⁾

77) Amtliche Begründung des BT zu Artikel 1 des Abkommens, BT-Drucks. Nr. 545 vom 9.9.1958, S. 2

78) Der Bundesrat stimmte dem Abkommen am 18.7.1958 zu, BT-Drucks. Nr. 545 S. 40

79) Artikel 105 Abs. III GG:

"Bundesgesetze über Steuern, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates."

80) Vertragsgesetz vom 17.3.1959, BGBl. 1959 Teil II S. 221

81) BGBl. 1959 Teil II S. 469

7) Geltungsdauer des Abkommens

Das Handelsabkommen war gemäß seinem Artikel 9 Abs. II S. 1 zum 31. Dezember 1960 befristet.⁸²⁾ Das Abkommen wurde jedoch durch das Protokoll vom 31.12.1960⁸³⁾ für drei Jahre verlängert. Dem Protokoll wurde zugestimmt in der Bundesrepublik durch Gesetz vom 2. August 1961.⁸⁴⁾

Nachdem es von beiden Staaten ratifiziert worden war, trat es mit Austausch der Ratifikationsurkunden in Moskau am 26. Juli 1962 in Kraft.⁸⁵⁾

Für den Fall, daß keine der Vertragsparteien bis zum 31.12. 1962 schriftlich die Kündigung zum 31.12.1963 erklärt hätte, sollte das Abkommen bis zur Kündigung durch einen der Vertragspartner in Kraft bleiben.⁸⁶⁾ Bisher hat keine der Vertragsparteien erklärt, daß sie das Abkommen zu beenden wünsche. Das Abkommen ist daher noch in Kraft.⁸⁷⁾

82) Art. 9 Abs. II S. 1: "Dieses Abkommen gilt bis zum 31.12.1960."

83) BGBI. 1961 Teil II S. 1086

84) BGBI. 1961 Teil II S. 1085

85) BGBI. 1962 Teil II S. 1477

86) Ziffer 2 des Protokolls vom 31.12.1960

87) vgl. von LINGELSHEIM-SEIBICKE S.2;

Die Gültigkeit des Handelsabkommens wird bestätigt in der Präambel zum "Langfristigen Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit" vom 5. Juli 1972 (BGBI. 1972 Teil II S. 843), ebenso in der Präambel zum deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vom 19. Mai 1973; in beiden Präambeln wird ausdrücklich auf das Handelsabkommen von 1958 Bezug genommen.

II. Inhalt und Bedeutung des Handelsabkommens

I. Allgemeines

Mit Abschluß des Handelsabkommens wurden die Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland rechtlich geregelt. Zugleich bedeutete das Abkommen das Ende der Embargopolitik gegenüber dem Osten in den Nachkriegsjahren.

Das Handelsabkommen trat an die Stelle des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages von 1925⁸⁸⁾, der mit Ausbruch des Krieges zwischen beiden Staaten suspendiert wurde⁸⁹⁾ und mangels Vereinbarung über die Wiederanwendung⁹⁰⁾ nach dem Kriege seine Gültigkeit verlor.⁹¹⁾

88) Am 12. Oktober 1925 schlossen die UdSSR und Deutschland nach fast zwölfmonatigen Verhandlungen einen Vertrag, der dem gesamten gegenseitigen Wirtschaftsverkehr in allen Einzelheiten eine rechtliche Basis geben sollte. Der Vertrag bestand aus sieben Abkommen: 1. Abkommen über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz. 2. Wirtschaftsabkommen. 3. Eisenbahnabkommen. 4. Seeschiffsabkommen. 5. Steuerabkommen. 6. Abkommen über Handelsschiedsgerichte. 7. Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz; RGBl. 1926 Teil II S. 1 ff. Zum Wirtschaftsabkommen von 1925 vgl. CLEINOW aaO; POSSENER, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR in: Die rote Wirtschaft, Königsberg-Berlin, 1932, S. 260.

89) So die herrschende Differenztheorie, vgl. KEGEL S. 84, MEYER-LINDENBERG S. 59, SCHWEISFURTH S. 302 f.

90) Zur Wiederanwendung völkerrechtlicher Verträge, die durch Kriegseintritt suspendiert wurden, bedarf es einer besonderen Vereinbarung der Vertragspartner; MENZEL S. 270 f; BERBER I S. 466, MÜNCH S. 152. A.A. BOEHMER S. 61 und KEGEL S. 84, die Anwendbarkeit ipso iure mit Beendigung des Kriegszustandes annehmen, und MEYER-LINDENBERG S. 59, für den "nach Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen" die Verträge wieder anwendbar sind. Die Wiederanwendung der Verträge wird im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht, MÜNCH S. 152.

91) Nicht zutreffend die Ansicht von GROSSART S. 233, für den der Handelsvertrag von 1925 schon mit Ausbruch des Krieges seine Gültigkeit verlor.

Das Abkommen besteht aus einer Präambel und neun Artikeln sowie einer Anlage über die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik und drei Briefwechseln zwischen Botschafter Lahr und dem Stellvertretenden sowjetischen Außenhandelsminister Kumykin. Vertragssprachen sind deutsch und russisch. 92)

Seinem Inhalt nach ist das Abkommen ein "kleiner Handelsvertrag" 93). Es wurde kein großer Staatsvertrag geschlossen wie 1925, da "wesentliche Elemente eines klassischen Handels- und Schiffahrtsvertrages fehlten, insbesondere nachdem die Aufnahme von Vereinbarungen über den gegenseitigen Warenzeichen- und gewerblichen Rechtsschutz und von Bestimmungen über den Schutz der Person und des Eigentums sowie über Ein- und Ausreisegarantien von der sowjetischen Seite abgelehnt wurden!" 94)

Die Bezeichnung der Vertrages als "Handelsabkommen" ist ohne rechtliche Bedeutung, da für alle völkerrechtlichen Verträge, unbeschadet ihrer Nomenklatur 95), grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. 96)

92) Artikel 9 Abs. III des Abkommens.

93) Außenminister von BRENTANO in der 47. Sitzung des BT am 29.10.1958, BT. -Prot. S. 2620

94) GROSSART S. 233

95) Die Benennungen der Verträge sind mannigfaltig. In der Praxis werden neben dem Ausdruck "Vertrag" vielfach die Bezeichnungen "Abkommen", "Übereinkommen", "Abmachung", "Vereinbarung", "Protokoll", "Akte", "Konvention", "Pakt" verwendet, vgl. BERBER I S.416, MÜNCH S. 159

96) BERBER I S.416, MEYER-LINDENBERG S.40 f, MENZEL S. 249, MÜNCH S.160

2) Die wichtigsten Regelungen des Handelsabkommens

a. Meistbegünstigung

Nach Artikel 1-3 des Abkommens gilt zwischen beiden Staaten das Prinzip der Meistbegünstigung. Die Meistbegünstigung gewährt den Angehörigen und den Erzeugnissen der Vertragsstaaten dieselben Vorteile, die den Angehörigen und Erzeugnissen der meistbegünstigten Nation jetzt oder künftig eingeräumt werden ⁹⁷⁾ und verbietet die Benachteiligung gegenüber einem dritten Staat; gleiche Behandlung wie für Inländer garantiert die Meistbegünstigung nicht. ⁹⁸⁾

Da die UdSSR den Außenhandel als Staatsmonopol betreibt, "die handelspolitische und die kommerzielle Kompetenz praktisch in einer Hand vereinigt sind, können diskriminatorische Effekte, die durch das Meistbegünstigungsprinzip verhindert werden sollen, auch durch andere Mittel erreicht werden, falls es an dem notwendigen guten Willen zu vertragskonformem Verhalten fehlt. " ⁹⁹⁾

97) BERBER I S.432, LEWIN-KALJUSHNAJA S.343

98) MÜNCH S.340

99) von LINGELSHEIM-SEIBICKE S.3

Als Exklusivkäufer kann die UdSSR die Effekte der Meistbegünstigungsklausel vereiteln, deshalb sind die ihr aus der gegenseitigen Einräumung der Meistbegünstigung erwachsenden Vorteile im Vergleich zur Bundesrepublik wesentlich größer. ¹⁰⁰⁾

Durch diese Umstände sah die Bundesregierung sich veranlaßt, die Meistbegünstigung zu beschränken auf Zölle und Eingangsabgaben (Art. 1), innere Abgaben auf eingeführte Waren (Art. 2) und den Erlaß oder die Aufrechterhaltung von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen oder -verboten (Art. 3).

Im "Langfristigen Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr" wurden Kontingente der Waren für die Einfuhr aus dem Gebiet der Bundesrepublik in das Gebiet der UdSSR vereinbart ¹⁰¹⁾, wodurch die Sowjetunion zu einer Mindestabnahme deutscher Erzeugnisse angehalten wurde. ¹⁰²⁾

100) Einziger sowjetischer Handelspartner und Abnehmer deutscher Waren ist der Sowjetstaat, der über den Umfang des Warenimports im Rahmen des Gesamtwirtschaftsplanes entscheidet. "Thus the Soviet state, in its role of an exclusive purchaser can nullify the effects of the most-favored-nation clause contained in a particular treaty by a subsequent discrimination against the import of products, while its own export to that country, guaranteed by the treaty under the most-favored-nation clause, is not affected." TRISKA-SLUSSE S. 348.

Zur Meistbegünstigungsklausel in Verträgen mit einem Staatshandelsland vgl. BOSCH aaO; SCHÜLLER S. 52 ff, 160 f; PISAR HLR Vol. 70,4; 1957, 623 ff; ders. Süpergeschäft S. 111 f KIESEWETTER S. 216; MAINZ, Die Auswirkungen des Außenhandelsmonopols der UdSSR auf die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen. Eine Untersuchung unter dem Gesichtspunkt handelspolitischer Gegenseitigkeit, Berlin 1930.

101) BT-Drucks. Nr. 545 vom 9.9.1958 Anlage III, Liste B, S. 35-37

102) "Kontingente sind zwar vereinbart, und es besteht eine Verpflichtung, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sie zu erfüllen, aber kein verbindlicher Anspruch auf ihre Einhaltung." - MdB Dr. Birrenbach in der 47. Sitzung des BT am 29.10.1958, s. BT-Prot. S. 2623

b. Seeschifffahrt

Die Artikel 4 - 6 regeln Schifffahrtsfragen. ¹⁰³⁾ Durch das Verbot der Flaggendiskriminierung (Art. 4) können Schiffe der Bundesrepublik durch überhöhte Gebühren in sowjetischen Häfen nicht mehr benachteiligt werden. Jeder Staat wird die Schiffspapiere und Schiffsurkunden des anderen Staates anerkennen (Art. 5) und in Havarie-Fällen die üblichen Hilfen und Vergünstigungen gewähren (Art. 6).

c. Handelsvertretung

Artikel 7 lautet: "In Anbetracht dessen, daß nach den Gesetzen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Monopol des Staates ist, erklärt sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Errichtung einer Handelsvertretung der Union der Sozialistische Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland einverstanden. Die Rechtsstellung dieser Handelsvertretung wird durch die Bestimmungen der Anlage geregelt, die einen untrennbaren Bestandteil dieses Abkommens bildet."

Für die UdSSR war das Recht auf Errichtung einer Handelsvertretung in der Bundesrepublik Voraussetzung für den Abschluß des Handelsabkommens. ¹⁰⁴⁾ Dies ergibt sich aus der Vertragspraxis der UdSSR ¹⁰⁵⁾ und einer Erklärung der sowjetischen Delegation zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen. ¹⁰⁶⁾

103) Sie werden teilweise ergänzt durch Bestimmungen des Konsularvertrages, vgl. Art. 30 ff des Konsularvertrages

104) Dies war der Bundesregierung auch bekannt, denn während der Verhandlungen mit der UdSSR-Delegation hatte sie selbst die Zulassung einer sowjetischen Handelsvertretung vorgeschlagen, BT-Drucks. Nr. 545 vom 9.9.1958, S. 26, Nr. 2 b 5). Die Bundesregierung wußte auch über Wesen und Funktion der sowjetischen Handelsvertretung Bescheid, was aus der ausdrücklichen Bezugnahme auf das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen von 1925 folgt, vgl. BT-Prot. von der 47. Sitzung des BT vom 29.10.1958, S. 2623, MdB Dr. Birrenbach

105) Seit vier Jahrzehnten schließt die UdSSR nur Handelsabkommen, in denen der sowjetischen Handelsvertretung ein Sonderstatus als Bestandteil der Sowjetbotschaft zugebilligt wird, vgl. o. S. 32

106) "Die sowjetische Delegation hat im Sinne des in Rede stehenden Artikels 7 erklärt, daß die Errichtung einer Handelsvertretung in der Bundesrepublik für die Sowjetunion die Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Handelsverkehrs im Rahmen der getroffenen Abmachungen bilde, da der Außenhandel in der Sowjetunion Staatsaufgabe sei." BT-Drucks. Nr. 545 S. 29

Artikel 7 S. 1 enthält objektiv zwei Feststellungen:

1. Der Außenhandel der UdSSR ist Monopol des Staates;
2. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich mit der Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik einverstanden.

Für die Auslegung völkerrechtlicher Verträge und somit auch für die Interpretation des Art. 7 ist "in erster Linie der aus dem Gesamthalt, dem Zweck und der Entstehungsgeschichte zu ermittelnde übereinstimmende Wille der Vertragsstaaten maßgebend. Dabei ist keine Buchstabenauslegung einzelner Worte statthaft, sondern der wahre Wille aus dem Gesamthalt zu erforschen." 107) Zweck des Art. 7 ist die rechtliche Regelung des deutsch-sowjetischen Außenhandels. Die UdSSR ist zum Handel nur bereit unter dem Vorbehalt der Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ergibt sich folgendes: Die Bundesrepublik Deutschland respektiert, daß der Außenhandel der Sowjetunion Monopol des Staates ist. Damit wird das Recht des Sowjetstaates auf Errichtung und Praktizierung des Außenhandelsmonopols innerhalb der UdSSR anerkannt; dies zurecht, denn es muß jedem Staat überlassen bleiben, ob er die Außenhandelsbeziehungen über den Privathandel organisiert oder ob der Außenhandel dem Staat vorbehalten bleibt. 108) Die Bundesrepublik Deutschland ist mit der Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik einverstanden, d.h. sie gesteht der UdSSR zu, daß die Handelsvertretung die Interessen der UdSSR auf dem Gebiet des Außenhandels in der Bundesrepublik vertritt (Art. 1 b der Anlage). Die Wahrnehmung dieser Interessen bedeutet die Ausübung des sowjetischen Staatsaußenhandels auf dem Territorium der Bundesrepublik, d.h. Praktizierung und Verwirklichung des sowjetischen Außenhandelsmonopols im Bundesgebiet.

107) BGHZ 52, 220; vgl. auch GUGGENHEIM S. 125.

Juristische Termini, die nur in der Gesetzgebung eines der vertragschließenden Staaten vorkommen, müssen in dem Sinne verstanden werden, der ihnen durch die Gesetzgebung des betreffenden Staates beigelegt wird. Der Begriff "Handelsvertretung" existiert nur im sowjetischen Recht; deshalb muß dieser Begriff so verwendet werden, wie er von der sowjetischen Gesetzgebung verstanden wird; vgl. PERETERSKI-KRYLOW S. 32.

108) Vgl. LEWIN-KALJUSHNAJA S. 339, wo VERDROSS in diesem Sinne zitiert wird.

Dadurch, daß die Bundesrepublik innerhalb ihres Hoheitsbereiches das sowjetische Außenhandelsmonopol duldet und dessen aktive Durchführung auf vertraglicher Grundlage zuläßt, hat sie das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR de jure anerkannt. ¹⁰⁹⁾

Gemäß Art. 7 S. 2 des Abkommens ist die Anlage über die "Rechtsstellung der Handelsvertretung" untrennbarer Bestandteil des Abkommens. Die Anlage besteht aus fünf Artikeln.

Art. 1 nennt die Aufgaben der Handelsvertretung:

die Förderung der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, die Vertretung der sowjetischen Interessen auf dem Gebiet des Außenhandels mit der Bundesrepublik und die Tätigkeit von Handelsgeschäften. Artikel 1 entspricht inhaltlich genau dem Artikel 1 der "Satzung über die Handelsvertretungen der UdSSR im Ausland" von 1933. ¹¹⁰⁾

Die Handelsvertretung ist Bestandteil der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik und genießt zahlreiche diplomatische Vorrechte, die in Art. 2 der Anlage aufgeführt werden.

Die handelsgeschäftliche Tätigkeit der Handelsvertretung ist in Art. 3 und 4 geregelt. Die Regierung der UdSSR haftet nur für Rechtsgeschäfte der Handelsvertretung, nicht für Rechtsgeschäfte der Allunionsvereinigungen, die ohne Garantie der Handelsvertretung abgeschlossen werden (Art. 3 Abs. III). Die Handelsvertretung veröffentlicht im Bundesanzeiger die Namen der zeichnungsberechtigten Personen (Art. 3 Abs. II). Die Rechte, Immunitäten und Privilegien der Handelsvertretung (Art. 2) erstrecken sich teilweise auch auf handelsgeschäftliche Tätigkeit (Art. 4).

109) Nach sowjetischer Lehre erstreckt sich die allgemeine Anerkennung de jure der UdSSR auch auf das Außenhandelsmonopol, da dies Eckstein der Sowjetverfassung sei, vgl. CLEINOW S. 241 f.- Diese Ansicht ist abzulehnen. Allein aus der allgemeinen Anerkennung de jure der UdSSR kann auf eine spezielle Anerkennung des Außenhandelsmonopols nicht geschlossen werden; da das Außenhandelsmonopol weltweite Geltung beansprucht und so in fremde Territorien eindringen will, bedarf es stets einer besonderen Anerkennung in Form eines völkerrechtlichen Vertrages, wie dies auch durch das deutsch-sowjetische Handelsabkommen in Art. 7 geschehen ist.- (Allerdings ist auch eine de facto Anerkennung möglich, d.h. Genehmigung einer sowjetischen Handelsvertretung oder-agentur ohne Vertrag)

110) vgl. oben S. 32 f

Durch die Errichtung der Handelsvertretung ist die Möglichkeit unmittelbarer Beziehungen zwischen deutschen natürlichen Personen, juristischen Personen und Handelsgesellschaften mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen nicht ausgeschlossen (Art. 5 der Anlage); neben der Handelsvertretung als Vertreter des Sowjetstaates kommen also auch die staatlichen Allunionsvereinigungen als mögliche Handelspartner in Betracht. 111)

d. Schiedsgerichtsbarkeit

Artikel 8 des Abkommens gibt bundesdeutschen Firmen und sowjetischen Außenhandelsorganisationen die Möglichkeit, vertraglich zu vereinbaren, daß die aus den Verträgen in Handelssachen entstehenden Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Durch eine solche Vereinbarung wird die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte ausgeschlossen. Aus den Schiedssprüchen ist die Vollstreckung zulässig. 112)

111) Auf die besondere Bedeutung des Art. 5 der Anlage wird später noch ausführlich eingegangen, vgl. unten S. 100 ff

112) Zum Inhalt des Handelsabkommens vgl. GROSSART aaO, von LINGELSHEIM-SEIBICKE aaO, NERRETER, Internationale Wirtschaftsbriefe, 1958 Nr. 16, S. 19 -28.

§ 7 Die Einordnung des Handelsabkommens in das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland

I. Einführung völkerrechtlicher Verträge in das deutsche Recht gemäß Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG

Ein völkerrechtlicher Vertrag schafft zunächst grundsätzlich Rechte und Pflichten nur unter den Vertragsstaaten ¹¹³⁾, für die Rechtsunterworfenen des Staates kann der Vertragsschluß keine Rechte und Pflichten begründen ¹¹⁴⁾, denn völkerrechtliche Verträge richten sich an die Staaten, nicht an die Bürger. Die Staatsbürger "unterstehen einzig und allein dem innerstaatlichen, dem Landesrechte, dem Völkerrechte nur insoweit, als es durch Gesetz oder Gewohnheitsrecht in Landesrecht umgewandelt ist. Alle zwischenstaatlichen Abmachungen erlangen also erst durch 'Umguß', 'Umsetzung' oder 'Umwandlung' von Völkerrecht in Landesrecht Verbindlichkeit für die Gerichte und Untertanen." ¹¹⁵⁾

Voraussetzung für die Geltung des völkerrechtlichen Vertrages im innerstaatlichen Bereich ist dessen "Transformation", ¹¹⁶⁾ d.h. seine vom Gesetzgeber durchgeführte, innerstaatliche Inkraftsetzung." ¹¹⁷⁾ Völkerrechtliche Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung ¹¹⁸⁾ beziehen, erhalten innerstaatliche Wirksamkeit durch einen Gesetzesbefehl der gesetzgebenden Körperschaften gemäß Art. 59 Abs. II S. 1 GG. Dieser Gesetzesbefehl wird als Zustimmungsgesetz oder Vertragsgesetz bezeichnet. ¹¹⁹⁾ Im folgenden soll der Begriff "Vertragsgesetz" verwendet werden, da die Bezeichnung "Zustimmungsgesetz" insofern mißverständlich ist, als sie auch üblich ist für Gesetze, die nach dem Grundgesetz der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. ¹²⁰⁾

113) vgl. TRIEPEL, Völkerrecht und Landesrecht, 1899, S. 287; RGZ 121, 7.

114) BOEHMER S. 2 .

115) RFH 21, 68 ff(73) unter Berufung auf STRUPP, Grundzüge des positiven Völkerrechts, 3. Aufl., 1926, S. 12.

116) Auch das BVerfG bezeichnet den Einordnungsakt als Transformation, vgl. BVerfGE 1, 410; 6, 294.

117) PIGORSCH S. 81

118) vgl. hierzu MEYER-LINDENBERG, Zum Begriff der Verträge, die sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen (Art. 59 Abs. II S. 1 GG), in: Festschrift JAHREISS 1964, S. 269 ff

Das Vertragsgesetz gemäß Artikel 59 Abs. II Satz 1 GG hat rechtlich zweifache Bedeutung: ¹²¹⁾ einmal ermächtigt es den Bundespräsidenten zum Vertragsschluß ¹²²⁾, zum anderen führt es die Vertragsnormen in das nationale Recht ein. ¹²³⁾

1) Ermächtigungsfunktion

Nach Art. 59 Abs. I GG vertritt der Bundespräsident den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten (Satz 2). Der Bundespräsident erklärt den "rechtlich relevanten Gesamtwillen des Bundesstaates nach außen, dem Vertragspartner gegenüber...." ¹²⁴⁾ Er ist befugt, völkerrechtlich bindende Erklärungen anderen Staaten gegenüber abzugeben, soweit die Verfassung diese Legitimation nicht beschränkt. ¹²⁵⁾ Eine solche Begrenzung des Vertragsschließungsrechtes enthält Art. 59 Abs. II S. 1 GG; ¹²⁶⁾ danach dürfen "Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen" nur mit Zustimmung oder Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften geschlossen werden. ¹²⁷⁾

119) Der Ausdruck "Vertragsgesetz" geht auf Heilborn, AöR 12 (1897), 142 zurück, der darunter allerdings den als Staatsgesetz publizierten Vertragstext verstand.

120) BOEHMER S. 7 f begründet ausführlich, weshalb dem Begriff "Vertragsgesetz" vor anderen Bezeichnungen (wie Zustimmungsgesetz, Ratifikationsgesetz, Transformationsgesetz, Ermächtigungsgesetz) der Vorzug zu geben ist.

121) BOEHMER S. 23; FIGORSCH S. 84 f; RUDOLF S. 200 ff; BERNHARDT, Abschluß S. 136; BLUMENWITZ S. 301; HAMANN-LENZ S. 495; LEIBHOLZ-RINCK S. 560; BVerfGE I, 410 f; 6, 294;

122) sog. "Ermächtigungsfunktion", vgl. BOEHMER S. 23

123) sog. "Transformationsfunktion" vgl. RUDOLF S. 205 ff, FIGORSCH S. 85; bzw. "Vollzugsfunktion" für die Anhänger der Vollzugslehre, s.u.S. 72 f

124) CIESLAR, Bedürfen "politische Verträge" der Zustimmung des Bundesrates? Ein Beitrag zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge im Bundesstaat, München 1972, S. 4

125) SCHMIDT-BLEIBTREU-KLEIN S. 487.- Auch Art. 115 a und 115 1 GG schränken die Vertretungsbefugnis des Bundespräsidenten ein, vgl. HAMANN-LENZ S. 493

126) RUDOLF S. 202; SCHMIDT-BLEIBTREU-KLEIN S. 487

127) Zur Auslegung des Artikels 59 Abs. II S. 1 GG vgl. CIESLAR (Fn. 124)

Art. 59 Abs. II S. 1 GG schränkt die Vertretungsbefugnis des Bundespräsidenten ein ¹²⁸⁾; der Bundespräsident darf "keine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber fremden Mächten eingehen, die von den für die Gesetzgebung zuständigen Vertretungsorganen nicht gebilligt werden." ¹²⁹⁾ Erst durch die im Vertragsgesetz erteilte parlamentarische Zustimmung ist der Bundespräsident zur Ratifikation ¹³⁰⁾ des Vertrages ermächtigt. ¹³¹⁾ Man spricht deshalb von der "Ermächtigungsfunktion" des Vertragsgesetzes. ¹³²⁾

128) RUDOLF S. 201

129) RUDOLF S. 200

130) Zur Ratifikation vgl. oben S. 57 f

131) Bestritten ist die völkerrechtliche Verbindlichkeit von Verträgen, die der Bundespräsident unter Mißachtung des Art. 59 Abs. II S. 1 GG -also ohne die erforderliche Zustimmung- schließt. Diese Problematik ist ausführlich behandelt von GECK, Die völkerrechtlichen Wirkungen verfassungswidriger Verträge, Köln-Berlin 1963

132) Ganz herrschende Meinung, vgl. RUDOLF S. 200 ff; BOEHMER S. 23; BLUMENWITZ S. 301; FIGORSCH S. 84; MAUNZ-DÜRIG S. 13 Rn. 22 zu Art. 59 GG; MOSLER S. 15; ZACHER DVBl 1955, 651; MAUNZ S. 289; WENGLER S. 444; BERNHARDT, Abschluß S. 135

A.M. nur KAUFMANN in Gedächtnisschrift für Walter JELLINEK, 1955 S. 446 und von MANGOLDT-KLEIN S. 1145 f

2) Transformationsfunktion (Vollzugsfunktion)

Obwohl sich aus dem Wortlaut des Art. 59 Abs. II S. 1 GG kein Anhaltspunkt dafür ergibt, daß durch das Vertragsgesetz der völkerrechtliche Vertrag innerstaatlich wirksam wird, ¹³³⁾ wird ganz überwiegend dem Vertragsgesetz neben der Ermächtigungsfunktion auch eine Transformationsfunktion bzw. Vollzugsfunktion zugeschrieben. ¹³⁴⁾ In der Völkerrechtslehre werden zwei Theorien über die Einordnung von Völkerrecht in Landesrecht vertreten. ¹³⁵⁾

Nach der von TRIEPEL begründeten (strengen) Transformationslehre werden die Bestimmungen des völkerrechtlichen Vertrages durch das Vertragsgesetz in innerstaatliches Recht umgewandelt, transformiert. ¹³⁶⁾ Die völkerrechtlichen Normen, die sich an die Vertragsstaaten richten, werden durch das Vertragsgesetz in Landesrecht umgegossen; dabei wird ihr Geltungsgrund abgeändert, ihr Geltungsbereich auf neue Adressaten erstreckt ¹³⁷⁾ und ihr Inhalt durch die Einführung in das andere (staatliche) Rechtssystem verändert. ¹³⁸⁾

133)BOEHMER S. 24

134)RUDOLF S. 205: "Transformationseffekt"; BLUMENWITZ S. 301: "Transformationsfunktion bzw. der Anwendungsbefehl"; PARTSCH S. 21: "Vollzugsbefehl"

135)PRASCH S. 41

136)MAUNZ-DÜRIG S. 5 Rn. 7 zu Art. 25 GG

137)PARTSCH S. 18: "Auswechslung der Adressaten", Adressatenwechsel

138)BLUMENWITZ S. 296; RUDOLF S. 158 f; PARTSCH S. 18

Nach der "gemäßigten" Transformationstheorie¹³⁹⁾ wird durch das Vertragsgesetz "die völkerrechtliche Norm inhaltlich in eine solche des staatlichen Rechts unter Änderung der Normadressaten umgewandelt...ohne daß jedoch der ursprüngliche Systemzusammenhang der transformierten Norm mit dem Völkerrecht zerrissen wird."¹⁴⁰⁾ Das Vertragsgesetz bewirkt einen Adressatenwechsel, indem das transformierte Recht nicht mehr wie das untransformierte Völkerrecht den Staat als solchen, sondern den Staatsbürger oder staatliche Organe zum Normadressaten hat.¹⁴¹⁾ Nach der Transformationslehre wird der Inhalt eines völkerrechtlichen Vertrages durch das Vertragsgesetz Teil des innerstaatlichen Rechts, d.h. es erlangt rechtliche Geltung.¹⁴²⁾

Nach der Vollzugslehre werden die Normen des Vertrages nicht Bestandteil des innerstaatlichen Rechts. Sie behalten ihren Geltungsgrund im Völkerrecht; sie gelten nicht innerstaatlich, werden aber durch das Vertragsgesetz für innerstaatlich vollziehbar erklärt.¹⁴³⁾ Gegenstand des Vollzugsbefehls ist der ganze Vertrag.¹⁴⁴⁾ Eine Adressatenänderung findet nicht statt.¹⁴⁵⁾

Unterscheiden die beiden Theorien sich insoweit, daß nach der einen (Transformationstheorie) die Vertragsnormen innerstaatlich rechtliche Geltung erhalten, nach der anderen (Vollzugstheorie¹⁴⁶⁾) nicht, so ist doch beiden eines gemeinsam: ohne das Vertragsgesetz ist die Anwendung der Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages nicht möglich. Das Vertragsgesetz eröffnet durch Transformation oder Vollzugsbefehl die Möglichkeit der Anwendung, es ist eine Anwendungsvoraussetzung.¹⁴⁷⁾

139)RUDOLF S. 171, 284

140)RUDOLF S. 171

141)ders. S. 171

142)BLECKMANN S. 58; STREBEL S. 514, ZEILLEISSEN S. 336 ff

143)Der Vollzugsbefehl begründet nicht die innerstaatliche Geltung, sondern nur die innerstaatliche Anwendbarkeit. STREBEL S. 514 ff zieht eine rechtstechnische Parallele zu der vom IPR her geläufigen Methode der Anwendung einer fremden Rechtsordnung: so wie eine Kollisionsnorm die Anwendung fremden Rechts befiehlt, erklärt das Vertragsgesetz die Völkerrechtsnorm für anwendbar.- Kritisch dazu BLECKMANN S. 63 f, Fn. 47

144)PARTSCH S. 106 145)PARTSCH S. 20 146)hierzu PARTSCH

147)Zum Theorienstreit vgl. RUDOLF S. 150ff, BLUMENWITZ S. 295 ff

3) Keine Beschränkung der Transformation auf unmittelbar anwendbare Normen

Umstritten ist, in welchem Umfang völkerrechtliche Normen durch das Vertragsgesetz in das deutsche Recht eingeführt werden. Nach Überwiegender Meinung in Deutschland ist Voraussetzung einer jeden Transformation völkerrechtlicher Normen deren unmittelbare Anwendbarkeit.¹⁴⁸⁾ Nur unmittelbar anwendbare Vertragsbestimmungen sind danach zur Transformation fähig;¹⁴⁹⁾ nicht transformable Normen können innerstaatlich keine Geltung erlangen.

Nach anderer Auffassung ist streng zwischen "innerstaatlicher Geltung" und "unmittelbarer Anwendbarkeit" zu unterscheiden.¹⁵⁰⁾ Die "unmittelbare Anwendbarkeit" wird als Teil des umfassenderen Begriffs der "innerstaatlichen Geltung" verstanden.¹⁵¹⁾ Das Vertragsgesetz transformiert den Vertrag in seiner Gesamtheit, unabhängig davon, ob alle Bestimmungen unmittelbar anwendungsfähig sind oder nicht.¹⁵²⁾

148)HOSLER S. 20; BOEHMER S. 8; RUDOLF S. 174, 207; PARTSCH S. 20; PIGORSCH S. 82 ff; ZACHER DVBl 1955, 652.

149)transformabel, transformierbar, transformationsreif

150)WINKLER S. 8 ff; VERDROSS S. 122; ERMACORA S. 119; PFEIFER S. 1 ff; BLECKMANN S. 57 ff; FREUND S. 105 ff; de VISSCHER S. 559 ;vgl.auch ZEILLEISSEN S. 339

151)FREUND S. 105

152)So auch die deutsche Rechtsprechung: RGZ 119, 162: "Das Londoner Abkommen ist damit innerdeutsches Recht geworden. Soweit seine Vorschriften nach Inhalt, Zweck und Fassung ohne weiteres, d.h. ohne daß es noch eines weiteren völker- oder staatsrechtlichen Aktes bedarf, rechtliche Folgen auszulösen geeignet sind, kann sich auch der einzelne darauf berufen." Ebenso RGZ 121, 7 ff(9); BGHZ 17, 309 ff (313); BGHZ 52, 216 ff (219) und BGHZ 18, 22 ff(25 f): "Mit der Ratifizierung, Ausfertigung und Verkündung ist das Abkommen.....innerstaatliches Recht geworden. Die in dem Abkommen enthaltenen Vorschriften können danach unmittelbar privatrechtliche Wirkungen ausüben, wenn Inhalt, Zweck und Fassung der einzelnen Vorschriften mit voller Klarheit die Annahme zuläßt, daß eine solche Wirkung gewollt sei. Soweit dies nicht der Fall ist, kann eine die Staatsangehörigen unmittelbar bindende Wirkung nur durch besonderes Gesetz erreicht werden."

Die "innerstaatliche Geltung" ¹⁵³⁾ der Verträge ist "logische Voraussetzung" ¹⁵⁴⁾ der innerstaatlichen Anwendbarkeit; erst wenn der Vertrag in seiner Gesamtheit in den innerstaatlichen Rechtsraum eingeführt ist, stellt sich das Problem der unmittelbaren Anwendbarkeit. ¹⁵⁵⁾

Auch bei nicht dem Völkerrecht entstammenden Normen rein deutschen Ursprungs taucht das Problem der unmittelbaren Anwendbarkeit auf. ¹⁵⁶⁾ Nicht jede Norm, die innerstaatlich gilt, ist schon deshalb unmittelbar anwendbar. Die Geltung

153) Unter innerstaatlicher Geltung ist das generelle Inkrafttreten zu verstehen, WINKLER S. 9 rSp; BLECKMANN S.62 Fn 44: "Die deutschen Verfassungen enthalten durchwegs einen Schlußartikel, nach dem die betreffende Verfassung an einem bestimmten Datum "in Kraft tritt" (vgl. etwa Art. 145 Abs. II GG). Damit ist genau das gemeint, was hier mit der "innerstaatlichen Geltung" bezeichnet wird: Denn alle Verfassungsbestimmungen sind eben nicht unmittelbar anwendbar im hier verwendeten Sinne, wie sich deutlich aus Art. 1 Abs. III ergibt. Ähnlich regelt Art. 142 Abs. I des Beamtenrechtsrahmengesetzes (Bleckmann zitiert falsch Beamtenrahmengesetzes) vom 22.10.1965 (BGBl. I S.1754) dessen 'Inkrafttreten' generell, und sind trotzdem die Vorschriften seines Kapitels I im Gegensatz zu denen des Kapitels II nach ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung nicht unmittelbar anwendbar". Vgl. auch VERDROSS S. 122

154) BLECKMANN S.59

155) Nach WINKLER S. 9 ist zunächst die Frage zu lösen, ob ein Staatsvertrag innerstaatlich gilt; ist die Antwort positiv, so ist dann zu untersuchen, inwieweit der Vertrag unmittelbar anwendbares Recht schafft. So auch BLECKMANN S.59, die deutsche Rechtsprechung, s.o.S.73 Fn 152) und die in Fn. 150) aufgeführten Autoren.

156) PFEIFER S. 65 f; GRABITZ S.44 ff; BLECKMANN S.62

von nicht unmittelbar anwendungsfähigen deutschen Normen wird nicht angezweifelt; die Bestimmungen haben rechtliche Geltung, sie sind nur nicht unmittelbar verbindlich. ¹⁵⁷⁾ Dann müssen auch völkerrechtliche Normen, die nicht unmittelbar anwendungsfähig sind, durch das Vertragsgesetz allgemeine innerstaatliche Geltung erlangen können. ¹⁵⁸⁾ Die Beschränkung der Transformation auf unmittelbar anwendbare Normen ist daher abzulehnen.

Somit sind völkerrechtliche Verträge in vollem Umfang transformabel, sie erlangen durch das Vertragsgesetz in vollem Umfang innerstaatliche Geltung. ¹⁵⁹⁾ Hat ein Staatsvertrag allgemeine Geltung erlangt, steht er also "irgendwie im innerstaatlichen Rechtsraum", ¹⁶⁰⁾ so ist dann zu untersuchen, welche konkreten Rechtswirkungen er zu entfalten vermag, ob er unmittelbar anwendbar ist oder nicht. ¹⁶¹⁾

-
- 157) Art. 6 Abs. V GG hat zweifellos rechtliche Geltung im Bundesgebiet, dennoch ist Art. 6 Abs. V GG keine "unmittelbar anwendbare Norm"; sie ist ohne nähere Gesetzgebung nicht vollziehbar, obwohl die Grundrechte gemäß Art. 1 Abs. III GG Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als "unmittelbar geltendes Recht" binden. Hierzu von MANGOLDT-KLEIN S. 159: "Die Verbindlichkeitserklärung allein reicht nicht dazu aus, den nachfolgenden Grundrechten die Eigenschaft unmittelbar geltenden Rechts zu verleihen. Dazu ist vielmehr weitere Voraussetzung, daß der Wortlaut der einzelnen Grundrechtsbestimmungen auch entsprechend gefaßt ist .." Ebenso HAMANN-LENZ S. 135; PFEIFER S. 65 f und MAUNZ-DÜRIG S. 44 f Rn. 95 zu Art. 1 GG; VERDROSS S. 122
- Als weitere Beispiele geltender aber nicht unmittelbar anwendbarer Normen sind anzuführen: Art. 101 Abs. I Satz 2 GG, der durch das Gerichtsverfassungsrecht vollziehbar gemacht wurde (vgl. MAUNZ-DÜRIG S. 45 Rn. 95 zu Art. 1 GG) sowie die Vorschriften des Kapitels I des Beamtenrechtsrahmengesetzes vgl. BLECKMANN S. 62 Fn. 44
- 158) BLECKMANN S. 62: "Fragen, die auch beim innerstaatlichen Recht auftreten, sollten also nicht schon bei der Transformation oder sonstigen Einführung ins innerstaatliche Recht gestellt werden."
- 159) BLECKMANN S. 65
- 160) BLECKMANN S. 66
- 161) WINKLER S. 9; VERDROSS S. 122; ERMACORA S. 119; FREUND S. 105 ff; PFEIFER S. 1 ff; VISSCHER S. 559; BLECKMANN S. 57 ff und die deutsche Rechtsprechung, S. S. 73 Fn. 152)

4) Der Rang der eingeführten Normen

Die Einstufung der durch das Vertragsgesetz dem innerstaatlichen Recht einverleibten Völkerrechtsnormen ist eine Angelegenheit nicht des Völkerrechts, sondern des staatlichen Verfassungsrechts. ¹⁶²⁾ Im Grundgesetz ist die Rangzuweisung nicht ausdrücklich geregelt. ¹⁶³⁾ Die eingeführten Vertragsnormen könnten Gesetzesrang, Übergesetzesrang, Verfassungsrang oder gar Überverfassungsrang haben. ¹⁶⁴⁾

Die herrschende Lehre ¹⁶⁵⁾ und die Rechtsprechung ¹⁶⁶⁾ messen dem eingeführten Vertragsrecht den Rang zu, den das Vertragsgesetz hat. Das Vertragsgesetz nach Artikel 59 Absatz II Satz 1 GG ist einfaches Bundesgesetz, ¹⁶⁷⁾ folglich haben die Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge den Rang einfacher Bundesgesetze. ¹⁶⁸⁾

162) MENZEL S. 58

163) PRASCH S. 51

164) Zum Rang der "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" vgl. PARTSCH S. 61 ff; PIGORSCH S. 23 ff; DOEHRING S. 173 ff

165) MAUNZ-DÜRIG S. Rn 29 zu Art. 25 GG, von MANGOLDT - KLEIN S. 321; PIGORSCH S. 89 ff; BERNHARDT, Abschluß S. 135; VERDROSS S. 70; PARTSCH S. 93 ff; RUDOLF S. 212; SCHRÖCKER DVBL 1958, 410 ff (413); ECHTERHÖLTER JZ 1955, 689, MÜNCH ZaöRV 20, (159/60) 235 ff

166) BVerfG 6, 295; 6, 363; BGH NJW 1962, 1115 ff (1116)

167) BOEHMER S. 67, PRASCH S. 51

168) Auch nach der Vollzugslehre haben die Vertragsnormen den Rang von Bundesgesetzen, da der Anwendungsbefehl durch einfaches Bundesgesetz erteilt wird, PARTSCH S. 93 ff, 149 BOEHMER S. 66

II. Einführung des Handelsabkommens in das deutsche Recht

1) Vertragsgesetz vom 17.3.1959

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates ¹⁶⁹⁾ das Vertragsgesetz ¹⁷⁰⁾ zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen am 17.3.1959 beschlossen; am selben Tag wurde das Gesetz verkündet. Das Gesetz trat seinem Artikel 2 Abs. I gemäß am 18.3.1959 in Kraft.

Das Handelsabkommen trat gemäß Artikel 9 am 24.4.1959 in Kraft. ¹⁷¹⁾ Das völkerrechtliche Inkrafttreten des Abkommens ist im Bundesgesetzblatt bekanntgegeben worden. ¹⁷²⁾ Der Zeitpunkt des innerstaatlichen Wirksamwerdens der Bestimmungen des Handelsabkommens ist insoweit problematisch, als das Vertragsgesetz (18.3.1959) zeitlich vor dem völkerrechtlich verbindlichen Vertragsschluß (24.4.1959) in Kraft trat. Nach der Vollzugslehre ist der Vertrag völkerrechtlich und innerstaatlich gleichzeitig in Kraft getreten. ¹⁷³⁾

Zwar eröffnet das Vertragsgesetz schon mit seinem Inkrafttreten die Anwendung der Bestimmungen des Handelsabkommens; doch sind die Bestimmungen des Handelsabkommens erst mit dem völkerrechtlichen Inkrafttreten Völkerrechtsnormen. ¹⁷⁴⁾ Solange keine völkerrechtlichen Normen bestehen -dies erst mit der völkerrechtlichen Bindung- läuft der Anwendungsbefehl (d.h. das Vertragsgesetz) ins Leere. Somit ist der Vertrag nach der Vollzugslehre mit seinem völkerrechtlichen Inkrafttreten vollziehbar geworden. ¹⁷⁵⁾

169) Die Zustimmung des BR war gemäß Art. 105 Abs. III GG erforderlich, vgl. oben S. 58

170) BGBl. 1959 Teil II S. 221

171) An diesem Tage wurden in Moskau die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.

172) BGBl. 1959 Teil II S. 469.- Die Veröffentlichung war gemäß Artikel 2 Abs. II des Vertragsgesetzes erforderlich.

173) PARTSCH S. 89; BOEHMER S. 45

174) BOEHMER S. 46: "Verbindliche Normen des Völkerrechts entstehen aber erst mit dem völkerrechtlich wirksamen Inkrafttreten des Vertrages."

175) PARTSCH S. 89; BOEHMER S. 45 f

Auch nach der Transformationstheorie beginnt die innerstaatliche Geltung des Vertragsinhaltes erst mit dem völkerrechtlichen Inkrafttreten. Der Eintritt der völkerrechtlichen Verbindlichkeit wird als aufschiebende Bedingung der innerstaatlichen Wirksamkeit angesehen; dies ergibt sich aus der Bestimmung über die Bekanntgabe des völkerrechtlichen Inkrafttretens. ¹⁷⁶⁾

Die deutsche Rechtsprechung stellt bei der Anwendung völkerrechtlicher Vertragsnormen ebenfalls auf den Zeitpunkt des völkerrechtlichen Wirksamwerdens ab. ¹⁷⁷⁾ Somit hat das deutsch-sowjetische Handelsabkommen am 24.4.1959 innerstaatliche Geltung erlangt.

2) Vertragsgesetz vom 2.8.1961

Zwar war das Abkommen bis zum 31.12.1960 befristet ¹⁷⁸⁾, doch wurde es durch Vereinbarung am 31.12.1960 verlängert. ¹⁷⁹⁾ Das zur Verlängerung des Abkommens erforderliche Vertragsgesetz ¹⁸⁰⁾ erging am 2. August 1961. ¹⁸¹⁾

 176) MAUNZ-DÜRIG S. 19 f Rn. 34 zu Art. 59 GG; von MANGOLDT-KLEIN S. 1149; WENGLER NJW 1962, 232; LANGNER NJW 1962, 229; PIGORSCH S. 86.

177) BVerfGE 1, 411 f; RGZ 111, 42; BGHZ 11, 138.

178) Art. 9 des Abkommens

179) Protokoll vom 31.12.1960, BGBI. 1961 Teil II S. 1086 ff

180) Da das Handelsabkommen mit parlamentarischer Zustimmung geschlossen wurde, war auch für die Verlängerung die Zustimmung des Gesetzgebers notwendig, denn die Verlängerung stellt eine konstitutive Inkraftsetzung der materiellen Vertragsnormen für einen Zeitraum dar, in dem deren Geltung bisher nicht vorgesehen war, BOEHMER S. 65. Die parlamentarische Zustimmung wäre entbehrlich gewesen, wenn Art. 9 des Abkommens eine Ermächtigung zur Verlängerung für die Bundesregierung enthalten hätte. Art. 9 ermächtigte die Regierung aber nicht zur Verlängerung des Abkommens im Wege der Regierungsvereinbarung, sondern nur zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen.

181) BGBI. 1961 Teil II S. 1085

Die innerstaatliche Geltung des Handelsabkommens wurde verlängert durch das Vertragsgesetz, das den erneuten Transformationsakt bzw. Vollzugsbefehl darstellt und die Verlängerung der Geltung im innerstaatlichen Bereich sichert. ¹⁸²⁾

Das verlängerte Handelsabkommen wurde befristet zum 31.12.1963. Für den Fall, daß keine der Vertragsparteien bis zum 31.12.1962 schriftlich die Kündigung zum 31.12.1963 erklärt hätte, sollte das Abkommen bis zur Kündigung durch einen der Vertragspartner in Kraft bleiben. ¹⁸³⁾ Da eine Kündigung bisher nicht erfolgt ist, hat das Abkommen gegenwärtig Geltung. Auch über die innerstaatliche Geltung besteht wegen der automatischen Verlängerungsklausel kein Zweifel: sowohl nach der Vollzugslehre als auch nach der Transformationstheorie verlängert sich die innerstaatliche Geltungsdauer um den jeweils vorgesehenen Zeitraum, nach der Transformationslehre geschieht dies aufgrund der transformierten Verlängerungsklausel. ¹⁸⁴⁾

Hat das Handelsabkommen in seiner Gesamtheit innerstaatliche Geltung erlangt, so gilt auch Art. 7 S. 1 des Abkommens, der das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR ausdrücklich erwähnt, und die über Art. 7 S. 2 eingeführte Anlage. Mit der rechtlichen Geltung des Abkommens ist aber noch nicht gesagt, daß das sowjetische Außenhandelsmonopol in der Bundesrepublik gilt. Da ein besonderes Ausführungsgesetz, das die innerstaatliche Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik bestimmt, nicht existiert, könnte das Außenhandelsmonopol nur über Artikel 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage rechtliche Wirksamkeit in der Bundesrepublik erlangt haben. Zu untersuchen ist deshalb, ob sich unmittelbar aus Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage die Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik ergibt, mit anderen Worten, ob Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage "self-executing" ist oder nicht.

182) BOEHMER S. 65

183) Ziff. 2 des Protokolls vom 31.12.1960

184) BOEHMER S. 64

§ 8 Ist Artikel 7 Satz 1 des Abkommens in Verbindung mit der Anlage "self-executing" ?

I. Der Begriff "self-executing" in völkerrechtlichen Verträgen

1) Definition

Die ersten Versuche einer Definition des Begriffs "self-executing" wurden Ende der Zwanziger Jahre in den USA unternommen, ¹⁸⁵⁾ viele folgten. Die meisten Definitionen unterscheiden sich nur geringfügig voneinander. Einige Begriffsbestimmungen jedoch dürfen wohl kaum als exakt bezeichnet werden. So definiert KELSEN ¹⁸⁶⁾: "A norm of international law which is applicable only by the organs of the state without further implementation by national law may be called a self-executing norm." Diese Definition ist insofern unvollständig, als sie die mögliche unmittelbare Verbindlichkeit für Individuen überhaupt nicht erwähnt. Dieser Vorwurf gilt auch für die Definition von ERADES ¹⁸⁷⁾: "Une disposition d' un traité est directement applicable quand elle contient une règle de droit qui peut être appliqué par les juridictions nationales sans qu' aucun acte législatif ou administratif préalable de l' Etat du forum soit nécessaire."

- - - - -

185) Self-Execution of Treaties under the United States Constitution, 26 Col.L.R. 859 (1926), ohne Angabe des Verfassers; HENRY, When is a Treaty self-executing ? 27 MICH.L.R. 776 (1929)

186) KELSEN, Principles of International Law, 2.Aufl., 1966 S. 293

187) ERADES S. 234

Umgekehrt spricht die Definition des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ¹⁸⁸⁾ nur von den Individuen als Normadressaten und läßt außer Acht, daß auch die nationalen Rechtsanwendungsorgane unmittelbar von völkerrechtlichen Normen angesprochen werden können. ¹⁸⁹⁾

Schließlich glaubt VASAK ¹⁹⁰⁾ dem Terminus "self-executing" zwei verschiedene Bedeutungen geben zu müssen: so bezeichnet er einmal einen Staatsvertrag als self-executing, "wenn kraft innerstaatlicher Verfassungsbestimmungen der Akt des endgültigen Vertragsabschlusses auf völkerrechtlicher Ebene ausreicht, um dem Vertrag in der innerstaatlichen Rechtsordnung verbindende Kraft zu verleihen". In der anderen Bedeutung bezeichnet VASAK einen Staatsvertrag als "self-executing", wenn er durch den innerstaatlichen Richter unmittelbar anwendbar ist, ohne daß es hierzu irgendwelcher Durchführungsbestimmungen bedürfe. Aus dieser zweiten Definition ergibt sich, daß der Ausdruck "verbindende Kraft" in der ersten Definition nicht gleichzusetzen ist mit "unmittelbar anwendbar"; vielmehr meint VASAK mit "verbindender Kraft" die Geltung, die Wirksamkeit in der innerstaatlichen Rechtsordnung, welche Voraussetzung für die unmittelbare Anwendbarkeit ist. ¹⁹¹⁾

188) vgl. ERADES S. 229

189) PRASCH S. 44

190) S. 621

191) So WINKLER S. 9; PFEIFER S. 59; FREUND S. 116;
BLECKMANN S. 59; de VISSCHER S. 559.
Vgl. auch ZEILLERSEN S. 339

Somit ist nach VASAKS erster Begriffsbestimmung ein Staatsvertrag -unabhängig vom Inhalt und der Bestimmtheit der einzelnen Normen- schon dann "self-executing", wenn nach der Verfassung der Akt des endgültigen Vertragsschlusses auf völkerrechtlicher Ebene ausreicht, um dem Vertrag verbindende Kraft zu verleihen.

Diese erste Definition von VASAK ist abzulehnen, weil sie keine Rücksicht auf die einzelne Norm nimmt, deren Inhalt und Bestimmtheit aber unerläßliche Eigenschaften einer "self-executing"-Norm darstellen, wie wir noch sehen werden. Vielmehr enthält die erste Definition von VASAK nur eine von mehreren Voraussetzungen dafür, daß eine völkerrechtliche Norm self-executing ist.

Eine umfassendere Definition gibt EVANS ¹⁹²⁾, der zwischen "self-executing" und "non-self-executing" treaties unterscheidet: "A self-executing treaty is one which furnishes by its own terms... ...a rule of law for the executive branch of the Government, the courts, the States, or for private individuals. An executory, or non-self-executing treaty is one which explicitly or implicitly requires implementation by some executive or legislative agency... ...before it can become a rule for the courts or for private individuals."

Vollständig ist die Definition von ERMACORA ¹⁹³⁾:

"Eine Norm ist unmittelbar anwendbar, wenn sie einen zeitlichen, räumlichen, sachlichen und personellen Geltungsbereich besitzt und diese Geltungsbereiche so bestimmt sind, daß aus ihnen das Sollen des einzelnen und der staatlichen Vollziehungsorgane einwandfrei hervorgeht."

192)EVANS S. 68

193)ERMACORA S. 119

BERNHARDT 194) setzt den Terminus "self-executing" gleich mit "unmittelbar anwendungsfähig" und definiert wie folgt: "Anwendungsfähigkeit liegt dann vor, wenn eine internationale Vereinbarung zu innerstaatlicher Anwendung vorgesehene und geeignete Bestimmungen - Normen oder auch Verwaltungsvorschriften enthält..."

Auch das Reichsgericht stellte bei der Definition einer "unmittelbar anwendbaren" Norm auf Inhalt und Bestimmtheit der Norm ab; ein einzelner könne aus einem Vertrag "Ansprüche nur herleiten....wenn....die einzelne Vorschrift nach Inhalt, Zweck und Fassung, ohne daß es noch völkerrechtlicher Akte bedarf, privatrechtliche Wirkungen auszuüben geeignet ist." 195) Nach HERZOG ist entscheidend der Wortlaut des Vertrages; eignet er sich zum unmittelbaren Vollzug, so bedürfe es eines besonderen Vollzugsgesetzes nicht mehr. 196)

Für PRASCH sind "self-executing" oder "unmittelbar anwendbar" diejenigen Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge, die sich ohne Einschaltung eines innerstaatlichen Hoheitsaktes in direktem Durchgriff an die nationalen Rechtsanwendungsorgane oder an die Individuen wenden; sie können demnach unmittelbar verbindlich für die staatlichen Organe oder für einzelne sein. 197) RUSSOTTO 198) zieht folgende Definition vor:

"Une règle internationale conventionnelle est dite self-executing lorsque, ex proprio vigore et sans qu' aucune mesure d' exécution ne soit nécessaire, elle peut être appliquée par l' organe judiciaire ou exécutif."

194)BERNHARDT, Abschluß S. 26

195)RGZ 121, 7 ff(9); ebenso RGZ 117, 284; 119, 156 ff(162); 124, 204 ff (205); und der BGH, vgl. BGHZ 11, 135 ff(138). Ab BGHZ 17, 309 wurde die vom Reichsgericht geprägte objektivierete Formel stark subjektiviert, vgl. BGHZ 18, 22 ff (25), BLECKMANN S. 21 Fn. 28.

196)HERZOG S. 657

197)PRASCH S. 46

198)RUSSOTTO S. 152

Die verschiedenen Definitionen unterscheiden sich häufig schon vom Ausgangspunkt; beziehen sich einige auf den gesamten Vertrag, so gehen andere nur von den einzelnen Vertragsbestimmungen aus. Es ist nicht recht einzusehen, warum es in den USA eine Lehre von den "self-executing-treaties" gibt, nicht aber eine von den "self-executing-clauses"; dies läßt sich allenfalls mit der Entstehungsgeschichte der amerikanischen Verfassung begründen . 199)

Vernünftiger ist es allerdings, nur auf die einzelne Vertragsbestimmung abzustellen, ²⁰⁰⁾ denn wohl kaum kann ein Vertrag in seiner Gesamtheit "self-executing" sein. Vielmehr wird fast jeder Vertrag "self-executing" als auch "non-self-executing" Bestimmungen enthalten. ²⁰¹⁾ Die von mir gewählte Begriffsbestimmung bezieht sich darum auf die einzelne Norm:

"Self-executing-Normen" sind diejenigen Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge, die sich an die nationalen Rechtsanwendungsorgane oder an die Individuen wenden und von einem Gericht bzw. der Verwaltung wie innerstaatliches Recht angewendet werden können, ohne daß der Gesetzgeber - über den Akt des endgültigen Vertragsabschlusses auf völkerrechtlicher Ebene hinaus - noch einmal tätig werden muß.

- - - - -
199)s.u.S.85 ff

200)Zu diesem Schluß kommt auch RUSSOTTO S.178:

"A ce propos, signalons que l'analyse des actes bi- ou multilatéraux conclus par les Etats-Unis nous a montré que l'on ne saurait parler de traités self-executing, mais uniquement de règles dites self-executing."

201)FREUND S.119;PFEIFER S.51

2) Herkunft des Terminus "self-executing"

Der Begriff "self-executing-treaty" stammt aus dem Verfassungsrecht der Vereinigten Staaten von Amerika. ²⁰²⁾

Sein Ursprung lag in den Schwierigkeiten begründet, den von der Konföderation oder dem Bund abgeschlossenen Verträgen in den Gliedstaaten Geltung zu verschaffen. ²⁰³⁾

Der Friedensvertrag mit Großbritannien von 1783 führte zum Widerstand der Einzelstaaten, von deren gesetzgebenden Körperschaften die Erfüllung der vom Kongreß der Konföderation eingegangenen völkerrechtlichen Verbindlichkeiten abhängig war. ²⁰⁴⁾

War die Kompetenz des Kongreß für auswärtige Angelegenheiten unbestritten, so blieb das Problem der Befolgung der Verträge durch die Konföderation und besonders durch die dreizehn Staaten ungelöst bis zur Errichtung der neuen Verfassung. ²⁰⁵⁾

In der Verfassung vom 17.9.1787 ²⁰⁶⁾ bestimmt Art. VI Ziff. 2:

"This constitution, and the laws of the United States which shall be made in pursuance there of; and all the treaties made, or which shall be made, under the authority of the United States, shall be the supreme law of the land; and the judges in every state shall be bound thereby, anything in the constitution or laws of every state to the contrary notwithstanding."

202) FREUND S. 106; PRASCH S. 44; RUSSOTTO S. 19

203) RUSSOTTO S. 19

204) FREUND S. 106; GOULD S. 372

205) RUSSOTTO S. 20: "L'incapacité du Congrès d'assurer l'application des accords internationaux fut l'un des motifs qui incitèrent les délégués des Etats à doter les Etats-Unis d'une nouvelle constitution."
Weiter FREUND S. 106 und GOULD S. 372.

206) Das Zustandekommen der Verfassung der Vereinigten Staaten ist ausführlich dargelegt bei von MANGOLDT, Geschriebene Verfassung und Rechtssicherheit in den USA, 1934, S. 2 ff und bei GOULD S. 372 - 383.

Mit der Schaffung des Art. VI Ziff. 2 der Verfassung der USA konnte -unabhängig von der einzelstaatlichen Gesetzgebung- ein vom Bund abgeschlossener Vertrag durchgesetzt werden, vorausgesetzt die Bestimmungen waren unmittelbar anwendbar, enthielten befolgbare Verhaltensnormen. ²⁰⁷⁾ Auch die Bundesgesetzgebung ist insofern entbehrlich ²⁰⁸⁾, als völkerrechtliche Verträge "supreme law of the land" sind und innerstaatlich wie Gesetze angewendet werden. Nach Art. VI Ziff. 2 sind "self-executing-treaties" also ohne Akt der Legislative für die einzelnen Staatsbürger und Gerichte unmittelbar verbindlich.

War bei der ordentlichen Gesetzgebung in den USA die Mitwirkung des Kongresses vorgesehen ²⁰⁹⁾, so schrieb die neue Verfassung in Art. II Sektion II Ziff. 2 S. 1 vor, daß der Präsident völkerrechtliche Verträge abschließt mit "advice and consent" nur des Senats; ²¹⁰⁾ das Repräsentantenhaus war also völlig ausgeschaltet. So konnten der Präsident und der Senat durch die Einführung von unmittelbar verbindlichen Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge ins nationale Recht ohne Mitwirkung des Repräsentantenhauses neue Normen setzen. ²¹¹⁾ Dadurch wurden die "self-executing-clauses" völkerrechtlicher Verträge " zu einem bedeutenden Bestandteil des innerstaatlichen Rechts, und es ergab sich die Notwendigkeit, ihre Voraussetzungen näher festzulegen." ²¹²⁾

- - - - -

207)FREUND S. 106

208)FREUND S. 107

209)LOEWENSTEIN, Verfassungsrecht und Verfassungspraxis der Vereinigten Staaten, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959, S. 195 ff, 222 ff; ZINN, Gesetzgebung der USA, Washington 1956, S. 5 ff.

Der Kongreß besteht aus zwei Kammern: dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Der Senat repräsentiert die fünfzig Einzelstaaten unabhängig von deren Bevölkerungszahl (föderatives Organ), das Repräsentantenhaus vertritt die gesamte Bevölkerung.

210)Der Senat muß mit zwei Dritteln der bei der Abstimmung anwesenden Mitglieder dem Abschluß des Vertrages zustimmen.

211)PRASCH S. 44.- Von einer Umgehung der Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments durch den Präsidenten -wie PRASCH meint- kann wohl keine Rede sein, da der Präsident durch die qualifizierte Mehrheit, mit der der Senat zustimmen muß, außenpolitisch doch sehr beschränkt ist, vgl. LOEWENSTEIN S. 308.

212)PRASCH S. 45

3) Kriterien einer "self-executing"-Norm

a. Objektive Voraussetzung

Zu untersuchen ist, wie eine Bestimmung beschaffen sein muß, um "self-executing" zu sein.

Aus den oben angeführten Definitionen ²¹³⁾ ist zu ersehen, daß eine Norm, um "self-executing" zu sein, "ex proprio vigore" ²¹⁴⁾ eine klare, regelnde Aussage machen muß; die Regelung muß allein der Norm zu entnehmen sein, sich aus dem Wortlaut der Bestimmung ergeben. ²¹⁵⁾ Der Text muß aus sich selbst heraus verständlich sein und die wesentlichen Merkmale der beabsichtigten Regelung enthalten. Im Anschluß an OPHÜLS ²¹⁶⁾ verlangt PRASCH für das Vorliegen einer "self-executing"-Bestimmung, daß die Vorschrift ihrer Ausdrucksweise nach ("by their term") oder ihrer Natur nach ("by their nature") ²¹⁷⁾ eine sofortige innerstaatliche Anwendung ermöglicht. Dabei soll die Frage nach der "Natur" der Bestimmung sich auf die inhaltliche Konkretisierung beziehen, während die Ausdrucksweise darüber Aufschluß gibt, ob die Bestimmung eine Regelung schon selbst enthält oder nur eine Verpflichtung dazu. ²¹⁸⁾

213)s.o.S. 80 ff

214)RUSSOTTO S. 178

215)Es wird verlangt, daß die Norm "operates of itself" (in den USA), "se suffit à elle-même" (in Frankreich), vgl. BLECKMANN S. 315 Fn. 284

216)OPHÜLS S. 14

217)PRASCH S. 48

218)ders. S. 48

Nach RUSSOTTO ist eine Norm "self-executing", wenn sie autonom ist; ²¹⁹⁾ Autonomie liegt ipso facto vor, wenn zwei Kriterien gegeben sind: "la précision et le caractère suffisamment détaillé." ²²⁰⁾ RUSSOTTO definiert "précision" wie folgt: "La règle doit avoir été rédigée de manière rigoureuse et exprimée dans un langage d'une suffisante netteté." ²²¹⁾ Unter "caractère détaillé" versteht RUSSOTTO, daß die Norm eine ausführliche, in sich vollständige Regelung enthält, so daß jede weitere Bestimmung überflüssig wäre.

Auch die deutsche ²²²⁾ und die österreichische ²²³⁾ Lehre verlangen für die unmittelbare Anwendbarkeit einer Norm, daß die Vorschrift nach "Form und Inhalt so abgefaßt ist, daß der Erlaß von Durchführungsvorschriften nicht mehr notwendig ist, um ihre Anwendbarkeit durch Verwaltung, Rechtsprechung und Einzelne zu sichern." ²²⁴⁾ Dabei muß der Vertragswortlaut dem innerstaatlichen Verfassungsprinzip der Rechtssicherheit genügen, insbesondere ist hinreichende Bestimmtheit erforderlich. ²²⁵⁾

 219) RUSSOTTO S.158, S.163: le caractère d'autonomie "est la condition essentielle et suffisante pur que la règle soit directement applicable."

220)RUSSOTTO S.159

221)ders. S.159

222)PIGORSCH S.84, PARTSCH S.29; BERNHARDT , Abschluß S.26
 BLECKMANN S.308; RUDOLF S.173 ; BOEHMER S. FREUND S.120

223)WINKLER S.12;VERDROSS S.68; PFEIFER S.60; ERMACORA JB1.B.84
 1962, S.119

224)PRASCH S.48

225)BLECKMANN S.20; 312ff; PFEIFER S.60

Nach der Rechtsprechung des RG ²²⁶⁾ und des BGH ²²⁷⁾ kann sich der einzelne Bürger auf eine Vorschrift berufen, wenn diese "nach Inhalt, Zweck und Fassung" geeignet sei, privatrechtliche Wirkungen auszuüben, ohne daß es noch staatsrechtlicher Akte bedürfe.

Somit steht fest, daß eine Bestimmung, um "self-executing" zu sein, objektiv zur unmittelbaren Anwendung geeignet sein muß. ²²⁸⁾

b. Subjektive Voraussetzung

Nach BOEHMER ist für die Frage "self-or non-self-executing" allein die objektive Eignung der Norm maßgebend. ²²⁹⁾

Dagegen verlangt die ganz überwiegende Literatur auch ein subjektives Element: Die Vertragsparteien müssen die unmittelbare Anwendbarkeit einer Norm gewollt haben ²³⁰⁾. Nach BLECKMANN ²³¹⁾ wird ein entsprechender Vertragswille in der Regel als notwendige aber nicht als hinreichende Bedingung der innerstaatlichen Anwendbarkeit angesehen.

226)RGZ 117,280 ff(284); 119,156ff(162);121,7ff(9); 124,204ff(205)

227)BGHZ 17,309ff(313);18,22 ff(25)

228)WINKLER S.12;BERNHARDT S.26

229)BOEHMER S.8. BOEHMER bezieht sich auf die vom RG aufgestellte "objektive" Formel, wobei er einige Entscheidungen über-
sieht, in denen das RG den Willen der Vertragsparteien be-
rücksichtigt hatte, z.B.:RGZ 36,183; 121,7 ff(9); vgl. hier-
zu BLECKMANN S.21, Fn.28.

Auch für RUSSOTTO (S.158) genügt das objektive Element; er
verkennt aber nicht, daß bei dem geringsten Zweifel an der
Eindeutigkeit des Textes subjektive Kriterien zur Hilfe
genommen werden müssen.- Nach PFEIFER S.63 Fn.211 kann nur
in Zweifelsfällen auf die Entstehungsgeschichte des Ver-
trages zurückgegriffen werden, für die Auslegung des Ver-
trages soll die Absicht der Vertragspartner insoweit maß-
geblich sein, als sie im Vertragswerk sichtbaren Ausdruck
gefunden hat. Das subjektive Kriterium ist für PFEIFER und
RUSSOTTO also von subsidiärer Bedeutung.

230)WINKLER S.12;BERNHARDT S.26,der von "zu direkter innerstaat-
licher Anwendung vorgesehenen ... Bestimmungen ..." spricht.
FREUND S.120; OPPENHEIM-LAUTERPACT Bd.I,S.924; PRASCH S.48

231)BLECKMANN S.159

PRASCH ²³²⁾ verlangt, "daß die vertragschließenden Parteien ausdrücklich oder stillschweigend eine unmittelbar verbindliche Norm schaffen wollten."

In der deutschen Rechtsprechung hat das RG zwar mehr auf die Geeignetheit der Vertragsbestimmungen abgestellt, doch den Vertragswillen nicht unbeachtet gelassen. ²³³⁾

Der BGH ²³⁴⁾ fordert wie der Ständige Internationale Gerichtshof ²³⁵⁾ ein subjektives Moment: die Vertragsparteien müssen die unmittelbare Anwendbarkeit gewollt haben.

Folgt man Rechtsprechung und Schrifttum, so ist eine Norm dann "self-executing", wenn sie objektiv und subjektiv für eine unmittelbare Anwendung in den Staaten geeignet ist.

- - - - -
232) PRASCH S.48

233) BLECKMANN S.21 Fn.28

234) BGHZ 17,309 ff(313)

235) Die unmittelbare Anwendbarkeit setzt voraus einen derartigen Willen der Parteien, "the intention of the contracting parties", Publication de La Cour, série A.B. no.28, S.17, Gutachten des StIGH Nr. 15 vom 3.3.1928 im Falle der Freien Stadt Danzig.

4) Vergleich mit dem Begriff "unmittelbar anwendbar"
 Übersetzt bedeutet der Terminus "self-executing"
 "sich selbst ausführend" und scheint mit dem Begriff "unmittelbar anwendbar" ²³⁶⁾ wenig gemeinsam zu haben.
 Auch von der Entwicklung her unterscheiden sich die
 "self-executing-clauses" von den unmittelbar anwendbaren Bestimmungen: "self-executing"-Normen dienten in den USA zur Durchsetzung der internationalen Vereinbarungen, die von Exekutive, Judikative, den Einzelstaaten und Bürgern zu befolgen waren; dagegen sollten unmittelbar anwendbare Bestimmungen Ausdruck der allgemeinen Tendenz des Völkerrechts sein, die Rechtsstellung der Individuen zu verstärken. ²³⁷⁾ So befassen sich in der Tat die meisten Abhandlungen in Deutschland und Österreich mit dem Problem, ob eine Norm unmittelbar anwendbar ist als Anspruchsgrundlage. ²³⁸⁾
 Auch der Ständige Internationale Gerichtshof stellt bei seiner Definition unmittelbar verbindlicher Normen darauf ab, daß die Staatsbürger als Subjekte der vertragsschließenden Staaten in dem Vertrag subjektive Rechte erhalten und sie diese Rechte vor den Gerichten geltend machen können. ²³⁹⁾
 Schon die Definition des Begriffs "self-executing" zeigt aber die enge Verknüpfung zur "unmittelbaren Anwendbarkeit": ist doch die Anwendungsfähigkeit in den meisten Definitionen Bedingung für die self-executing-Eigenschaft ²⁴⁰⁾, eine Norm ist erst self-executing, wenn sie anwendungsfähig ist. Umgekehrt ist eine Norm nur dann unmittelbar anwendbar, wenn sie "self-executing" ist. Auch die Kriterien einer "self-executing"-Norm sind die gleichen wie bei einer unmittelbar anwendbaren Norm. ²⁴¹⁾ So haben die Begriffe die gleiche Bedeutung, was die Lehre auch anerkennt. ²⁴²⁾

236) BERNHARDT, Abschluß S. 26 spricht von "anwendungsfähig", PRASCH S. 40 ff von "unmittelbar verbindlich"

237) PRASCH S. 45

238) WINKLER S. 9 ff; PFEIFER S. 1 ff; BLECKMANN S. 76;
 vgl. auch die zitierten Entscheidungen auf S.83 Fn. 195

239) ERADES S. 229

240) Kelsen, Principles of International Law, 2.Aufl. 1966, S. 293
 ERADES S. 234

241) vgl. oben S. 87 ff

242) PIGORSCH S. 66 Anm. 282; PRASCH S. 45; BLECKMANN S. 57 ff;

II. Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage
als unmittelbar verbindliche Regelung

1) Gegenstand der Prüfung

Zunächst ist zu klären, ob sich die Prüfung der unmittelbaren Anwendbarkeit oder self-executing-Eigenschaft auf den gesamten Vertrag oder nur auf die einzelne Vorschrift beziehen muß. Nach Ansicht der Lehre ist Gegenstand der Prüfung die einzelne Bestimmung und nicht der ganze Vertrag.²⁴³⁾ Dieser Auffassung ist zu folgen, denn ein Vertrag kann zugleich "self-executing" als auch "non-self-executing"-Bestimmungen enthalten,²⁴⁴⁾ nur aus der einzelnen Bestimmung allein kann sich die jeweilige Anwendungsfähigkeit ergeben.²⁴⁵⁾ Auch die Rechtsprechung in der Bundesrepublik²⁴⁶⁾ und in Österreich²⁴⁷⁾ hat die Prüfung auf jeweils eine konkrete Einzelvorschrift des Vertrages beschränkt. Somit ist grundsätzlich Prüfungsgegenstand die einzelne Bestimmung, nicht der Vertrag in seiner Gesamtheit.²⁴⁸⁾ Nach den von Theorie und Praxis anerkannten Grundsätzen ist Prüfungsgegenstand der Artikel 7 des Abkommens.

243) BLECKMANN S. 148 m.w.N.

244) vgl. oben S. 84

245) BLECKMANN S. 149

246) RGZ 117, 284; 119, 162; 121, 9; 124, 205; BGHZ 11, 138; 17, 309; 18, 25;

247) OGH in JBl. Bd. 83 (1961) S. 27; VerfGH in JBl. Bd. 83 (1961) S. 352

248) Hierbei ist jedoch anerkannt, daß der Vertrag in seiner Gesamtheit und seine Grundgedanken, sein "Geist", insofern berücksichtigt werden müssen, als sie der Erhellung der geprüften Norm dienen. Dies gilt umsomehr, als einzelne Vertragsbestimmungen zueinander in einem besonders engen sachlichen und räumlichen Zusammenhang stehen, vgl. BERNHARDT, Auslegung S. 85, 69 und BLECKMANN S. 151

Abweichend vom Normalfall und daher untypisch ist jedoch, daß Artikel 7, der aus zwei Sätzen besteht, nur in Satz 1 eine materiell-rechtliche Regelung enthält. Artikel 7 Satz 2 entzieht sich jeder Prüfung, er enthält keine materiell-rechtliche Regelung, sondern verweist nur auf die Anlage zum Abkommen.²⁴⁹⁾ Diese Anlage, die sich auf die in Art. 7 S. 1 erwähnten Begriffe "Handelsvertretung" und "Außenhandelsmonopol" bezieht, wird durch Art. 7 S. 2 untrennbarer Bestandteil des Abkommens. Da die Artikel 1 bis 6 sowie 8 und 9 gesonderte, von der Anlage unabhängige Fragen regeln, die mit der Anlage nichts gemein haben, kann die in Art. 7 S. 2 enthaltene Bestimmung, daß die Anlage untrennbarer Bestandteil des Abkommens sei, nur bedeuten, daß die Anlage Bestandteil von Artikel 7 ist, denn die Anlage ist ohne Artikel 7 S. 1 sinnlos; Art. 7 S. 1 und die Anlage bedingen sich gegenseitig. Durch Art. 7 S. 2 wird die Anlage untrennbarer Bestandteil von Art. 7 S. 1; Artikel 7 Satz 1 und die Anlage betreffen das sowjetischen Außenhandelsmonopol, sie bilden materiell-rechtlich eine Einheit und müssen daher zusammen gesehen werden. Prüfungsgegenstand ist deshalb Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage.

2) Objektive Eignung

Aus Artikel 7 S. 1 und der Anlage müßten den einzelnen Staatsbürger treffende Verhaltensnormen erkennbar sein.

Aus Artikel 7 Satz 1 ergibt sich zunächst, daß die Bundesrepublik Deutschland sich mit der Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik einverstanden erklärt, weil nach den Gesetzen der UdSSR der Außenhandel Monopol des Staates ist. Aus dem Wortlaut des Art. 7 S. 1 folgt zwar die völkerrechtliche Anerkennung des sowjetischen Außenhandelsmonopols²⁵⁰⁾, doch ist ein spezielles Sollen der Rechtsunterworfenen nicht ersichtlich.

249) Die in Satz 2 des Art. 7 fehlende materiell-rechtliche Regelung ist umfassend in der Anlage enthalten.

250) s.o.S. 65 f

In der völkerrechtlichen Anerkennung liegt nur das an den Gesetzgeber gerichtete Gebot, die zur Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtung notwendigen innerstaatlichen Rechtssätze zu erlassen. 251)

251) Im Schrifttum ist anerkannt, daß auch an den Gesetzgeber gerichtete Programmsätze unmittelbar auf die Gestaltung von Privatrechtsverhältnissen einwirken können, BLECKMANN S. 72 Fn. 71. So hat WENGLER (S. 462) treffend formuliert: "Andererseits kann wohl auch ein nicht vom staatlichen Gesetzgeber vollzogenes programmatisches Rechtssetzungsgebot...insofern Wirkungen im innerstaatlichen Recht auslösen, als private Rechtsgeschäfte, die mit dem Programm gänzlich unvereinbar sind, wegen Verstoßes gegen den ordre public oder ähnliche Generalklauseln des staatlichen Rechts als ungültig angesehen werden müssen."- Auch RUDOLF (S. 208) ist der Ansicht, daß ein Rechtssetzungsgebot für den Bürger "quasi self-executing" sein kann. Für eine "self-executing-Wirkung" von nur programmatischen Rechtssetzungsgeboten spricht insbesondere das Effektivitätsprinzip (vgl. PFEIFER S. 64 f, BERNHARDT, Auslegung S. 88 ff), wonach diejenige Vertragsauslegung den Vorzug verdient, die am meisten zur Zweckerreichung beiträgt. Zweck des Art. 7 ist nicht nur die völkerrechtliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols durch die Bundesrepublik, sondern in erster Linie dessen innerstaatliche Durchsetzung. In Anlehnung an die Lehre könnte dem in Art. 7 Satz 1 enthaltenen Programmsatz "Beachtung des sowjetischen Außenhandelsmonopols" also schon (quasi) "self-executing-Wirkung" beigemessen werden. Demnach werden deutsche Gerichte bei der Entscheidung von Rechtsstreiten gehalten sein, durch ihre Urteile -die Hoheitsakte sind- keine völkerrechtswidrigen Hoheitsakte zu erlassen. Da staatliche Gesetze im Zweifel im Sinne ihrer Völkerrechtsgemäßheit auszulegen sind (vgl. WENGLER S. 94, VERDROSS S. 112), müssen auch die Hoheitsakte der einzelnen Staatsorgane völkerrechtsgemäß sein, d.h. im Rahmen des Programmsatzes.

Der in Artikel 7 Satz 1 enthaltene Programmsatz wird durch die Bestimmungen der Anlage, die über Artikel 7 Satz 2 wirken, konkretisiert. Die Anlage vollzieht das programmatische Rechtssetzungsgebot des Art. 7 Satz 1, weshalb der deutsche Gesetzgeber keine besonderen Ausführungsgesetze mehr erlassen mußte. Die Anlage enthält die notwendigen Detailvorschriften, aus denen sich die hinreichende Bestimmtheit des sowjetischen Außenhandelsmonopols ergibt.

Aus der Anlage ergibt sich, daß die Handelsvertretung die Interessen der Union auf dem Gebiet des Außenhandels mit der Bundesrepublik Deutschland vertritt.²⁵²⁾ Die Handelsvertretung tätigt im Namen der Regierung der UdSSR Handelsgeschäfte in der Bundesrepublik²⁵³⁾, d.h. sie handelt für die sowjetische Regierung.²⁵⁴⁾ Da die Sowjetunion Staatshandelsland ist, ist die Handelsvertretung als Staatsvertreter das in erster Linie zuständige Organ, im Ausland Handelsgeschäfte abzuschließen. Dies folgt auch aus Artikel 5 der Anlage. Er bestimmt: "Durch die Errichtung der Handelsvertretung der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland wird die Möglichkeit von natürlichen Personen, juristischen Personen und Handelsgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen, unmittelbare Beziehungen mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen zum Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung von Handelsgeschäften zu unterhalten."

Artikel 5 der Anlage legt fest, daß nicht alle Außenhandels- geschäfte über die sowjetische Handelsvertretung abgewickelt werden müssen, auch mit sowjetischen Außenhandelsvereinigungen dürfen Handelsgeschäfte geschlossen werden. Zunächst kommt rechtlich zwar als sowjetischer Handelspartner vor allem die Handels- vertretung in Betracht, die in den Artikeln 1 c, 3 und 5 der Anlage ausdrücklich als Geschäftsorgan erwähnt wird.

252) Art. 1 b der Anlage

253) Art. 1 c der Anlage

254) Art. 3 der Anlage

Auf sowjetischer Seite kommen außer der Handelsvertretung als Vertreter des Staates nur noch die staatlichen Außenhandelsvereinigungen als Handelspartner in Frage. ²⁵⁵⁾

Da die Anlage eine vollständige abschließende Regelung trifft -sonst wäre ein spezielles Ausführungsgesetz erlassen worden- ergibt sich aus dem Wortlaut des Art. 5 der Anlage folgendes:

(1) Deutsche Bürger, juristische Personen und Handelsgesellschaften schließen Handelsrechtsgeschäfte grundsätzlich mit der Handelsvertretung ab, denn diese ist das primär zuständige sowjetische Staatsorgan; darüber hinaus können auch mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen Rechtsgeschäfte abgeschlossen und abgewickelt werden; dies wird ausdrücklich durch Artikel 5 der Anlage gestattet.

(2) Wenn unmittelbare Beziehungen zu sowjetischen Außenhandelsvereinigungen nicht ausgeschlossen sind -also Geschäfte nicht nur mit der Handelsvertretung, sondern auch mit den Außenhandelsorganisationen abgeschlossen werden können-, so ergibt der Umkehrschluß ²⁵⁶⁾, daß keine unmittelbaren Handelsbeziehungen zu anderen als den in Artikel 5 genannten sowjetischen Stellen möglich sind; Außenhandel mit Sowjetbürgern ist ausgeschlossen, denn sonst wäre die Möglichkeit unmittelbarer Rechtsbeziehungen zu sowjetischen Staatsbürgern in Außenhandelsangelegenheiten ebenfalls ausdrücklich erwähnt worden.

255) vgl. Artikel 3 und 5 der Anlage

256) Das Prinzip "argumentum e contrario" ist in der Rechtsprechung für völkerrechtliche Sachverhalte wiederholt angewendet worden, vgl. BERNHARDT, Auslegung S. 180 f m.w.N.

(3) Das in Artikel 7 Satz 1 des Abkommens erwähnte Prinzip des sowjetischen Außenhandelsmonopols wird durch die abschließende und vollständige Regelung des Art. 5 der Anlage konkretisiert. Wird eben prinzipiell nur mit dem Sowjetstaat als alleinigem Träger des Außenhandels direkt gehandelt, so besteht zusätzlich die Möglichkeit, mit vom Staat zum Außenhandel ermächtigten Außenhandelsvereinigungen Geschäfte zu tätigen. Artikel 5 der Anlage erzeugt also insofern unmittelbar rechtliche Wirkungen, als er den deutschen Privatrechtssubjekten durch die ausdrückliche Beschränkung auf Handelsvertretung und Außenhandelsorganisationen als einzig in Frage kommende Handelspartner, die Möglichkeit nimmt, mit sowjetischen Bürgern und nicht zum Außenhandel autorisierten Vereinigungen Handelsgeschäfte abzuschließen. Aus Artikel 7 Satz 1 und Artikel 5 der Anlage wird also ein spezielles Sollen der Rechtsunterworfenen einwandfrei ersichtlich, nämlich Außenhandel nur mit den zuständigen sowjetischen Stellen zu treiben, da jeder Außenhandel mit sowjetischen Bürgern ausgeschlossen ist.

Artikel 5 der Anlage konkretisiert den in Artikel 7 Satz 1 des Abkommens enthaltenen Begriff des Außenhandelsmonopols und macht die völkerrechtliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols für die einzelnen Staatsbürger, Behörden und Gerichte unmittelbar verbindlich, ohne daß es einer weiteren Ausführungsregelung noch dazu bedurft hätte.

Somit folgt aus Wortlaut, Sinn und Zweck von Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage objektiv die Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland.

3) Subjektive Eignung

Um "self-executing" zu sein, müßte Artikel 7 zu direkter innerstaatlicher Anwendung vorgesehen sein²⁵⁷⁾, d.h. die Vertragsparteien müssen die Anwendbarkeit gewollt haben.²⁵⁸⁾ Es ist daher der gemeinsame Parteiwille zu ermitteln.²⁵⁹⁾

Eine nachdrückliche Bestimmung, daß Art. 7 bzw. die Anlage unmittelbar anwendbar ist, fehlt und ist auch in der Praxis nicht üblich.²⁶⁰⁾ Auch wurde die innerstaatliche Anwendbarkeit nicht ausgeschlossen.²⁶¹⁾

Aus der Tatsache des völkerrechtlichen Vertragsschlusses allein schon auf einen Willen der innerstaatlichen Anwendungsfähigkeit zu schließen ginge zu weit. Da ein innerer, nicht geäußelter Wille rechtlich irrelevant ist, muß auf den erkennbar nach außen hervorgetretenen Parteiwillen abgestellt werden.²⁶²⁾ Dieser geäußerte Wille ist zunächst an Hand des Textes von Artikel 7 in Verbindung mit der Anlage zu erforschen, wobei der Grundgedanke des Vertrages, sein "Geist", zu berücksichtigen ist. Darüberhinaus können außervertragliche Umstände, insbesondere die Vorarbeiten zum Vertragsschluß Anhaltspunkte für den Parteiwillen geben.²⁶³⁾

257)BERNHARDT, Abschluß S. 26

258)WINKLER S. 11 Fn 12

259)BERNHARDT, Auslegung S. 34

260)WINKLER S. 11; BLECKMANN S. 170

261)Dies ist schon mehrfach der Fall gewesen, z.B. beim zwischen Deutschland, Polen und Danzig am 27.3.1926 geschlossenen Eisenbahnabkommen (RGBl. 1926 Teil II S. 755); vgl. hierzu BLECKMANN S. 170 Fn. 34 mit weiteren Beispielen.

262)BERNHARDT, Auslegung S. 34 f

263)BERNHARDT, Auslegung S. 38.- Außervertragliche Umstände werden nicht herangezogen, wenn ein eindeutiger Parteiwille sich aus dem Vertragstext ermitteln läßt, BERNHARDT, Auslegung S. 66.

In Artikel 7 des Handelsabkommens hat die Bundesrepublik ihren Willen zum Ausdruck gebracht, das sowjetische Außenhandelsmonopol anzuerkennen, indem sie sich mit der Errichtung einer Handelsvertretung einverstanden erklärte. Zugleich waren damit innerstaatliche Wirkungen gewollt: der sowjetischen Handelsvertretung wurde das Feld zur privatwirtschaftlichen Betätigung im Bereich des Bundesgebietes eröffnet. Einmal sollte die Handelsvertretung als Handelspartner auftreten (Art. 1 c der Anlage), zum anderen die Interessen der UdSSR auf dem Gebiet des Außenhandels mit der Bundesrepublik vertreten (Art. 1 b), d.h. die sowjetischen Außenhandelsorganisationen bei ihren Geschäften zu überwachen und zu unterstützen.

Aus Art. 5 der Anlage geht hervor, daß als sowjetische Handelspartner nur die Handelsvertretung und die zuständigen Außenhandelsorganisationen in Betracht kommen. Hieraus ergibt sich der Wille, dem sowjetischen Außenhandelsmonopol innerstaatlich Geltung zu verschaffen, mit der Folge, daß bei allen deutsch-sowjetischen Rechtsgeschäften das Außenhandelsmonopol beachtet werden muß. Eine rein völkerrechtliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols wäre in der Tat für die UdSSR ohne Belang gewesen; Handelspartner auf deutscher Seite sind Bürger, Handelsgesellschaften und juristische Personen; dieser Kreis von möglichen Vertragspartnern sollte durch das Handelsabkommen bei allen deutsch-sowjetischen Handelsgeschäften an das Außenhandelsmonopol gebunden werden. Die UdSSR hat nicht in erster Linie die Beachtung des Außenhandelsmonopols durch den Staat Bundesrepublik Deutschland gewollt; vor allem an der innerstaatlichen Einführung des Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik war der UdSSR gelegen, denn gerade die Rechtsunterworfenen sollten im deutsch-sowjetischen Handelsverkehr dem Außenhandelsmonopol unterliegen.²⁶⁴⁾ Auch aus der sowjetischen Erklärung,²⁶⁵⁾ daß die Errichtung einer Handelsvertretung in der Bundesrepublik für die Sowjetunion die Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Abwicklung des Handelsverkehrs bilde, folgt, daß primär die innerstaatliche Durchführung bzw. Einhaltung des Außenhandelsmonopols Zweck des Art. 7 war.

264) Jede andere Auslegung wäre gegen den Geist des Vertrages und deshalb unzulässig, vgl. BGHZ 52, 220.

265) BT-Drucks. Nr. 545 vom 9.9.1958 S. 29

Dem Text von Artikel 7 Satz 1 und dem Wortlaut der Anlage ist ein gemeinsamer Parteiwille dahingehend zu entnehmen, daß innerstaatliche Rechtswirkungen gewollt waren.

Da grundsätzlich ein völkerrechtskonformes Verhalten der Bundesrepublik zugrunde gelegt werden kann, die Bundesregierung überdies betont hat, daß ihr ernsthaft an der Durchführung und Einhaltung des Abkommens gelegen ist ²⁶⁶⁾, zur Ausführung des Art. 7 aber keine Detailvorschriften erlassen wurden, ist davon auszugehen, daß Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage als "self-executing" angesehen wurde.

4) Ergebnis

Aus dem Wortlaut des Art. 7 S. 1 und der Anlage ergibt sich, daß deutsch-sowjetische Handelsgeschäfte nur über die Handelsvertretung und die Außenhandelsvereinigungen möglich sind; Rechtsbeziehungen zu sowjetischen Bürgern sind ausgeschlossen. Da Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage eine klare Regelung enthält, die objektiv hinreichend bestimmt und subjektiv zur Anwendbarkeit vorgesehen ist, erfüllt Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage alle Voraussetzungen, die an eine unmittelbar verbindliche Regelung gestellt werden. Aus Art. 7 S. 1 und der Anlage folgt die rechtliche Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik. Das Außenhandelsmonopol ist daher von deutschen Bürgern, Unternehmen und staatlichen Instanzen zu befolgen; wird es verletzt, so ergeben sich konkrete Rechtsfolgen, wie im dritten Teil der Arbeit aufgezeigt wird.

§ 9 Verfassungskonformität des Vertragsgesetzes
zum Handelsabkommen

Der Rang der Normen des Handelsabkommens richtet sich nach dem Rang des transformierenden innerstaatlichen Gesetzes. Artikel 7 und die Anlage zum Abkommen haben deshalb den Rang des Vertragsgesetzes und sind somit einfaches Bundesrecht. ²⁶⁷⁾ Einfaches Bundesrecht darf nicht gegen höherrangiges Verfassungsrecht verstoßen. Der in das Bundesrecht eingeführte Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols müßte verfassungskonform sein, um innerstaatlich unmittelbare Rechtswirkungen erzeugen zu können, denn verfassungswidriges Vertragsrecht ist innerstaatlich nichtig. ²⁶⁸⁾ Zu prüfen auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin sind die im Vertragsgesetz implicite erlassenen vertragsgemäßen Normen innerstaatlichen Rechts, wobei das Vertragsgesetz formeller Prüfungsgegenstand ist. ²⁶⁹⁾ Dies gilt sowohl für die Transformationslehre als auch für die Vollzugslehre. ²⁷⁰⁾

Als vom Grundgesetz geschützte Rechtsposition, die durch das Außenhandelsmonopol verletzt sein könnte, käme allenfalls das Recht eines jeden "auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" in Betracht. ²⁷¹⁾ Dieses durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützte Recht stellt das "Hauptfreiheitsrecht" des GG dar. ²⁷²⁾ Durch Artikel 2 Abs. 1 GG wird die allgemeine menschliche Handlungsfreiheit auf allen Bereichen gewährleistet, ²⁷³⁾ auch auf wirtschaftlichem Gebiet. ²⁷⁴⁾

- - - - -

267) s.o.S. 76

268) BOEHMER S. 73

269) Der materiell-rechtliche Gehalt des Vertragsgesetzes ergibt sich aus dem Vertragstext, BOEHMER S. 73

270) BOEHMER S. 73

271) Die im Rechtsstreit Luchterhand Verlag ./.. Verlagsgruppe Langen Müller (vgl. S. 1) vom Landgericht Stuttgart angeschnittene Problematik, ob das Außenhandelsmonopol gegen Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG verstößt, geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus und kann deswegen nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein.

272) HAMANN-LENZ S. 137; MAUNZ-DÜRIG S. 7 Rn. 6 zu Art. 2 Abs. 1 GG

273) FORSTHOFF BB 1953, 421 ff; BVerfGE 6, 36.

274) IPSEN AÖR 78 (1952/53), 310; HAMANN-LENZ S. 139; MAUNZ-DÜRIG S. 12 Rn. 11 zu Art. 2 Abs. 1 GG; BVerfGE 8, 328; 20, 329 ff; BVerwGE 6, 141.

Artikel 2 Abs. I GG gibt ein "subjektiv öffentliches Recht" 275)
auf freie wirtschaftliche Betätigung; es umfaßt die Wett-
bewerbsfreiheit 276) und die Vertragsfreiheit. 277)

Die in Art. 2 Abs. I GG enthaltene verfassungsmäßige
Garantie der Parteiautonomie besteht hinsichtlich der
Wahl des Vertragspartners als auch des Vertragsinhaltes. 278)
Durch das sowjetische Außenhandelsmonopol sind unmittelbare
Wirtschaftsbeziehungen bundesdeutscher Bürger, juristischer
Personen und Handelsgesellschaften mit sowjetischen
Privatpersonen ausgeschlossen; Außenhandel ist nur möglich
mit den hierfür vorgesehenen Staatsorganen. Darin liegt
eine Beschränkung der Wahl der Vertragsparteien; wegen
dieser Beschränkung könnte das sowjetische Außenhandels-
monopol gegen Artikel 2 Abs. I GG verstoßen, der doch
die Vertragsfreiheit garantiert. 279)

275)PETERS in LAUN-Festschrift S. 672; DÜRIG JZ 1953, 193.

276)IPSEN NJW 1963, 2055; BVerwGE 17, 309; HAMANN-LENZ S. 139

277)LAUFKE in Festschrift LEHMANN 1956, S. 163; LEISNER,
Grundrechte und Privatrecht S. 325.

278)HAMANN-LENZ S. 140

279)Die ebenfalls durch Art. 2 Abs. I GG geschützte
Wettbewerbsfreiheit kann nicht vom Außenhandelsmonopol
betroffen werden, da "das Recht, sich durch freie
Leistungskonkurrenz auf dem Markt gegenüber anderen
Unternehmen durchzusetzen" durch das Außenhandelsmonopol
nicht genommen wird; in freiem Wettbewerb können deutsche
Unternehmen um Abschlüsse mit sowjetischen Allunions-
vereinigungen oder der Handelsvertretung sich bemühen;
vgl. zur Wettbewerbsfreiheit vor allem HUBER, Streit um
Wirtschaftsverfassungsrecht, Die Freiheitsgarantien im
Wirtschaftsverfassungsrecht, DÖV 1956, 135 ff(137);
weiter MAUNZ-DÜRIG S. 43 Rn. 48 zu Art. 2 Abs. I GG.

Artikel 2 Absatz I GG gewährleistet aber Freiheit nicht unbegrenzt, sondern nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Die Beschränkung der Vertragsfreiheit durch das sowjetische Außenhandelsmonopol könnte durch die "verfassungsmäßige Ordnung" im Sinne von Artikel 2 Absatz I GG gerechtfertigt sein. Zur "verfassungsmäßigen Ordnung" gehören alle Rechtsvorschriften, die formell ordnungsgemäß ergangen sind und materiell in Einklang mit den obersten Grundwerten der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. ²⁸⁰⁾

Der Bürger kann also in seiner allgemeinen Handlungsfreiheit legitim eingeschränkt werden durch jede formell und materiell verfassungsmäßige Rechtsnorm. ²⁸¹⁾

Artikel 7 und die Bestimmungen der Anlage zum Handelsabkommen sind vom Gesetzgeber formell ordnungsgemäß erlassen worden.

Sie müßten aber auch materiell verfassungskonform sein; die wirtschaftliche Freiheit des Menschen dürfte nicht so eingeschränkt werden, "daß sie in ihrem Wesensgehalt angetastet würde (Artikel 19 Absatz II; Artikel 1 Absatz III und Artikel 2 Absatz I GG)." ²⁸²⁾

- - - - -
280) BVerfG vom 16.1.1957, BVerfGE 6,32 ff = NJW 1957,297 ff
sog. "Elfes-Urteil"

281) BVerfGE 6,38

282) BVerfGE 6,41

Unvereinbar mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit wäre die Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland dann, wenn die Privatautonomie durch Plan und Befehl zentraler Staatsorgane ersetzt werden würde und der private Vertrag nur untergeordnetes Hilfsmittel der Planverwirklichung darstellen würde; dadurch wäre die Freiheit genommen, wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Rechtsgenossen in Form von Verträgen nach eigenem Entschluß zu knüpfen und zu gestalten. ²⁸³⁾

Eine die wirtschaftliche Freiheit derart einschränkende Regelung enthält das sowjetische Außenhandelsmonopol aber nicht. Es hat keinen Einfluß auf rein innerdeutsche Rechtsgeschäfte oder Handelsgeschäfte zwischen bundesdeutschen und nicht-sowjetischen Handelspartnern. Es enthält insbesondere kein Verbot der grundrechtlich garantierten Vertragsfreiheit. Vielmehr erfaßt das Außenhandelsmonopol nur deutsch-sowjetische Außenhandelsgeschäfte; diese werden auch wiederum nicht generell verboten, sondern unter Einhaltung bestimmter Vorschriften gestattet. Dadurch, daß als sowjetische Handelspartner nur bestimmt staatliche Organisationen in Betracht kommen, wird die Vertragsfreiheit nicht in einem solchen Maße eingeschränkt, daß sie in ihrem Wesensgehalt angetastet würde. ²⁸⁴⁾

283) RAISER JZ 1958, I ff (5), Vertragsfreiheit heute.

284) Zu recht wird man die Frage stellen können, ob überhaupt eine Einschränkung der Vertragsfreiheit vorliegt; in der Bundesrepublik bieten sich als sowjetische Handelspartner nur die Handelsvertretung und bestimmte Außenhandelsvereinigungen an, sonstige sowjetische Organisationen oder Bürger kommen weder rechtlich noch tatsächlich als Geschäftspartner in Betracht. Sowjetische Bürger können die UdSSR nicht verlassen, um im Ausland Handel zu treiben. Besteht praktisch keine Möglichkeit für deutsche Unternehmer mit anderen als den in Frage kommenden zuständigen sowjetischen Stellen Geschäfte abzuschließen, so wird rechtlich in der Beschränkung auf die zuständigen sowjetischen Handelspartner kaum eine Einschränkung in der Wahl des Vertragspartners gesehen werden können.

Auch in der Vertragsgestaltung sind die Parteien nicht eingeschränkt. Sie können im Rahmen der Gesetze den Vertragsinhalt frei vereinbaren.

Das durch Artikel 7 und die Anlage konkretisierte Außenhandelsmonopol schränkt die menschliche Handlungsfreiheit nicht in ihrem Wesensgehalt ein; es kollidiert nicht mit Art. 2 Abs. 1 GG und ist deshalb verfassungskonform. Steht somit fest, daß das sowjetische Außenhandelsmonopol in der Bundesrepublik aktuelle Geltung erlangt hat, so werden im dritten Teil der Arbeit die rechtlichen Auswirkungen des Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik aufgezeigt, insbesondere die Rechtsfolgen, die sich aus der Mißachtung des Außenhandelsmonopols ergeben.

Dritter Teil

Die rechtlichen Wirkungen des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland.

§10 Das Handelsabkommen und das deutsche internationale Privatrecht

I. Regelung internationaler Schuldrechtsverhältnisse nach den Grundsätzen des deutschen IPR

1. Vorrang der Parteiautonomie

Eine gesetzliche Regelung des internationalen Schuldrechts besteht nicht, abgesehen von Artikel 12 EGBGB, der das Deliktsstatut betrifft. ¹⁾ Es oblag daher völlig Lehre und Rechtsprechung diese Gesetzeslücken zu füllen. ²⁾

Die Beziehungen zwischen den Parteien eines internationalen schuldrechtlichen Vertrages werden grundsätzlich nach dem Recht beurteilt, von dessen Regelungen die Parteien ausgingen. ³⁾ In erster Linie ist also der Parteiwille zu berücksichtigen: ⁴⁾

Haben die Parteien ausdrücklich oder stillschweigend eine Rechtswahl getroffen, so ist das vereinbarte Recht Schuldstatut. ⁵⁾

Die Wahl eines ausländischen Rechts setzt irgendeine räumliche oder persönliche Verknüpfung mit dem Ausland voraus. ⁶⁾ Bei reinen Inlandssachverhalten wird eine Rechtswahl als unzulässig abgelehnt. ⁷⁾

1) DÖLLE S.113

2) PALANDT-LAUTERBACH Vorbem V.EGBGB 7 (IPR) Nr. 5

3) REITHMANN S.4

4) RG 120,72; BGH NJW 1952,541; PALANDT-LAUTERBACH Vorbem vEGBGB 12(IPR) Nr. 2a; H.LEWALD S.199, WOLFF S.139

5) REITHMANN S.5

6) GAMILLSCHEG AcP 157 (1958/59) S.308 ff (313)

7) NEUHAUS S.173, GAMILLSCHEG S.313

Auch ein "neutrales" Recht, das mit dem Sachverhalt keinerlei Verbindung hat, darf gewählt werden, jedoch muß irgendein anerkanntes Interesse an der Herrschaft des gewählten Rechts erkennbar sein.⁸⁾ Haben die Parteien also eine Rechtswahl getroffen, so sind Rück- und Weiterverweisung nicht zu beachten, da der Parteiwille direkt auf das materielle Recht geht.⁹⁾

Fehlt eine Parteivereinbarung, so gilt dasjenige Recht, das die Parteien vernünftigerweise vereinbart hätten, wenn es zu einer Abmachung gekommen wäre.¹⁰⁾ Es soll der hypothetische Wille der Parteien festgestellt werden unter objektiver Abwägung aller Vertragsumstände.¹¹⁾

Kann auch im Rahmen einer objektiven Interessenabwägung der Schwerpunkt des Vertrages nicht ermittelt werden, "haben die räumlichen Beziehungen des Schuldverhältnisses also nicht so verschiedenes Gewicht, daß eine Beziehung vor allen anderen erkennbar den Ausschlag gibt",¹²⁾ so ist nach der Rechtsprechung¹³⁾ das Recht des Erfüllungsortes¹⁴⁾ subsidiär anzuwenden.¹⁵⁾

8) DÖLLE S.113;KEGEL S.255;NEUHAUS S.173

9) REITHMANN S.16, Bay OBLG JW 31,3222

10)DÖLLE S.113;KEGEL S.257;NEUHAUS S.176

11)"Die Ermittlung des hypothetischen Parteiwillens bedeutet das Suchen nach dem Anknüpfungspunkt, der sich aus der Eigenart des zu entscheidenden Sachverhalts und der Interessenlage unter Berücksichtigung rein objektiver Gesichtspunkte ergibt."
BGH 22.11.1955, BGHZ 19,110 ff(112)

12)PALANDT-LAUTERBACH Vorbem v.EGBGB 12 (IPR) Nr. 2b

13)BGH, 1.2.1952, NJW 1952,540;BGH 30.3.1955,BGHZ 17,89 ff (92)
BGH 10.1.1958 IPRspr 1958/59 Nr.37= Betrieb 1958 S.162;BGH 9.6.1960 IPRspr 1960/61 Nr.23=AWD 1960,183; BGH 22.9.1971 AWD 1971,589

14)Der Erfüllungsort wird nach deutschem Recht bestimmt,insbesondere also nach §§ 269,270 BGB

15)Bei zweiseitig verpflichtenden Verträgen kann die Anknüpfung an den Erfüllungsort zu einer Rechtsspaltung führen, so wenn die einzelnen Leistungen verschiedene Erfüllungsorte haben, vgl.hierzu KREUZER,IPR des Warenkaufs, S.285;ERMAN-ARNDT Art. 12 EGBGB Vorbem 3f

Nach den von Lehre und Rechtsprechung entwickelten allgemeinen Grundsätzen des deutschen IPR ist für die Regelung internationaler Schuldrechtsverhältnisse also der Parteiwille maßgebend; man spricht daher von der Vorherrschaft des Parteiwillens, von Parteiautonomie.¹⁶⁾ Das von den Parteien gewählte Geschäftsrecht (*lex causae*) gilt für die Geschäftsvoraussetzungen, den Inhalt und die Abwicklung des Rechtsgeschäfts.¹⁷⁾ Ausnahmen gelten jedoch für die Form des Geschäfts¹⁸⁾ sowie die Rechts- und Geschäftsfähigkeit natürlicher Personen.¹⁹⁾ und die Rechts- und Handlungsfähigkeit von juristischen Personen.²⁰⁾

2) Einschränkung der Parteiautonomie

a. zwingende Normen

Eingeschränkt wird die Parteiautonomie durch zwingende Normen. Hierbei wenden bundesdeutsche Gerichte deutsches zwingendes Recht unter Berufung auf den absoluten innerstaatlichen Geltungsanspruch, die staatliche Territorialgewalt²¹⁾ oder den *ordre public* an.²²⁾

Ob und inwieweit ausländische zwingende Vorschriften vom deutschen Richter zu berücksichtigen sind, ist umstritten.²³⁾ Problematisch ist vor allem, ob gegen den Parteiwillen fremde zwingende Normen anzuwenden sind, "insbesondere, wenn die fremden Vorschriften zur Nichtigkeit des Vertrages führen."²⁴⁾

16)KEGEL S.255

17)DÖLLE S.112,KEGEL S.242

18)RAAPE S.489,KEGEL S.246 ff, DÖLLE S.112;NEUHAUS S. 90 ff, H.LEWALD S.63 ff;WOLFF S.126 ff

19)KEGEL S.216 ff; MAKAROV S.105 ff;RAAPE S.169 ff; DÖLLE S.111

20)RAAPE S.195 ff;KEGEL S.229 ff; WOLFF S.114 ff; H.LEWALD S.45 ff

21)SAILER S.28; vgl. GUTZWILLER, Der Geltungsbereich der Währungsvorschriften, Freiburg, 1940, S.70 "für die staatlichen Gerichte unbedingte Anerkennung"

22)vgl. REITHMANN S.85 Rn.103

23)REITHMANN S.124

24)REITHMANN S.124 ff

Die deutsche Rechtsprechung hat nur selten unter Anwendung einer fremden zwingenden Norm einen Vertrag für nichtig erklärt. In den Zwanziger Jahren entschieden deutsche Gerichte mehrfach über die Anwendung bzw. Nichtanwendung fremden Rechts, indem sie auf den Erfüllungsort abstellten. So wurden russische Devisenvorschriften beachtet, wenn der Erfüllungsort Rußland, ²⁵⁾ nicht beachtet, wenn er außerhalb Rußlands war. ²⁶⁾ Der BGH hat sowjetzонаales Devisenrecht mit Hinweis auf das Territorialitätsprinzip nicht angewendet, ²⁷⁾ neuerdings aber ein nigerianisches Verbotsgesetz mittelbar beachtet über § 138 BGB. ²⁸⁾ WENGLER ²⁹⁾ und ZWEIGERT ³⁰⁾ haben schon zu Beginn der Vierziger Jahre vertreten, daß die Frage, inwieweit ausländische Verbotsgesetze vom inländischen Richter zu beachten seien, sich nicht nach dem allgemeinen Schuldstatut bestimme, sondern daß hier eine spezifische Anknüpfung vorliege. So hat WENGLER die Berücksichtigung fremder Verbotsgesetze verlangt, wenn diese selbst angewandt werden wollen und wenn der zu beurteilende Sachverhalt eine genügend enge Beziehung ³¹⁾ zu dem Land aufweist, welches sie erlassen hat. ³²⁾

25) OLG Hamburg 16.5.1929, IPRspr. 1930 Nr.14; RG 1.7.1930, IPRspr. 1930 Nr.15; RG 13.2.1929 IPRspr.1930 Nr. 8

26) RG 3.10.1923 RGZ 108,241 = JW 1924,667;KG 1.7.1926 JW 1926,2002 = IPRspr. 1927 Nr.14

27) BGHZ 31,367 ff. Die Begründung der Nichtanwendung fremden öffentlichen Rechts mit dem Territorialitätsprinzip ist verfehlt, denn auch ausländisches Privatrecht wirkt, wie alles fremde Recht, nur territorial; extraterritoriale Wirkung erlangt fremdes Privatrecht nur kraft inländischen Willens, ausgedrückt in einer Kollisionsnorm, SAILER S.12

28) BGH NJW 72,1575 ff; mit Anm. MANN NJW 1972,21179

29) WENGLER Z.f.vgl.Rechtswiss. 54,(1941) S.168 ff

30) ZWEIGERT, RabelsZ 14 (1942) S.283 ff

31) Die Unbestimmtheit dieses Begriffes kritisieren: GAMILLSCHEG Int.Arb.R S.195 ff und RAAPE S.464

32) So war nach WENGLER S.211, das zwingende ausländische Recht anzuwenden, "wenn erstens es ... selbst angewendet werden will, wenn ferner zweitens eine genügend enge Beziehung des ausländischen Rechts zu dem Schuldverhältnis vorliegt, die für jede einzelne Bestimmung des zwingenden Rechts und zwar vom Kollisionsrecht der jeweiligen lex fori aus besonders zu bestimmen ist, und wenn schließlich drittens der ordre public der lex fori die Anwendung der betreffenden Bestimmung ... nicht grundsätzlich, aber jedenfalls doch beim Vorhandensein einer Binnenbeziehung ausschließt."

ZWEIGERT ³³⁾ baute WENGLERS Lehre von der Sonderanknüpfung aus für die Leistungsverbote, die auf Goldklauselverböten, Devisengesetzen, Handelsverböten und Schmuggelgesetzen beruhen. ZWEIGERT hat den in WENGLERS Formel enthaltenen Begriff "genügend enge Beziehung" zu präzisieren versucht. Eine nahe Beziehung liege immer dann vor, wenn die Wertbewegung innerhalb des Verbotslandes stattfindet: "Ausländische Leistungsverbote sind dann anzuwenden, wenn sie nach ihrem eigenen Geltungskreis angewandt werden wollen, und wenn die den Leistungsvorgang vermittelnde Wertbewegung sich ganz oder zum Teil im Gebiet des Verbotslandes abspielt." ³⁴⁾

Danach wären - vorbehaltlich des inländischen ordre public - sowjetische Außenhandelsnormen zu beachten, weil sie extraterritoriale Wirkung beanspruchen, und die den Leistungsvorgang vermittelnde Wertbewegung sich zumindest teilweise in der UdSSR abspielt, gleich, ob eine Ware ein- oder ausgeführt wird, eine nahe Beziehung wäre gegeben. ³⁵⁾

 33) RabelsZ 14 (1942) S.283 ff; ZWEIGERT in "IPR und öffentliches Recht" in Festschrift Kiel, Hamburg 1965, S.124 ff

34) RabelsZ 14 (1942) S.295, kritisch hierzu STEINDORFF, S.236

35) ZWEIGERT schließt die Anwendung sowjetischer Wirtschaftsgesetze dennoch aus; aber nicht über die Vorbehaltsklausel, sondern weil die Kollisionsnorm solch artfremdes Recht überhaupt nicht zur Anwendung berufen würde, S.132. Diese Ansicht ZWEIGERTS ist abzulehnen, denn "Korrekturmöglichkeit für die Anwendung fremden Rechts ist und bleibt alleine der ordre public;" SAILER S.27 m.w.N.

Im Internationalen Vertragsrecht sind nach SAILER fremde zwingende Normen nur anzuwenden, wenn sie "international zwingend" sind, d.h. wenn damit zugleich die Begehung eines strafrechtlichen Deliktes Gegenstand des Vertrages ist und die fremde Verbotsnorm nach den Grundsätzen des Deliktsstatuts anwendbar ist.³⁶⁾ Nach SCHULZE liegt eine Pflicht zur Anwendung fremder zwingender Normen nur vor, wenn die fremde Gesetzgebung eine aner kennenswerte "legitimierende" Beziehung zum Sachverhalt habe³⁷⁾ und ein "unabweisbares inländisches öffentliches Interesse"³⁸⁾ zur Anwendung besteht, was dann gegeben sei, wenn das Privatrechtsverhältnis infolge seines Verstoßes gegen das ausländische öffentliche Recht als mit den guten Sitten nicht mehr vereinbar angesehen werden kann."³⁹⁾ Für MANN sind "alle Bestimmungen des fremden Rechts anzuwenden, gleichgültig ob sie öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Charakters sind."⁴⁰⁾ STEINDORFF bejaht die Ansicht von MANN und anerkennt ebenfalls die Berücksichtigung fremder zwingender Normen außerhalb des Vertragsstatuts.⁴¹⁾ Die in Rechtsprechung und Lehre überwiegend verbreitete Meinung ist also, daß fremde zwingende Normen jedenfalls dann zu beachten sind, wenn Verstöße gegen sie zur Sittenwidrigkeit des Rechtsgeschäfts führen würden. Für das Internationale Vertragsrecht folgt hieraus, daß dem Schuldstatut und damit der Parteiautonomie durch zwingende Normen Grenzen gesetzt sind.⁴²⁾

36) SAILER S. 112

37) SCHULZE S. 124

38) SCHULZE S. 123, 266

39) Auch für SCHULZE ist § 138 BGB also "international zwingende Norm".

40) MANN *Rebelsz* 21 (1956) S. 3

41) STEINDORFF S. 236, 225

42) SAILER S. 47

b. Staatsvertragliche Regelung-

Durch internationale Abkommen kann die Berücksichtigung fremder Vorschriften geboten sein,⁴³⁾ und die Parteiautonomie ebenfalls eingeschränkt werden.

So gebietet das "Abkommen von Bretton Woods" aus dem Jahre 1944⁴⁴⁾ in Artikel VIII Absatz 2 b⁴⁵⁾ die Beachtung fremder Devisenvorschriften.⁴⁶⁾ Danach sind Verträge, die gegen ein devisenrechtliches Verbot eines der Mitgliedsländer verstoßen in allen Mitgliedsländern nicht durchsetzbar,⁴⁷⁾ zum Teil wird sogar Nichtigkeit angenommen.⁴⁸⁾

Ist die Berücksichtigung fremder Vorschriften durch internationale Abkommen geboten, so ist anerkannt, daß die staatsvertragliche Regelung der des IPR vorgeht:⁴⁹⁾ "Vertragsstaaten gegenüber ist nicht von den Vorschriften zum EG z. BGB, sondern von dem Abkommen selbst auszugehen."⁵⁰⁾ Im Geltungsbereich eines Staatsvertrages ist für die Vorschriften des EGBGB also gar kein Raum.⁵¹⁾

43) REITHMANN S.131

44) Die Bundesrepublik Deutschland ist diesem Abkommen 1952 beige-
treten, BGBl. 1952 S.637/728

45) Amtliche Übersetzung von Artikel VIII Abs. 2 b:
"Aus Devisenkontrakten, die die Währung eines Mitglieds berühren und die im Gegensatz stehen zu den von dem Mitglied in Übereinstimmung mit diesem Abkommen aufrechterhaltenen oder eingeführten Devisenkontrollbestimmungen kann in den Gebieten der Mitglieder nicht geklagt werden. Außerdem können Mitglieder durch gegenseitige Übereinkommen bei der Durchführung von Maßnahmen zusammenarbeiten, um die Devisenkontrollbestimmungen der beteiligten Mitglieder wirksamer zu gestalten, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen und Bestimmungen mit dem Abkommen vereinbar sind."

46) REITHMANN S. 131 Rn.177

47) BGH NJW 1970,1507

48) so MANN JZ 1953,445

Nach BGHZ 55,334 = MDR 1971, 482 = NJW 1971,983 will Art.VIII Abs. 2 b sicherstellen, daß die Devisenbestimmungen eines Mitgliedstaates auch von den Gerichten der anderen Mitgliedsstaaten beachtet werden.

49) WOLFF S.30, DÖLLE S.22, SOERGEL-KEGEL S.15 Nr.9; PALANDT-LAUTERBACH Vorbem.v. 7 EGBGB (IPR) Nr. 2 b; ERMAN-MARQUORDT S. 1854 vor.
Art. 7 EGBGB Nr. 40

50) RG 105,340 ff (341); ERMAN-MARQUORDT S.1854

51) RG 105,342; KG JW 1937,1728 ff (1729)

Wenn Staatsverträge Vorrang haben vor deutschen Kollisionsnormen, dann haben sie erst recht Vorrang vor dem Parteiwillen, denn die Parteiautonomie verdankt ihre grundsätzliche Vorherrschaft dem Umstand, daß es keine gesetzlichen Kollisionsnormen über das Schuldrecht, abgesehen von Artikel 12 EGBGB, gibt. ⁵²⁾

Folglich kann die Parteiautonomie durch Staatsvertrag eingeschränkt werden. ⁵³⁾

Der Vorrang der staatsvertraglichen Regelung vor der des IPR wird vielfach begründet mit dem Satz "lex posterior derogat legi priori". ⁵⁴⁾ Diese Begründung ist verfehlt. Durch die staatsvertragliche Regelung, die innerstaatlich den Rang einfacher Bundesgesetze hat, wird allgemein geltendes IPR nicht derogiert, sondern nur ergänzt, denn die Anwendung staatsvertraglich vereinbarter Normen ist auf die Beziehungen der Vertragspartner untereinander beschränkt. ⁵⁵⁾

52) In den Entwürfen für ein einheitliches Gesetz zur Regelung des IPR waren Kollisionsnormen über das Schuldrecht vorgesehen, die bis auf Artikel 12 EGBGB vom Bundesrat gestrichen wurden, vgl. RAAPE S.19. Zur Geschichte des deutschen IPR vgl. vor allem NIEMEYER, Zur Vorgeschichte des IPR im deutschen BGB, 1915 VIERHAUS, Die Entstehungsgeschichte des Entwurfs eines BGB für das deutsche Reich, 1888; STAUDINGER-BEITZKE S.44-48 REATZ, Literatur über den Entwurf des BGB, 1895

53) NEUHAUS S.170

54) So SOERGEL-KEGEL S. 15 Nr. 9 unter Hinweis auf RUDOLF S.212-214 und PIGORSCH S. 62-126.
In der Bundesrepublik gibt es nicht - wie KEGEL zu meinen scheint - einen Satz, daß Staatsverträge allgemeinem Landesrecht vorgehen. Staatsverträge haben den Rang einfacher Bundesgesetze. s.o.S.76 Dies verkennt DÖLLE S.22, der Staatsverträgen vor deutschen Gesetzen und Wohnheitsrecht den Vorrang einräumt. vgl: BGHZ 11,138 26,200 ff (202); OLG Bremen, NJW 1962,1735, RGZ 72,246; 107.299

55) So richtig NEUHAUS S.27

Allerdings kann ein Staatsvertrag die Vertragsstaaten auch verpflichten, ihr IPR oder materielles Recht allgemein zu ändern. So wurden nach den Genfer Abkommen von 1930 und 1931 über das internationale Wechsel- und Scheckrecht (RGBI.1933 II S.377,445 und 537,595) in Deutschland die Artikel 91-98 WG und Artikel 60-66 ScheckG erlassen. vgl. hierzu KEGEL S.5 f

Soweit die Staatsvertragsnormen das IPR nur im Verhältnis zwischen den Vertragspartnern neu gestalten, was bei bilateralen Verträgen immer der Fall ist, leben die bestehenden IPR-Normen weiter fort, sie treten nur gegenüber den speziellen Vertragsnormen zurück. Die völkerrechtlichen Normen sind also *leges speciales*.⁵⁶⁾ Derselbe Staat besitzt dann mehrere Arten von Kollisionsnormen, die nebeneinander stehen.⁵⁷⁾ Die durch Staatsvertrag neu entstandenen *leges speciales* ändern das IPR nur im Verhältnis der Vertragsstaaten ab, für Sachverhalte mit Nichtvertragsstaaten gilt das allgemeine IPR.

56) vgl. PISAR HLR Vol 70,5 (1957) 616

57) STAUDINGER-BEITZKE S.20 Nr.56
KEGEL S.5.

Obwohl Vertragsnormen nur Bundesgesetzesrang haben, werden sie von späteren Bundesgesetzen nicht immer derogiert. Als *leges speciales* werden die Staatsvertragsnormen auch gegenüber den abweichenden späteren Gesetzen aufrechterhalten:
"lex posterior generalis non derogat legi priori speciali"
BOEHMER S.70 f m.w.N. in Fn 280,287

Nur selten hat Deutschland mit anderen Staaten bilaterale Abkommen über das IPR geschlossen. ⁵⁸⁾
 Häufig enthalten Konsular- ⁵⁹⁾ Handels- ⁶⁰⁾ und Niederlassungsverträge ⁶¹⁾ für das IPR bedeutungsvolle Bestimmungen. ⁶²⁾
 So könnte auch das deutsch-sowjetische Handelsabkommen von 1958 auf das deutsche IPR einwirken, indem es die strikte Beachtung des sowjetischen Außenhandelsmonopols anordnet. ⁶³⁾

 58) Das Deutsche Reich hat Einzelverträge geschlossen: Über das Vormundschaftsrecht mit Polen (1924) und Österreich (1927); Über das Erbrecht mit Estland (1925), Rußland (1925), Österreich (1917), Türkei (1929) und über das Eherecht mit Italien, Rußland, Türkei und Bulgarien (konsularische Eheschließung), vgl. hierzu RAAPE S.20, KEGEL S.84 ff, DÖLLE S.22.

Über multilaterale Verträge zur Regelung des IPR vgl. KEGEL S.85 ff, MAKAROV Quellen, aaO

59) So werden im deutsch-sowjetischen Konsularvertrag vom 25.4.1958 die Befugnisse der Konsuln zur Vornahme von Eheschließungen (Art.23), Einrichtungen von Vormundschaften (Art.29) und Nachlaßabwicklung (Art.25-28) geregelt. Vgl. auch MAKAROV, Quellen Nr. 299 S.709

60) Als Quelle des IPR unter den Einzelverträgen wird vor allem das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen vom 12.10.1925 (RGBl.1926 II S. 13 ff) angeführt, in dem ausführlich die Ausübung des sowjetischen Außenhandelsmonopols durch die Handelsvertretung in Deutschland geregelt wird; Art. 2-13; vgl. FRANKENSTEIN S.301, STAUDINGER-RAAPE 9.Aufl. 1931, EGBGB 2.Teil Art. 7-31, EGBGB S.53

61) So regelt das deutsch-sowjetische Niederlassungsabkommen vom 12.10.1925 die Anerkennung der juristischen Personen in Art. 16; vgl. STAUDINGER-RAAPE S.150 f; FRANKENSTEIN S.301

62) MAKAROV S.58, KEGEL S.85; DÖLLE S.22

63) In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß MAKAROV die internationale Handelsgeschäfte regelnden Staatsverträge zwischen der UdSSR mit Frankreich (1951), Österreich (1955) und Japan (1957), die im wesentlichen dem deutsch-sowjetischen Handelsabkommen von 1958 gleichen, als Quellen des IPR ansieht, vgl. MAKAROV, Quellen S.746 ff, insbesondere S.755-760; ebenso LUNZ S.68 f.

II. Berücksichtigung des sowjetischen Außenhandelsmonopols nach dem Handelsabkommen

Das sowjetische Außenhandelsmonopol bedeutet, daß Im- und Exportgeschäfte zwischen dem Staatshandelsland UdSSR und ausländischen Handelspartnern auf sowjetischer Seite nur durch eigens hierfür errichtete Staatsorgane durchgeführt werden. Das Außenhandelsmonopol ist seinem Sinn und Zweck nach gerade und ausschließlich auf internationale Rechtsverhältnisse ausgerichtet, es bezieht sich nur auf Fälle mit Auslandsberührung und kann daher mit der im internationalen Vertragsrecht vorherrschenden Parteiautonomie kollidieren.

Staatsverträge enthalten vielfach Generalkollisionsnormen, die für bestimmte Sachverhalte gegenüber anderen allgemeinen Kollisionsnormen bzw. der Parteiautonomie vorrangig sind. Oft aber enthält ein Staatsvertrag materielle Sachnormen, die von sich aus schon eine Regelung für bestimmte internationale Rechtsverhältnisse treffen. Artikel 7 Satz 1 des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens enthält in Verbindung mit der Anlage eine materiell-rechtliche Regelung bezüglich deutsch-sowjetischer Außenhandelsrechtsgeschäfte: Deutsch-sowjetische Geschäftspartner sind zwar in der Rechtswahl frei, sie können deutsches, sowjetisches oder ein neutrales Recht bestimmen, auch den Inhalt der Verträge können sie im Rahmen der Gesetze des gewählten Rechts freigestalten; in der von der Parteiautonomie umfaßten Abschlußfreiheit hingegen erfolgt durch das Handelsabkommen eine Beschränkung; da die Anerkennung des Außenhandelsmonopols für bundesdeutsche Bürger und Unternehmen verbindlich ist, müssen diese das Außenhandelsmonopol bei allen Rechtsgeschäften mit der UdSSR beachten. Da Artikel 7 Satz 1 und die Anlage praktisch aber Sätze des sowjetischen Außenhandelsrechts enthalten -so vor allem die Anlage- ist in der materiell-rechtlichen Regelung auch eine versteckte Kollisionsnorm enthalten. Die im Handelsabkommen getroffene Regelung entspricht sowjetischem zwingenden Recht.

Werden grundsätzlich internationale Schuldrechtsverhältnisse nahezu völlig vom Parteiwillen beherrscht, so gilt dies nicht in gleichem Umfang für deutsch-sowjetische Handelsgeschäfte. Das Handelsabkommen, das als *lex specialis* ⁶⁴⁾ der allgemeinen Regelung des IPR und somit auch dem Parteiwillen bei schuldrechtlichen Verträgen vorgeht, schränkt für deutsch-sowjetische Handelsgeschäfte den Parteiwillen ein, indem nicht mehr generelle Abschlußfreiheit besteht, sondern nur unter den möglichen sowjetischen Handelspartnern gewählt werden darf.

Das für deutsch-sowjetische Handelsgeschäfte verbindlich geltende Außenhandelsmonopol kann als zwingendes Recht nicht abbedungen oder durch Wahl eines neutralen Rechts umgangen werden. ⁶⁵⁾

Somit wirkt das Handelsabkommen auf das deutsche IPR ein, indem es die strikte Berücksichtigung des Außenhandelsmonopols der UdSSR für alle deutsch-sowjetischen Rechtsgeschäfte vorschreibt.

Aber auch hinsichtlich der Form von Rechtsgeschäften, an denen die sowjetische Handelsvertretung beteiligt ist, enthält das Abkommen in Artikel 3 der Anlage eine spezielle Regelung. Während nach Artikel 11 Absatz I Satz 1 EGBGB die Form des Rechtsgeschäfts nach dem Geschäftsrecht beurteilt wird und gemäß Artikel 11 Abs. I S.2 EGBGB die Einhaltung der Formvorschriften des Ortsrechts genügt, ⁶⁶⁾ bestimmt Artikel 3 der Anlage zum Abkommen als *lex specialis*, daß Außenhandelsrechtsgeschäfte der Handelsvertretung der Schriftform bedürfen, wobei zwei zum Abschluß von Handelsgeschäften bevollmächtigte Personen unterschreiben müssen. ⁶⁷⁾

64) PISAR HLR Vol 70,4 (1957) 616

65) REITHMANN S.3; NEUHAUS S.170

66) KEGEL S.246

67) vgl. hierzu unten S. 135

§ 11 Das deutsch-sowjetische Handelsabkommen als Maßstab der Rechtmäßigkeit innerstaatlicher Rechtsakte

I. Rechtswidrigkeit von Rechtsakten, die gegen Artikel 7 in Verbindung mit der Anlage verstoßen

Ein ins bundesdeutsche Recht eingeführter völkerrechtlicher Vertrag wirkt -als Bestandteil der deutschen Rechtsordnung- objektiv auf die materielle Rechtslage ein und dient als Maßstab der Rechtmäßigkeit innerstaatlicher Rechtsakte. Ein Verstoß gegen den innerstaatlich geltenden Staatsvertrag stellt sich als Verletzung der bundesdeutschen Rechtsordnung dar. Hoheitsakte und Privatrechtsgeschäfte, die gegen Bestimmungen des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens verstoßen, sind also rechtswidrig; ⁶⁸⁾ auch ein Verstoß gegen das gemäß Artikel 7 geltende Außenhandelsmonopol der UdSSR ist widerrechtlich. Rechtswidriges Verhalten wird von der Rechtsordnung mißbilligt, so daß die Rechtsfolgen mit Rücksicht auf diese Mißbilligung, als Gegenwirkung gegen die Widerrechtlichkeit eintreten. ⁶⁹⁾ So kann die Rechtswidrigkeit von Hoheitsakten oder Rechtsgeschäften die Gültigkeit dieser Rechtsakte beeinträchtigen, unter Umständen zum Schadensersatz führen. ⁷⁰⁾ Häufig führt die Rechtswidrigkeit von Rechtsgeschäften zu deren Nichtigkeit, so wenn ein Rechtsgeschäft gegen ein im Staatsvertrag enthaltenes gesetzliches Verbot im Sinne von § 134 BGB verstößt.

68) Hierbei kommt es auf ein Verschulden nicht an. Der bloße Verstoß gegen eine Rechtsvorschrift führt zur objektiven Widerrechtlichkeit, LEHMANN-HÜBNER S. 340

69) LEHMANN-HÜBNER S. 340

70) BLECKMANN S. 71

II. Nichtigkeit von Rechtsgeschäften, die gegen Artikel 7
in Verbindung mit der Anlage verstoßen

1) § 134 BGB

Enthält ein ins innerstaatliche Recht eingeführter Staatsvertrag ⁷¹⁾ ein gesetzliches Verbot, so ist ein privates Rechtsgeschäft, das gegen dieses Verbot verstößt, grundsätzlich nichtig. ⁷²⁾ Der die Beachtung des sowjetischen Außenhandelsmonopols vorschreibende Artikel 7 könnte in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage ein gesetzliches Verbot im Sinne von § 134 BGB enthalten. Charakteristisch für ein Verbotsgesetz ist der Befehl, ein bestimmtes Tun zu unterlassen. ⁷³⁾ Weder Artikel 7 Satz 1 noch Artikel 5 der Anlage verbieten ausdrücklich ein bestimmtes Handeln. Schon deshalb könnte ein "gesetzliches Verbot" abzulehnen sein.

71) Das RG hat es abgelehnt, den Waffenstillstandsvertrag vom 11.11.1918 als Verbotsgesetz im Sinne von § 134 BGB anzusehen, weil der Vertrag als solcher "in Ermangelung der verfassungsmäßigen Zustimmung und Genehmigung der deutschen gesetzgebenden Faktoren und seiner Verkündung durch das Reichsgesetzblatt vom Standpunkte des deutschen bürgerlichen Rechts aus überhaupt nicht Gesetz geworden" ist, RGZ 102, 106 ff (108). Ein Staatsvertrag kann als Verbotsgesetz im Sinne von § 134 BGB nur dann angesehen werden, wenn er innerstaatlich gilt (RGZ 155, 257 ff; 276) und unmittelbar anwendbar ist; so SCHLOCHAUER, Das Verhältnis des Rechts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu den internationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, AVR Bd. 11, 1963, S. 1 ff (22). Ebenso SOERGEL-HEFERMEHL § 134 Rn. 8, S. 552 und PALANDT-HEINRICHS § 134 Nr. 2 d S. 103.

72) "wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt." § 134 BGB 2. Halbsatz

73) FLUME S. 343

Doch findet sich das Wort "verbieten" nur selten in formellen Gesetzen, häufiger in den Rechtsverordnungen. ⁷⁴⁾ Zudem ist anerkannt, daß ein Verbot im Gesetz nicht ausdrücklich ausgesprochen zu sein braucht; es genügt, daß es im Gesetz zum Ausdruck kommt. ⁷⁵⁾ Vielfach wird ein Verbot in der Form des "darf nicht" oder "ist unzulässig" zum Ausdruck gebracht. ⁷⁶⁾ So gibt die Gesetzessprache einen Anhaltspunkt dafür, ob ein Verbot vorliegt oder nicht. ⁷⁷⁾ Letztlich ist durch Auslegung zu ermitteln, ob ein gesetzliches Verbot vorliegt, wobei auf den Normzweck abzustellen ist. ⁷⁸⁾

Aus Artikel 5 der Anlage als abschließender Regelung ergibt sich, daß deutsch-sowjetischer Außenhandel nur möglich ist, wenn auf sowjetischer Seite die Handelsvertretung oder eine Außenhandelsorganisation als Partner auftritt. Darüber hinaus ist Handel mit anderen Rechtssubjekten der UdSSR ausgeschlossen. Aus der abschließenden Regelung des Art. 5 der Anlage und dem darin konkludent enthaltenen "Ausschluß" des Handels mit Sowjetbürgern kann aber ein "gesetzliches Verbot" noch nicht entnommen werden. Dafür würde allenfalls sprechen, daß in der UdSSR jede private Einmischung in den Außenhandel verboten ist. ⁷⁹⁾ Für ein innerdeutsches Verbotsgesetz ergibt sich jedoch aus Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage überhaupt kein Anhaltspunkt. Ein an den Bürger gerichtetes Verbot muß zumindest so hinreichend bestimmt sein, daß die Mißbilligung eines Verhaltens

- - - - -

74) LEHMANN-HÜBNER S. 193

75) BGHZ 51, 262

76) LARENZ, AT BGB S. 358

77) PALANDT-HEINRICHS § 134 Nr. 2 a

78) BGHZ 30, 74 ff (82)

79) Artikel 1 der VO über die "Nationalisierung des Außenhandels" vom 22.4.1918, vgl. oben S. 20

aus seinem Wortlaut hervorgeht. Schwerpunkt eines Verbots ist der auf ein Unterlassen gerichtete Befehl. Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage gebietet aber nur die Einhaltung des Außenhandelsmonopols ohne ein Verbot auszusprechen.⁸⁰⁾ Weder wird ein Verstoß gegen das Außenhandelsmonopol mit Strafe bedroht⁸¹⁾, noch enthalten die betreffenden Bestimmungen des Abkommens die für Verbotsgesetze so typische Redewendung "darf nicht" oder "ist unzulässig", aus denen auf einen Befehl zum Unterlassen zu schließen wäre. Eine Vorschrift, deren Wortlaut in keiner Weise auf ein Verbot hindeutet, kann nicht als "gesetzliches Verbot" im Sinne von § 134 BGB angesehen werden.⁸²⁾

- - - - -
80) Nicht jedes Gebot. enthält konkludent ein Verbot, vgl. unten S. 128 Fn. 102

81) In der Sowjetunion wurden bis 1958 Verstöße gegen das Außenhandelsmonopol mit Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren bestraft, nebst völliger oder teilweiser Vermögenseinziehung, Art. 59 Ziff. 11 des alten StGB der RSFSR von 1927, vgl. oben S. 28

82) Allenfalls in Grundrechtsbestimmungen, die eine objektive Wertordnung darstellen und für alle Rechtsbereiche, d.h. auch für das bürgerliche Recht gelten (BVerfGE 7, 205) wurden Verbotsgesetze gesehen, obwohl aus ihrem Wortlaut ein Verbotsscharakter nicht zu erkennen war; so hat das BAG in Artikel 1 I, 2 I, 6 Abs. I GG Verbotsgesetze gesehen (BAG 4, 274 ff, 285). Auch Art. 3 GG wird als gesetzliches Verbot mit unmittelbarer Drittwirkung im Privatrechtsverkehr aufgefaßt, vgl. BAG I, 258 ff (269); 348 ff (352); 4, 129; 240 ff (244); ebenso KRÜGER, NJW 1949, 163 ff (165) und STAUDINGER-COING § 134 Nr. 12 a, S. 768. Die h.M. verneint die unmittelbare Drittwirkung von Grundrechten (mit Ausnahme von Art. 9 Abs. III GG, Koalitionsfreiheit, und Art. 48 Abs. II GG, BGMZ 43, 384 ff, 387.), bejaht aber eine mittelbare Drittwirkung über die Generalklauseln §§ 138, 826 BGB, vgl. DÜRIG in Festschrift NAWIASKY 1956, S. 157 ff und in DÖV 1958, 194.

Da sich aus Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage ein innerstaatliches Verbot nicht entnehmen läßt und ein ausländisches Verbotsgesetz nicht unter § 134 BGB fällt,⁸³⁾ ist zu untersuchen, ob ein Verstoß gegen das sowjetische Verbot des privaten Außenhandels sittenwidrig ist und gemäß § 138 BGB zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts führt, denn ein ausländisches Gesetz kann mittelbar für die Frage beachtlich sein, ob ein Rechtsgeschäft gegen die guten Sitten verstößt oder nicht.⁸⁴⁾

2) § 138 Absatz I BGB

Der nur objektive Verstoß gegen das sowjetische Verbot des privaten Außenhandels ist nicht sittenwidrig. Objektiv sittenwidrig ist ein Rechtsgeschäft erst dann, wenn sein Inhalt als solcher⁸⁵⁾ schon gesetzlich oder sittlich verboten ist⁸⁶⁾, was bei Kaufverträgen in der Regel zu verneinen ist. Kauft ein deutscher Tourist in Unkenntnis des sowjetischen Außenhandelsmonopols von einem Moskauer Hoteldirektor 10 Dosen Kaviar, die er über die Grenze mit nach Deutschland nimmt, so liegt objektiv ein Verstoß gegen das sowjetische Verbot des privaten Außenhandels vor. Da der Kaufvertrag aber seinem Inhalt nach noch nicht sittenwidrig ist, könnte sich die Verwerflichkeit nur aus den Umständen ergeben, insbesondere einem sittenwidrigen Motiv oder Zweck, woran es hier aber fehlt. Stets ist ein subjektives Moment erforderlich, um den Tatbestand der Sittenwidrigkeit zu erfüllen.⁸⁷⁾

In der deutschen Rechtsprechung wurde seit jeher unterschieden zwischen der Verletzung fremder handelspolitischer⁸⁸⁾ und sonstiger Gesetze.⁸⁹⁾ Dabei wurden bewußte Verstöße gegen fremde Verbotsgesetze als nicht sittenwidrig gewertet, wenn⁹⁰⁾ die ausländischen Gesetze nur auf handelspolitischen Gründen beruhten. Danach wäre auch ein Verstoß gegen das sowjetische Verbot des privaten Außenhandels unbeachtlich.⁹¹⁾

83)RGZ 155, 257 ff(276); RGZ 102, 106 ff(108); BGH NJW 1972, 1575 ff(1576).- Abzulehnen daher LG Berlin vom 27.2.1929=IPRspr. 29, 23 ff.=OstRZ 1929, 1373.

84)BGH NJW 1972, 1576

85)z.B. ein auf Vornahme einer Abtreibung (§ 218 StGB) gerichteter Arztvertrag

86)SOERGEL-HEFERMEHL § 138 Nr. 15, S. 578

87)RG 150, 1 ff(6); BGH BB 53, 695; hierbei ist das Bewußtsein der Sittenwidrigkeit der Handlungsweise nicht notwendig, doch müssen die Beteiligten die Tatumstände gekannt haben, RG 150, 3;

Neuerdings wird vertreten, daß der bewußte Verstoß der Vertragsparteien gegen ein ausländisches Verbotsgesetz prinzipiell gegen § 138 BGB verstoße, außer das ausländische Gesetz sei eine Maßnahme der Diskriminierung oder der Verfolgung oder widerspreche aus anderen Gründen dem deutschen ordre public. 92) Ist diese Ansicht vom Standpunkt der Völkerrechtsfreundlichkeit durchaus begrüßenswert, so folgt die deutsche Rechtsprechung nach wie vor anderen Maßstäben. So nahm das OLG Hamburg einen Verstoß gegen § 138 BGB nur dann an, "wenn das ausländische gesetzliche Verbot auf einer allen Kulturstaaen gemeinsamen Anschauung beruht.....oder wenn die dem Gesetz zugrunde liegende besondere Rechtsauffassung auch in Deutschland gilt." 93) Das OLG Hamburg führte 1971 aus, ein nigerianisches Ausfuhrverbot zum Schutze vor der Ausplünderung des Landes durch ausländische Kunstliebhaber berühre nicht das Interesse der deutschen Allgemeinheit; ein Sittenverstoß bei einer Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot sei zu verneinen. 94) Auch nach Auffassung des BGH 95) handelt es sich bei dem nigerianischen Gesetz nicht um ein Ausfuhrverbot durch das mittelbar auch deutsche Interessen geschützt würden und das schon deshalb zur Anwendung des § 138 BGB führen könnte; die Umgehung des nigerianischen Verbotsgesetzes wurde nur deshalb als verwerflich angesehen (§ 138 BGB), weil sie dem allgemein zu achtenden Interesse aller Völker an der Erhaltung von Kulturwerten an Ort und Stelle zuwiderhandelt.

88) Zu den handelspolitischen Gesetzen zählen Zoll-, Devisen- und Steuergesetze sowie Ein- und Ausfuhrverbote.

89) MANN NJW 1972, 2179

90) RG IPRspr. 1927 Nr. 15 = JW 1927, 2288 mit Anm. HOENIGER; RGZ 108, 241 ff (243); OLG Hamburg IPRspr. 1928 Nr. 19

91) Allenfalls in Verstößen gegen Verbotsgesetze befreundeter Staaten wurde sittenwidriges Handeln gesehen, so RGZ 42, 295 ff (297); RG IPRspr. 1926 Nr. 16 = JW 1926, 2169, dies jedoch zu- meist deshalb, weil diese fremden Verbotsgesetze mittelbar auch deutschen Interessen dienten, vgl. S. 124 Fn. 96

92) MANN NJW 1972, 2179

93) IPRspr. 1961 Nr. 72, S. 243

94) BGH NJW 1972, 1576

95) BGH vom 22.6.1972, NJW 1972, 1575 ff (1576)

Die Ausfuhr von Kulturgut entgegen den Verboten eines Staates müsse als ein gemeinschädliches und die Verständigung zwischen den Nationen hinderndes Verhalten aufgefaßt werden, das keinen privatrechtlichen Schutz verdiene. Ein Verstoß gegen ein ausländisches Verbotsgesetz ist also erst dann sittenwidrig im Sinne von § 138 BGB, wenn zugleich (1) deutsche Interessen ⁹⁶⁾ oder (2) ein allgemein zu beachtendes Interesse aller Völker verletzt wird. Durch die Umgehung des sowjetischen Außenhandelsmonopols werden weder deutsche Interessen verletzt noch ein allgemein zu beachtendes Interesse aller Völker. Die Überschreitung des sowjetischen Verbotsgesetzes stellt aus deutscher Sicht kein sittenwidriges Verhalten dar. Etwas anderes ergibt sich auch nicht daraus, daß das Außenhandelsmonopol zum sowjetischen ordre public gehört, denn der fremde ordre public ist grundsätzlich unbeachtlich ⁹⁷⁾, woran auch das deutsch-sowjetische Handelsabkommen nichts ändert, das lediglich die Einhaltung bestimmter Normen vorschreibt.

- - - - -

96) So wurden amerikanische Embargobestimmungen beachtet, BGH AWD 1961, 102; BGH AWD 1962, 208=NJW 1962, 1436 N. 4 =MDR 1962, 719; weil sie auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland seien, vgl. BGH LM Nr. 1 zu § 138 BGB.

97) Nur in zwei Fällen ist fremder ordre public zu berücksichtigen: (1) wenn ausländisches IPR zur Anwendung kommt im Hinblick auf eine Rück- oder Weiterverweisung und (2) wenn der Verstoß gegen den fremden ordre public zugleich einen Verstoß gegen die guten Sitten deutscher Auffassung darstellt (§ 138 BGB); NEUHAUS S. 269; KEGEL S. 214, 152; WOLFF S. 71; MELCHIOR S. 371; DÖLLE S. 113. Im zweiten Fall ist Grundlage der Entscheidung nur das deutsche Recht (§ 138 BGB), wobei die ausländischen Vorschriften nur als Tatbestandsmoment in Betracht kommen, NUSSBAUM S. 372.

Ist nach der Ansicht von MANN jeder bewußte Verstoß gegen ein fremdes Verbotsgesetz sittenwidrig⁹⁸⁾, nach der Auffassung der deutschen Rechtsprechung hingegen nicht sittenwidrig, so mag eine differenzierende Lösung angebracht sein:

Die absichtliche Umgehung eines fremden Verbotsgesetzes führt jedenfalls dann zur Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB), wenn damit zugleich ein strafrechtliches Delikt begangen wird, denn die Mißachtung einer ausländischen Strafnorm darf nicht offen dadurch ermutigt und unterstützt werden, daß ein die Strafvorschrift verletzendes Rechtsgeschäft als rechtswirksam gewertet wird. Da Verstöße gegen das Verbot des privaten Außenhandels in der UdSSR seit 1959 nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, ist die bewußte Verletzung des sowjetischen Außenhandelsmonopols nicht sittenwidrig.⁹⁹⁾

3) Art. 7 S. 1 in Verbindung mit der Anlage als zwingende Regelung Bei Abschluß des Handelsabkommens gingen die Vertragsstaaten davon aus, daß der Außenhandel der UdSSR Monopol des Staates ist und die UdSSR als alleiniger Träger des Außenhandels die für den Außenhandel zuständigen Stellen bestimmt. Aus der Anlage ergibt sich die grundsätzliche Kompetenz der Handelsvertretung für alle sowjetischen Außenhandelsangelegenheiten in der Bundesrepublik Deutschland. Die Handelsvertretung vertritt die sowjetischen Handelsinteressen in der Bundesrepublik und tätigt für die Regierung der UdSSR Handelsgeschäfte; sie übt als Staatsorgan das sowjetische Außenhandelsmonopol in der Bundesrepublik aus, indem sie den Staatshandel mit deutschen Geschäftspartnern anbahnt und abwickelt. Wird prinzipiell nur mit dem Sowjetstaat direkt gehandelt, so wird darüber hinaus "die Möglichkeit von natürlichen Personen, juristischen Personen und Handelsgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen, unmittelbare Beziehungen mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen zum Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung von Handelsgeschäften zu unterhalten" (Art. 5 der Anlage).

98) vgl. hierzu auch MANN, Eingriffsgesetze und Internationales Privatrecht, in: Festschrift WAHL, Heidelberg 1973, S. 139 ff

99) Dies Ergebnis entspricht der höchstrichterlichen deutschen Rechtsprechung, vgl. oben S. 123 f.- Vgl. zur Sittenwidrigkeit internationaler Rechtsgeschäfte auch SAILER S. 97 ff

Grundsätzlich wird aller Außenhandel mit der Handelsvertretung als Staatsvertretung abgewickelt; zusätzlich besteht nur noch die Möglichkeit mit den Außenhandelsvereinigungen Handelsgeschäfte abzuschließen; jede Möglichkeit des Handels mit sowjetischen Bürgern und allen anderen, nicht vom Staat zum Außenhandel zugelassenen Stellen ist ausgeschlossen. Deutsch-sowjetischer Außenhandel ist also nur möglich, wenn auf sowjetischer Seite die Handelsvertretung oder eine Außenhandelsvereinigung als Partner auftritt; mit anderen Rechtssubjekten als diesen ist jede Möglichkeit des Außenhandels ausgeschlossen.

In Anerkennung des sowjetischen Außenhandelsmonopols hat die in Artikel 5 der Anlage enthaltene Beschränkung auf die Handelsvertretung und die Außenhandelsvereinigungen als allein zuständige sowjetische Handelsorgane zwingende Wirkung. Da durch das Handelsabkommen der deutsch-sowjetische Handel rechtlich geregelt werden sollte, kann keinesfalls angenommen werden, daß in dem Abkommen eine Bestimmung enthalten ist, die dem sowjetischen ordre public zuwiderlaufen würde; dies wäre aber der Fall, würde man in Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage keine zwingende Regelung sehen, sondern eine dispositive, die abbedungen werden könnte und zur Umgehung des sowjetischen Außenhandelsmonopols führen würde.

Als zwingende Regelung begrenzt Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage deutsche Bürger und Unternehmen in ihrer Abschlußfreiheit. Handelsgeschäfte zwischen deutschen Privatrechtssubjekten und sowjetischen Bürgern sind ausgeschlossen, d.h. sie "können" nicht vorgenommen werden; sie würden über die vom Handelsabkommen bestimmten Grenzen der rechtsgeschäftlichen Abschlußmöglichkeit hinausgehen.¹⁰⁰⁾ "Rechtsgeschäfte, die hier nach nicht vorgenommen werden können, vermögen ihrer Art nach nicht die ihnen von den Parteien zugedachten Wirkungen zu entfalten. Sie liegen von vornherein außerhalb des rechtlichen Vermögens der Privatpersonen."¹⁰¹⁾ Ein Vertrag über ein Handelsgeschäft zwischen einem deutschen und einem sowjetischen Bürger "kann" nicht geschlossen werden, er kommt nicht wirksam zustande, er ist nichtig.

100) vgl. FLUME S. 343 zur Abgrenzung von zwingenden Vorschriften und Verbotsgesetzen

101) LARENZ, AT BGB S. 358

Aus dem Sinn des Handelsabkommens, insbesondere aus dem Zweck von Artikel 7 S.1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage folgt, daß Verstöße gegen das Außenhandelsmonopol zur Nichtigkeit führen, 102) denn bundesdeutsche Gerichte können nicht deutsch-sowjetischen "Vertragsparteien" zur Durchsetzung eines Geschäfts verhelfen, das außerhalb ihrer rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmöglichkeit liegt.

Einzig diese Interpretation ist sinnvoll und vermag dem Vertragszweck rechtliche Regelung des deutsch-sowjetischen Außenhandels gerecht zu werden, denn die UdSSR duldet als Staatshandelsland eben nur den Handel durch eigens hierfür errichtete und vorgesehene Organe.

102) Nach COING ist grundsätzlich in jeder Norm, die zwingend gelten will und keinen Raum für abweichende Gestaltung läßt, ein Verbotsgesetz im Sinne von § 134 BGB zu sehen, STAUDINGER-COING § 134 Nr. 2 S.764. Für die weite Auslegung von Verbotsgesetzen spricht aber nur die in der Rechtsprechung des BGH sich abzeichnende Tendenz, zwingende Normen als Verbotsgesetze anzusehen. So wertet der BGH § 2271 als Verbotsgesetz im Sinne von § 134 BGB, BGH LM § 2271 Nr.11. Gegen die Ansicht von COING ist aber einzuwenden, daß nicht jede zwingende Vorschrift ein Verbot enthalten muß. Während das Verbot einen Befehl zum Unterlassen ausspricht (LARENZ, Schuldrecht I S.54), ergeben sich bei Nichteinhaltung zwingender Normen immer nur privatrechtliche Rechtsfolgen. So kann die Mißachtung bestimmter zwingender Vorschriften zur Ungültigkeit eines Rechtsgeschäftes führen, obwohl die Nichtbeachtung der Normen nicht verboten ist. Auch enthält nicht jedes Gebot automatisch ein Verbot. FLUME unterscheidet daher zwischen "Verbotsgesetzen" und "Normen, welche die rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmöglichkeiten begrenzen." Diesen Unterschied formuliert er wie folgt: "Die Rechtsordnung verbietet nicht die Rechtsgeschäfte, welche die der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsfreiheit gesetzten Grenzen überschreiten. Sie läßt sie nur nicht gelten. Bei dem Verbotsgesetz steht dagegen im Vordergrund der gesetzliche Befehl des Verbotes, und die Nichtigkeit ist nur eine Folge der Sanktion der Verbotsnorm." (FLUME S.343) Wie FLUME auch NIPPERDEY 14. Aufl. § 190, LARENZ, Schuldrecht I, S.54; SOERGEL-HEFERMEHL § 134 Nr. 1 und 2, S.455; FRIEDRICHS Gesetzliches Verbot und Nichtigkeit, Das Recht, 1924, 121 ff; und früher schon v. TUHR II S. 1 ff und OERTMANN § 134, Nr.2a

§ 12 Abschluß von deutsch-sowjetischen Außenhandelsrechtsgeschäften

I. Rechtsgeschäfte, die dem Außenhandelsmonopol unterliegen

Zum Bereich des Außenhandels gehört nicht nur der Handel mit Waren, sondern auch internationale wissenschaftlich-technische Beziehungen, Lizenz- und Patenthandel ¹⁰³⁾ sowie der Austausch kommerzieller und nichtkommerzieller Dienstleistungen.

Die Reichweite des Außenhandelsmonopols ergibt sich aus der Addition aller Handelsbereiche, die den verschiedenen Allunionsvereinigungen zugewiesen sind. Alle Rechtsgeschäfte, für welche Außenhandelsorganisationen zuständig sind, unterliegen automatisch dem Außenhandelsmonopol. ¹⁰⁴⁾

Rechtsgeschäfte, die vom Außenhandelsmonopol umfaßt werden sind zunächst der Export und Import von Waren sowie der Export von kompletten Industrieanlagen, zu denen auch technischer Beistand geleistet wird. ¹⁰⁵⁾ Aber auch Handelsgeschäfte, die Fragen des Urheberrechts ¹⁰⁶⁾ berühren, unterliegen dem staatlichen Außenhandelsmonopol. Die Ein- und Ausfuhr von Urheberwerken ist Privatpersonen verboten ¹⁰⁷⁾, sie erfolgt ausschließlich durch staatliche Außenhandelsorganisationen.

- - - - -

103) vgl. hierzu BOSCH S. 47 Fn. 4 Nr. 1 und AH, Heft 11, 1972 S. 40 ff

104) FREYMUTH, Entwicklung S. 97

105) Hierfür sind zuständig die Allunionsvereinigungen Tjashprom-export, Technoexport, Selchospromexport, Neftechimpromexport und Prommaschexport, vgl. Anlage

106) Nach sowjetischem Recht steht dem Urheber eines Werkes zwar das Urheberrecht an dem Werke zu, doch kann er sein Recht nicht nutzen, denn in der UdSSR hat der Staat das Monopol für die Nutzung von Urheberwerken, LOEBER S. 1. Für die Nutzung des Urheberwerkes durch den Staat in Person von staatlichen Organisationen erhält der Inhaber des Urheberrechts vom Staat eine gesetzlich festgesetzte Vergütung. Auch eine Veröffentlichung durch den Urheber im Selbstverlag ist nicht gestattet, LOEBER S. 38.

107) LOEBER S. 9

So werden Verlagsverträge über die Herausgabe sowjetischer Werke im Ausland allein durch die Allunionsvereinigung Meshdunarodnaja Kniga abgeschlossen ¹⁰⁸⁾, der Verleih sowjetischer Filme im Ausland erfolgt durch Sowexportfilm. ¹⁰⁹⁾

Die Allunionsvereinigung Lizensintorg ist zuständig für den Verkauf von Patenten auf sowjetische Erfindungen und von Lizenzen zur Benutzung im Ausland sowie für den Ankauf von Patenten und Lizenzen zur Benutzung ausländischer Erfindungen; sie regelt ferner den An- und Verkauf technischer Dokumente. ¹¹⁰⁾

Auch der Transport von Im- und Exportwaren erfolgt durch staatliche Organisationen. Während Sojuswneschtrans im Außenhandelsgüterverkehr der UdSSR für Transport- und Speditionsaufträge zuständig ist, obliegt die Ausführung von Frachtgeschäften der Allunionsvereinigung Sowfracht. ¹¹¹⁾

Außenhandelsrisiken können bei der Allunionsvereinigung Ingosstrach versichert werden, doch haben die sowjetischen Außenhandelsorganisationen auch das Recht, sich bei ausländischen Gesellschaften zu versichern. ¹¹²⁾

Somit umfaßt das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR jede Form des Außenhandels; ausländische Geschäftspartner müssen sich also für alle Rechtsgeschäfte mit den zuständigen sowjetischen Außenhandelsvereinigungen in Verbindung setzen.

108) LOEBER S. 9, 43.- Zur Meshdunarodnaja Kniga vgl. AH Heft 4, 1973 S. 24 - 27.

109) LOEBER S. 9 f, 43.

110) s. Statut der Außenhandelsorganisation Lizensintorg, Punkt 1 u. 6, PMZ 1964, 159 f.

111) vgl. Anlage

112) KLINKMÜLLER, Organisation S. 489; zur Ingosstrach vgl. HEDTKAMP in Osteuropa Handbuch, Sowjetunion Wirtschaft, Köln 1965, S. 288 f.

II. Zuständige sowjetische Handelspartner

1) Die Handelsvertretung der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland tätig im Namen der Regierung der UdSSR Handelsgeschäfte in der Bundesrepublik (Artikel 1 der Anlage zum Abkommen). Dabei kann sie Handelsgeschäfte jeder Art schließen, ohne auf bestimmte Warengruppen beschränkt zu sein. ¹¹³⁾

Die Handelsvertretung handelt für die Regierung der UdSSR (Artikel 3 der Anlage) und verpflichtet unmittelbar den Sowjetstaat; der Fiskus der UdSSR haftet für die von der Handelsvertretung eingegangenen Verbindlichkeiten. ¹¹⁴⁾

2) Die sowjetischen Außenhandelsvereinigungen schließen Rechtsgeschäfte im eigenen Namen ab. Sie haften den deutschen Geschäftspartnern mit ihrem eigenen Vermögen. ¹¹⁵⁾ Der Sowjetstaat haftet grundsätzlich nicht für die Verpflichtungen der Allunionsvereinigungen; ¹¹⁶⁾ ausnahmsweise haftet er doch, so wenn die Handelsvertretung die Handelsgeschäfte garantiert hat. ¹¹⁷⁾

113)MEDER, Wirtschaftssystem S.321

114)SCHURSCHALOW , S.318

115)vgl: Art. 32 ZGB RSFSR

116)Art. 3 der Anlage zum Abkommen; vgl. auch Art. 33 ZGB RSFSR

117)Art. 3 der Anlage zum Abkommen

Im Gegensatz zur Handelsvertretung, die ohne Beschränkung auf bestimmte Warengruppen kontrahieren kann, sind die Allunionsvereinigungen auf diejenigen Warengruppen beschränkt, für deren Import oder Export sie zuständig sind. ¹¹⁸⁾ PISAR spricht daher von "Monopolen innerhalb des Monopols." ¹¹⁹⁾

Da jede Außenhandelsvereinigung nur für eine bestimmte Warengruppe kompetent ist, darf sie nur Rechtsgeschäfte abschließen, die in ihren Handelsbereich fallen; sie ist "speziell" rechtsfähig. ¹²⁰⁾ Tätigt eine Allunionsvereinigung ein Handelsgeschäft, für das sie nicht zuständig ist, so ist das Rechtsgeschäft nach sowjetischem Recht nichtig. ¹²¹⁾ Welche Rechtsfolgen ergeben sich daraus für den deutsch-sowjetischen Außenhandel?

Im Handelsabkommen von 1958 ist keine Bestimmung enthalten, die auf die spezielle Rechtsfähigkeit der sowjetischen Außenhandelsorganisationen hinweist. Gilt die spezielle Rechtsfähigkeit der Allunionsvereinigungen nun auch in der Bundesrepublik?

- - - - -
118) Osteuropa Handbuch S. 321

Grundsätzlich sind die Geschäftsbereiche der Außenhandelsorganisationen branchenmäßig streng gegliedert. Eine Ausnahme besteht für die Allunionsvereinigungen Vostokintorg, Lenfintorg und Dalintorg; sie sind nicht branchenmäßig sondern regional zuständig, d.h. sie sind für den Handel mit bestimmten ausländischen Staaten allein zuständig; BÜTOW I S.111; HERMES S.161 ff SCHÜTTE S.41; KLINKMÜLLER, Organisation S. 486
Vostokintorg z.B. ist allein Im- und Exporteur von bestimmten Waren für die mongolische Volksrepublik, den Iran, die Türkei, die Jemenitische Arabische Republik, die Volksrepublik Südjemen und Afghanistan. Lenfintorg handelt Konsumgüter mit finnischen Firmen und Dalintorg ist für den Küstenhandel mit Japan zuständig, PATOLITSCHEW S.12, vgl auch die Anlage S. I Fn. 1

119) Supergeschäft S.91

120) vgl PFUHL S.81ff; BÜTOW I S.105; vgl. auch oben S.36

121) Art. 50 ZGB RSFSR

Die sowjetischen Außenhandelsvereinigungen sind juristische Personen des sowjetischen Rechts.¹²²⁾ Ausländische juristische Personen -auch des öffentlichen Rechts¹²³⁾- werden in der Bundesrepublik ohne weiteres anerkannt.¹²⁴⁾ Die Anerkennung braucht nicht durch innerstaatliche Vorschriften oder internationale Abkommen speziell vorgeschrieben zu werden.¹²⁵⁾ Die in der Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols enthaltene Anerkennung der Außenhandelsvereinigungen ist also nur deklaratorischer Natur.¹²⁶⁾ Während die natürlichen Personen hinsichtlich Rechts- und Geschäftsfähigkeit nach ihrem Heimatrecht beurteilt werden¹²⁷⁾, ist für die Rechts- und Geschäftsfähigkeit juristischer Personen nach der in der Bundesrepublik herrschenden Sitztheorie¹²⁸⁾ das Recht des Sitzes der Hauptverwaltung maßgeblich.¹²⁹⁾ Das Recht des Sitzes, an dem die Hauptverwaltung tatsächlich¹³⁰⁾ geführt wird, beherrscht die juristische Person in voller Breite und bestimmt auch den Umfang der Rechts- und Geschäftsfähigkeit.¹³¹⁾ Da die sowjetischen Außenhandelsorganisationen alle ihren Sitz in der UdSSR haben¹³²⁾, wird der Umfang der Rechts- und Geschäftsfähigkeit der Allunionsvereinigungen immer durch das sowjetische Recht bestimmt.

122) Art. 23 ZGB RSFSR; vgl. auch Art. 3 der Anlage zum Abkommen

123) KEGEL S. 232 unter Hinweis auf RFH IPRspr. 1931 Nr. 16; WOLFF S. 116; PALANDT-LAUTERBACH nach EGBGB 10 (IPR) Nr. 4

124) H. LEWALD S. 50; SOERGEL-KEGEL Vor Art. 7 S. 78 Rn. 152; RG 83, 367; WOLFF S. 116

125) MAKAROV S. 115

126) Dies scheinen PFUHL (S. 86) und BÜTOW (I S. 115) übersehen zu haben, da sie nur ausgehen von Staatsverträgen, in denen die gegenseitige Anerkennung von juristischen Personen enthalten ist.

127) vgl. Art. 7 EGBGB

128) Im anglo-amerikanischen Rechtskreis gilt die Gründungstheorie; danach wird angeknüpft an das Recht, nach dem die juristische Person gegründet worden ist. In Deutschland hat die Gründungstheorie nur wenige Anhänger gefunden, darunter FRANKENSTEIN (I S. 456 ff; 462) und NUSSBAUM (S. 185).- Zur Gründungstheorie vgl. GROSSFELD, RabelsZ 31 (1967) S. 42 ff und RAAPE § 25 II.- Da die Sowjetunion Entstehungsort der Außenhandelsorganisationen ist, wird deren Rechtsstellung auch nach der Gründungstheorie vom sowjetischen Recht bestimmt, GENKIN S. 40 f; BÜTOW I S. 116

129) RG 92, 73; 159, 46; DÖLLE S. 112, MAKAROV S. 114, KEGEL S. 232

130) RG 83, 367; 117, 217; BGHZ 40, 199; RAAPE § 25 I

131) Die Anerkennung einer ausländischen juristischen Person heißt nichts anderes, als daß die ausländischen Vorschriften über die juristische Person zur Anwendung kommen, KEGEL S. 233

Da im sowjetischen Rechtssystem für juristische Personen der Grundsatz der "speziellen Rechtsfähigkeit" gilt ¹³³⁾, sind Allunionsvereinigungen nur im Rahmen ihres statutenmäßig festgelegten Tätigkeitsbereiches rechts- und geschäftsfähig. Das Statut der Allunionsvereinigung beantwortet die Frage, welche Rechtsgeschäfte die Vereinigung vorzunehmen im Stande ist. ¹³⁴⁾ Schließt eine Außenhandelsvereinigung ein Rechtsgeschäft ab, für das sie nicht zuständig ist, so wird das Statut verletzt; Verstöße gegen das Statut führen zur Nichtigkeit von Rechtsgeschäften. ¹³⁵⁾ Wird in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt, daß im englischen Recht das "power of a registered company" durch ihr "Memorandum" (Statut) begrenzt wird und alle Handlungen darüber hinaus (ultra vires) nichtig sind ¹³⁶⁾, so muß das auch für den Grundsatz der speziellen Rechtsfähigkeit nach sowjetischem Recht gelten. ¹³⁷⁾ Da die sowjetischen Allunionsvereinigungen höchstens soviel Rechte haben, wie es das sowjetische Recht bestimmt, sind deutsch-sowjetische Außenhandelsgeschäfte, die von einer für das betreffende Rechtsgeschäft nicht kompetenten Allunionsvereinigung abgeschlossen werden, nichtig.

Zum Schutz des inländischen Verkehrs wird von einem Teil der Lehre vertreten, daß Art. 7 Abs.III S.1 EGBGB analog angewandt werden müsse auf Gesellschaften, die in ihrer Rechtsfähigkeit beschränkt sind. ¹³⁸⁾ Doch kann auch nach dieser Meinung Art. 7 Abs.III S.1 EGBGB deshalb nicht entsprechende Anwendung finden, weil es zur sowjetischen Allunionsvereinigung als einer Firma "sui generis" in der Bundesrepublik kein Gegenstück gibt (wie z.B. corporation und AG) und somit nichts da ist, worauf der deutsche Partner vertrauen darf. ¹³⁹⁾

132) vgl. S. 35

133) Art. 26 ZGB RSFSR

134) WOLFF S. 118 Nr. 3; in den jeweiligen Statuten der Allunionsvereinigungen ist festgelegt, für welche Warengruppen die Vereinigungen zuständig sind, vgl. als Beispiel das Statut der allunionistischen Export-Import-Vereinigung Exportchleb, BÜTOW II S. 109 ff (110), Artikel 5

135) Art. 50 ZGE RSFSR; PISAR HLR 70,4; 1957, 642.

136) WOLFF S. 118 Nr. 3

137) SOERGEL-KEGEL Vor Art. 7, S. 80 Rn. 156

138) KEGEL S. 226, 233; ERMAN-ARNDT EG 7 Anm. 5; PALANDT-LAUTERBACH nach EGBGB 10 (IPR) Nr. 3

139) KEGEL S. 233

Deutsch-sowjetische Außenhandelsrechtsgeschäfte sind also rechtsunwirksam, wenn die sowjetische Außenhandelsvereinigung ihren Statuten zuwider handelt. ¹⁴⁰⁾ Für deutsche Geschäftsleute, die mit der UdSSR Handel treiben wollen, ist daher die Kenntnis der Satzung der Außenhandelsorganisation unentbehrlich, um der Gefahr zu entgehen, ein nichtiges Rechtsgeschäft zu schließen. ¹⁴¹⁾

III. Einzuhaltende Formvorschriften

Die Form eines Rechtsgeschäfts wird gemäß Artikel 11 Abs. I S. 1 EGBGB nach dem Geschäftsrecht beurteilt, doch genügt es nach Art. 11 Abs. I S. 2 EGBGB, wenn die Formvorschriften des Ortsrechts eingehalten werden. ¹⁴²⁾ Danach wären in der Bundesrepublik Deutschland mündlich geschlossene deutsch-sowjetische Außenhandelsverträge rechtswirksam, denn eine bestimmte Form ist nicht vorgeschrieben.

140) Auch nach der im anglo-amerikanischen Rechtskreis herrschenden "ultra-vires"-Lehre kann eine juristische Person nur solche Geschäfte vornehmen, die von der Satzung zugelassen sind; Geschäfte, die diese Grenzen überschreiten sind nach englischem Recht unheilbar nichtig, KEGEL S.233. Der Grundsatz der "speziellen Rechtsfähigkeit" ist also der "ultra-vires"-Lehre sehr ähnlich, PISAR HLR Vol 70, 1957 S.642, Fn.158; SCHÜTTE S.40; PFUHL S.81; BÜTOW I S.106

141) BÜTOW I S.111

142) MAKAROV S.118; KEGEL S.246

1) Das deutsch-sowjetische Handelsabkommen geht als *lex specialis* für deutsch-sowjetische Außenhandelsrechtsverhältnisse dem Artikel 11 Abs. I EGBGB aber vor. Art. 3 der Anlage zum Abkommen bestimmt für Rechtsgeschäfte, die von der sowjetischen Handelsvertretung abgeschlossen werden, die Einhaltung der Schriftform. Handelsrechtsgeschäfte der Handelsvertretung müssen ¹⁴³⁾ von zwei dazu bevollmächtigten Personen für die Handelsvertretung unterzeichnet werden, da sonst die UdSSR - mangels wirksamer Verpflichtung - nicht haftet. ¹⁴⁴⁾ Für alle Rechtsgeschäfte, die von der Handelsvertretung abgeschlossen werden, und rechtliche Wirkungen für und gegen die Sowjetunion haben sollen, ist also Schriftform erforderlich. ¹⁴⁵⁾ Wird die Schriftform nicht eingehalten oder unterzeichnet nur ein Unterzeichnungsberechtigter oder eine nicht bevollmächtigte Person, ¹⁴⁶⁾ so haftet die UdSSR nicht, sie ist nicht verantwortlich, ¹⁴⁷⁾ das Rechtsgeschäft ist unwirksam. ¹⁴⁸⁾

143) Rechtsgeschäfte bis 400.000 Rubel darf der Leiter der Handelsvertretung allein unterzeichnen. Bei einer Summe von über 400.000 Rubel darf er ebenfalls allein unterzeichnen mit vorheriger Genehmigung des Volkskommissars für Außenhandel oder seines Stellvertreters; die Genehmigung muß für jeden Einzelfall erteilt werden; Art. 1 der VO v. 8.12.1936 (S.Z. 1936 Nr.62 S.450) durch den die VO vom 26.12.1935 abgeändert wurde; VO in deutscher Übersetzung abgedruckt bei BÜTOW II S. 15

144) Artikel 3 der Anlage zum Abkommen

145) Mündliche Nebenabreden sind nicht Vertragsinhalt, PISAR HLR Vol. 70, 1957, S.653; BÜTOW I S.197. Briefliche oder telegraphische Vereinbarung genügt, auch der Abschluß per Fernschreiber (GENKIN S.60). Briefe müssen von zwei Bevollmächtigten unterzeichnet werden; BÜTOW I. S.197, SCHÜTTE S.43

146) "Die Handelsvertretung veröffentlicht im Bundesanzeiger die Namen der Personen, die zu Rechtshandlungen in ihrem Namen befugt sind, mit der Angabe, in welcher Weise jede dieser Personen befugt ist, Rechtsgeschäfte auf dem Gebiet des Handels im Namen der Handelsvertretung zu unterzeichnen. Die Befugnisse dieser Personen gelten so lange, bis ihr Erlöschen in der gleichen Weise bekannt gemacht wird." Art. 3 II der Anlage zum Handelsabkommen.

147) "Verantwortlich" ist die wörtliche Übersetzung des in Art. 3 Abs. I der Anlage enthaltenen Wortes "otvetstvennost", das im Abkommen mit "haften" übersetzt wurde, vgl. BANK S.8

148) Die Sowjetunion hat also die zwingenden Formvorschriften des sowjetischen Außenhandelsrechts (vgl. oben S.24 ff.) durch Artikel 3 der Anlage zum Abkommen auch für deutsch-sowjetische Außenhandelsgeschäfte der Handelsvertretung durchsetzen können.

2) Während Artikel 3 der Anlage für Rechtsgeschäfte der Handelsvertretung ausdrücklich eine bestimmte Form vorschreibt, enthält das Abkommen keine Regelung über die Form von Rechtsgeschäften, die von sowjetischen Außenhandelsvereinigungen abgeschlossen werden. Für Rechtsgeschäfte zwischen deutschen Unternehmen und sowjetischen Außenhandelsorganisationen gilt daher allgemeines IPR. Für die Form von Rechtsgeschäften ist nach Artikel 11 Abs. I EGBGB entweder das Geschäftsrecht (Satz 1) oder wahlweise das Ortsrecht (Satz 2) maßgebend; entspricht die Form einem der beiden Rechte, so ist das Geschäft formgültig. ¹⁴⁹⁾

Während nach sowjetischem Recht für alle Rechtsgeschäfte der Außenhandelsorganisationen zwingend Schriftform vorgeschrieben ist, sieht das deutsche Zivilrecht für Außenhandelskaufverträge keine besondere Form vor. Fraglich ist, ob ein in der Bundesrepublik mit einer sowjetischen Außenhandelsvereinigung mündlich abgeschlossener Außenhandelskaufvertrag, der dem deutschen Ortsrecht genügt, gültig ist. Dies wäre der Fall, wenn der sowjetische Unterzeichnungsmodus als Form im Sinne des Art. 11 EGBGB zu qualifizieren wäre; es käme dann zu einem "hinkenden Rechtsverhältnis", das in der Bundesrepublik anerkannt sein würde, dem aber in der UdSSR die Gültigkeit versagt bliebe. Zwar wird die Unterzeichnung eines Außenhandelskaufvertrages als Schriftform bezeichnet, doch zeigt das Verfahren der Unterzeichnung, daß die stets durch zwei Personen gemeinsame durchgeführte Unterzeichnung die Ausübung der Vertretungsmacht darstellt. ¹⁵⁰⁾ Sowjetisches Recht beherrscht die Allunionsvereinigung als juristische Person in voller Breite, es entscheidet darüber, welche Organe die Allunionsvereinigung hat (Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender) und welche Befugnisse die Organe nach außen (z.B. Vertretungsmacht) und innen (z.B. Geschäftsführungsrecht) besitzen. ¹⁵¹⁾

149) WOLFF S. 126 f

150) vgl. dazu § 35 Abs. II und III GmbH-Gesetz

151) SOERGEL-KEGEL Vor Art. 7, S. 82 Rn. 165

Sowjetisches Recht gilt für die Vertretungsmacht und bestimmt daher auch die Art der Ausübung der Vertretungsmacht. ¹⁵²⁾ Der Vorsitzende als Organ der Allunionsvereinigung hat Vertretungsmacht nur im Rahmen des Statuts der Vereinigung; da alle Willenserklärungen der Organe der Vereinigungen zum Zwecke der Vertretung nur schriftlich wirksam sind, bedürfen Rechtsgeschäfte der Außenhandelsvereinigungen der Schriftform. Der Vorsitzende einer Allunionsvereinigung kann also rechtsverbindliche Erklärungen gegenüber ausländischen Geschäftspartnern nur schriftlich abgeben; hierbei genügt nicht die Unterschrift des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters, sondern immer muß eine weitere ordnungsgemäß bevollmächtigte Person gegenzeichnen, so daß die Allunionsvereinigung nur von mindestens zwei Personen vertreten werden kann. Das Verfahren und die Form von Willensäußerungen einer sowjetischen Allunionsvereinigung ist als Bestandteil der Geschäftsfähigkeit zu qualifizieren ¹⁵³⁾ und wird daher vom Personalstatut beherrscht. ¹⁵⁴⁾ Da eine Allunionsvereinigung ihren Willen nur in der vorgeschriebenen Weise rechtsverbindlich äußern kann, müssen bei allen Rechtsgeschäften zwischen deutschen natürlichen bzw. juristischen Personen und sowjetischen Außenhandelsvereinigungen die besonderen sowjetischen Unterzeichnungsvorschriften beachtet werden. ¹⁵⁵⁾ Ein Rechtsgeschäft, das von einer Außenhandelsorganisation unter Verletzung der statutenmäßigen Formvorschriften abgeschlossen wird, ist unwirksam. ¹⁵⁶⁾

 152) vgl. WOLFF S. 118 Nr. 4

153) Würde man die sowjetischen Unterzeichnungsvorschriften als Formvorschriften qualifizieren - nach deutschem Recht -, so käme es zu einer Kollision zwischen zwei Qualifikationen, da nach sowjetischem Recht die Unterzeichnungsvorschriften unter das Personalstatut fallen. Bei einer Kollision zwischen zwei Qualifikationen (Person und Form) muß eine Wertung erfolgen nach dem Gewicht der von ihnen verkörperten Interessen. Bei einem Streit zwischen Person und Form liegt aber auf der Hand, daß der Person der Vorrang gebührt; die Form ist typischerweise austauschbar, wie schon die Möglichkeit der Wahl des Artikel 11 Abs. I EGBGB zeigt, die Person ist es nicht.

154) SCHÜTTE S. 25 m.w.N.

155) PISAR HLR Vol. 70,4; 1957, 650 ff; ders. in: HLR Vol. 72,8; 1959, 1453.

156) Art. 45 Abs. II ZGB RSFSR, s.o.S. 26

Die Verkehrsschutzinteressen der deutschen Vertragspartner werden durch die besonderen sowjetischen Unterzeichnungsvorschriften auch nicht verletzt, weil die Liste der Personen, die das Recht zum Unterzeichnen der Verträge haben, in der Monatsschrift "AUßSENHANDEL" ¹⁵⁷⁾ veröffentlicht wird.

Beim Abschluß von Handelsgeschäften mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen ist daher folgendes zu beachten:

(1) Wird das Rechtsgeschäft in Moskau abgeschlossen, so ist die Unterschrift zu leisten vom Vorsitzenden der Außenhandelsvereinigung oder seinem Stellvertreter und einer weiteren mit dem Recht der Unterschriftsleistung für Außenhandelsgeschäfte vom Vorsitzenden schriftlich bevollmächtigten Person. ¹⁵⁸⁾

(2) Werden Außenhandelsgeschäfte der Allunionsvereinigung außerhalb von Moskau ¹⁵⁹⁾ abgeschlossen, so unterzeichnen zwei durch den Vorsitzenden der Vereinigung schriftlich bevollmächtigte Personen. ¹⁶⁰⁾

(3) Wechsel und andere Geldverbindlichkeiten auf dem Gebiet des Außenhandels, die von den genannten Vereinigungen in Moskau ausgestellt werden, müssen die Unterschriften des Vorsitzenden der Vereinigung oder seines Stellvertreters und des Hauptbuchhalters tragen. Im Ausland ausgestellte Wechsel und eingegangene Geldverbindlichkeiten müssen von zwei Personen unterschrieben werden, die vom Vorsitzenden schriftlich bevollmächtigt sind. ¹⁶¹⁾

157) Der "Außenhandel" erscheint auch in deutscher Sprache. - Die Namen der Personen, die zu Rechtshandlungen in ihrem Namen für die Handelsvertretung befugt sind, werden im Bundesanzeiger bekannt gemacht, vgl. Art. 3 der Anlage zum Abkommen.

158) Art. 2 Abs. I der VO vom 26.12.1935; vgl. Satzung der Allunionsvereinigung Exportchleb bei BÜTOW II S. 111 f.

159) im Ausland oder an einem anderen Ort in der UdSSR

160) Art. 2 Abs. II der VO vom 26.12.1935; vgl. Satzung der Allunionsvereinigung Exportchleb bei BÜTOW II S. 112 und Punkt 11 der Satzung von Lizensintorg, PMZ 1964, 160.

161) BÜTOW II S. 111 f, Punkt 10 der Satzung von Exportchleb; BÜTOW II S. 15 f, Art. 2 der VO vom 26.12.1935; ferner Punkt 11 der Satzung von Lizensintorg, PMZ 1964, 160.

(4) Das Recht der bevollmächtigten Personen zur Unterzeichnung entsteht erst mit Bekanntmachung ihrer Namen in der Zeitschrift "Außenhandel" ¹⁶²⁾ und erlischt mit Veröffentlichung eines Widerrufs in der gleichen Weise. ¹⁶³⁾

- - - - -
 162) dem offiziellen Organ des Außenhandelsministeriums

163) EÜTOW II S. 16.-

Zum Publizitätsprinzip vgl. PISAR HLR Vol. 70,4; 1957, 653;
 EÜTOW I S. 199 ff

Zusammenfassung

I. Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde in der RSFSR am 22.4.1918 durch das Dekret "Über die Nationalisierung des Außenhandels" eingeführt. Mit Gründung der UdSSR 1922 wurde die Geltung des Dekrets auf die gesamte Sowjetunion ausgedehnt. Das Wesen des sowjetischen Außenhandelsmonopols besteht darin, daß der Staat der ausschließliche Träger aller Rechte des Außenhandels ist, die Abwicklung des Außenhandels erfolgt einzig durch staatliche Organisationen, Umfang des Exports und des Imports werden planmäßig festgelegt. Dem Außenhandelsmonopol werden fünf Aufgaben zugeschrieben:

- (1) Abschirmung der sozialistischen Planwirtschaft gegen unerwünschte wirtschaftliche Einflüsse der Weltmärkte (SCHUTZFUNKTION)
- (2) Abstimmung von Außenhandel und Binnenhandel im Rahmen des Gesamtwirtschaftsplanes (PLANWIRTSCHAFTLICHE FUNKTION)
- (3) Planmäßige Koordinierung der sowjetischen Wirtschaft mit der Wirtschaft der anderen Ostblockstaaten (INTEGRATIONSFUNKTION)
- (4) Garantie einer einheitlichen Außenhandelspolitik und Einflußnahme auf die Entwicklungsländer (POLITISCHE FUNKTION)
- (5) Im- und Export von Waren unmittelbar durch staatliche Organisationen; der Staat schöpft die normalerweise einem Zwischenhändler zufallenden Gewinne selbst ab, wodurch eine zusätzliche Einnahmequelle entsteht (FISKALISCHE FUNKTION).

Das staatliche Außenhandelsmonopol ist eine durch die Sowjetverfassung garantierte Außenhandelsform und bildet seit fünfzig Jahren einen Eckpfeiler der sowjetischen Ideologie.

Jeder private Außenhandel ist verboten. Bis Ende 1958 wurden Verstöße gegen das Außenhandelsmonopol noch schwer bestraft, seit 1959 nicht mehr. Da der Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols zu den Prinzipien des sozialistischen Systems gehört, sind die Normen über das Außenhandelsmonopol zwingend, für sie beansprucht die UdSSR absolute Geltung, d.h. unabhängig vom Abschlußort und anwendbarem Landesrecht haben die Normen über das Außenhandelsmonopol 'extraterritoriale' Geltung.

Die Gesamtleitung des sowjetischen Außenhandels ist dem Ministerium für Außenhandel übertragen, dem im Ausland Handelsvertretungen zur Durchführung des Außenhandels zur Verfügung stehen. Die Handelsvertretungen sind Bestandteil der Botschaft der UdSSR und genießen diplomatische Vorrechte. Früher schlossen die Handelsvertretungen im Ausland in erster Linie Rechtsgeschäfte für die Sowjetunion ab, für welche der Fiskus der UdSSR haftete. Gegenwärtig obliegt die operative Ausführung des Außenhandels vorwiegend den Allunionsvereinigungen, die branchenmäßig monopolisiert sind. Als juristische Personen des sowjetischen Rechts sind die Allunionsvereinigungen nur "speziell rechtsfähig", d.h. sie haben eine durch ihre Zweckbestimmung beschränkte zivilrechtliche Rechtsfähigkeit. Die Satzungen der Vereinigungen legen den Umfang der Rechtsfähigkeit fest; satzungsfremde Rechtsgeschäfte sind nichtig. Die Leitung der Außenhandelsvereinigung obliegt dem Direktor, der dem Außenhandelsminister direkt unterstellt ist. Für Außenhandelsgeschäfte der Allunionsvereinigungen haften die Organisationen mit ihrem Vermögen, eine Haftung des Staates ist ausgeschlossen.

Um als Staatshandelsland mit kapitalistischen Ländern handeln zu können, schloß die UdSSR mit zahlreichen Staaten Handelsverträge, in denen die Anerkennung des staatlichen Außenhandelsmonopols durch den ausländischen Partner und die Anerkennung der Exterritorialität der Handelsvertretungen garantiert wurden. So sind in allen Handelsverträgen der UdSSR die Prinzipien des sowjetischen Außenhandelsmonopols verankert.

II. Entgegen sowjetischer Rechtsauffassung können die Außenhandelsnormen aus eigener Kraft nicht in fremden Staaten Geltung erlangen. Alle von einem Staat erlassenen Vorschriften gelten nur territorial, extraterritorial wirken sie nicht kraft eigenen Willens, sondern kraft ausländischen Willens, ausgedrückt in einer Kollisionsnorm oder einem Gesetz.

Die rechtliche Geltung des sowjetischen Außenhandelsmonopols in der Bundesrepublik Deutschland könnte sich aus Artikel 25 Satz 1 GG ergeben, wonach die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" Bestandteil des Bundesrechts sind. Die "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" werden durch das Völkergewohnheitsrecht gebildet. Zwar besteht in vielen sozialistischen Staaten der Grundsatz des staatlichen Außenhandelsmonopols, doch wird durch die Existenz von Landesrecht nicht schon die Existenz inhaltlich identischer Normen des Völkergewohnheitsrechts bewiesen, dazu ist der Nachweis konstanter zwischenstaatlicher Anwendung erforderlich. Auch der weitgehend übereinstimmende Inhalt der sowjetischen Handelsverträge erzeugt nicht einen entsprechenden Gewohnheitsrechtsatz. Die Existenz der zahlreichen bilateralen Handelsabkommen über das Außenhandelsmonopol beweist vielmehr, daß gleichlautendes Völkergewohnheitsrecht nicht existiert. Das sowjetische Außenhandelsmonopol ist kein Völkergewohnheitsrecht und wird deshalb von Artikel 25 GG nicht erfaßt.

Durch das Vertragsgesetz vom 17.3.1959 erlangte das deutsch-sowjetische "Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt" vom 25.4.1958 rechtliche Geltung in der Bundesrepublik Deutschland. In Artikel 7 Satz 1 des Abkommens hat die Bundesrepublik in Anbetracht des sowjetischen Außenhandelsmonopols sich mit der Errichtung einer sowjetischen exterritorialen Handelsvertretung in der Bundesrepublik einverstanden erklärt. Indem die Bundesrepublik innerhalb ihres Hoheitsbereiches die Ausübung des sowjetischen Außenhandelsmonopols durch die Handelsvertretung vertraglich garantierte, hat sie das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR de jure anerkannt.

Die völkerrechtliche Anerkennung des sowjetischen Außenhandelsmonopols ist auch für bundesdeutsche Bürger, Behörden und Gerichte verbindlich. Die Verbindlichkeit ergibt sich aus Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit der Anlage, die nach Artikel 7 Satz 2 untrennbarer Bestandteil des Abkommens ist.

Die Handelsvertretung tätigt im Namen der Sowjetregierung Handelsgeschäfte (Art. 1 c der Anlage) und vertritt die Auenhandelsinteressen der Union in der Bundesrepublik (Art. 1 b). Ist die Handelsvertretung als Staatsvertreter primär zur Abwicklung des Außenhandels des Staatshandelslands UdSSR in der Bundesrepublik kompetent, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß deutsche natürliche Personen, juristische Personen und Handelsgesellschaften auch mit staatlichen Außenhandelsvereinigungen Rechtsgeschäfte tätigen können (Art. 5 der Anlage). Da die Sowjetunion keinen privaten Handel, sondern nur Handel durch bestimmte Staatsorgane zuläßt, ergibt sich aus Artikel 5 der Anlage, daß in der Bundesrepublik als sowjetische Handelspartner einzig die Handelsvertretung und staatliche Allunionsvereinigungen in Frage kommen, darüber hinaus jeder Handel mit anderen sowjetischen Organisationen oder Privatpersonen ausgeschlossen ist. Artikel 7 Satz 1 ist in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage unmittelbar verbindlich ("self-executing"), denn aus ihm wird ein spezielles Sollen der bundesdeutschen Rechtssubjekte ersichtlich: Abschluß von deutsch-sowjetischen Handelsgeschäften nur mit den sowjetischen zuständigen Organisationen. Die völkerrechtliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols ist also auch für bundesdeutsche Bürger und Staatsorgane verbindlich, d.h. das Außenhandelsmonopol muß bei allen deutsch-sowjetischen Rechtsgeschäften beachtet werden, es gilt in der Bundesrepublik für deutsch-sowjetische Handelsgeschäfte.

Die Bestimmungen des Handelsabkommens haben den Rang des Vertragsgesetzes und sind somit einfaches Bundesrecht. Da verfassungswidriges Vertragsrecht innerstaatlich nichtig ist, müssen Artikel 7 Satz 1 und die Anlage verfassungskonform sein. Formeller Prüfungsgegenstand ist das Vertragsgesetz, dessen materiell-rechtlicher Gehalt sich aus dem Vertragstext ergibt. Als vom GG geschtzte Rechtsposition, die durch Artikel 7 in Verbindung mit der Anlage verletzt sein könnte, käme allenfalls die durch Artikel 2 Abs. 1 GG garantierte Vertragsfreiheit in Betracht. Zwar wird durch das von Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage konkretisierte Außenhandelsmonopol die Abschlußfreiheit insoweit eingeschränkt, als nur die Handelsvertretung und die Allunionsvereinigungen als sowjetische Handelspartner in Betracht kommen, doch wird dadurch die menschliche Handlungsfreiheit noch nicht in ihrem Wesensgehalt angetastet (Art. 19 Abs.II, 1 Abs.III und 2 Abs. 1 GG).

Der durch das Handelsabkommen ins deutsche Recht eingeführte Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols kollidiert nicht mit Artikel 2 Abs. I GG, er ist verfassungskonform und hat aktuelle Geltung in der Bundesrepublik Deutschland für alle deutsch-sowjetischen Außenhandelsbeziehungen erlangt.

III. Internationale Schuldrechtsverhältnisse werden nach den Grundsätzen des deutschen IPR vom Parteiwillen beherrscht, doch wird die Parteiautonomie durch zwingende Normen vielfach eingeschränkt. Anerkannt ist auch, daß die staatsvertragliche Regelung als *lex specialis* dem IPR und somit auch der Parteiautonomie vorgeht. Das deutsch-sowjetische Handelsabkommen schränkt die Parteiautonomie in Bezug auf die Vertragsabschlußfreiheit ein, indem es die strikte Berücksichtigung des sowjetischen Außenhandelsmonopols vorschreibt, d.h. Außenhandelsrechtsgeschäfte sind nur möglich mit der Handelsvertretung oder den Außenhandelsvereinigungen. Hinsichtlich der Form von Rechtsgeschäften der Handelsvertretung enthält das Abkommen in Artikel 3 der Anlage eine Spezialregelung, wonach zwei zum Abschluß von Handelsgeschäften bevollmächtigte Personen für die Handelsvertretung unterzeichnen müssen.

Als innerstaatliches Recht dient das Handelsabkommen als Maßstab der Rechtmäßigkeit innerstaatlicher Rechtsakte. Rechtsakte, die gegen das Handelsabkommen verstoßen, sind rechtswidrig. Das Handelsabkommen enthält kein innerstaatliches gesetzliches Verbot mit sowjetischen Bürgern Handel zu treiben. Das sowjetische Verbot des privaten Außenhandels wird nicht von § 134 BGB erfaßt, denn "gesetzliches Verbot" im Sinne von § 134 BGB ist nur ein deutsches Verbotsgesetz, nicht ein ausländisches. Der bewußte Verstoß gegen das sowjetische Verbotsgesetz ist nicht sittenwidrig gemäß § 138 BGB, da das sowjetische Verbot des privaten Außenhandels weder deutsche Interessen schützt noch einem allgemeinen Interesse aller Völker dient noch strafrechtlich bewehrt ist. Doch führt schon der objektive Verstoß gegen das sowjetische Außenhandelsmonopol zur Nichtigkeit von Rechtsgeschäften, denn Artikel 7 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 5 der Anlage schreibt die Beachtung des sowjetischen Außenhandelsmonopols bei allen deutsch-sowjetischen Rechtsgeschäften zwingend vor.

Zum Bereich des Außenhandels gehört nicht nur der Handel mit Waren, sondern auch Lizenz- und Patenthandel, Abschluß von Urheberrechtsverträgen sowie der Austausch kommerzieller und nichtkommerzieller Dienstleistungen. Die Reichweite des Außenhandelsmonopols ergibt sich aus der Addition aller Handelsbereiche, die den verschiedenen Allunionsvereinigungen zugewiesen sind. Alle Rechtsgeschäfte, für die Außenhandelsorganisationen zuständig sind, unterliegen automatisch dem Außenhandelsmonopol.

Als zuständige Handelspartner kommen nur die sowjetische Handelsvertretung in der Bundesrepublik und die Außenhandelsorganisationen in Betracht. Im Gegensatz zur Handelsvertretung, die ohne Beschränkung auf bestimmte Warengruppen Handelsgeschäfte aller Art abschließen kann, sind die Außenhandelsvereinigungen auf diejenigen Warengruppen beschränkt, für deren Import und Export sie zuständig sind. Die Allunionsvereinigungen werden als juristische Personen des sowjetischen Rechts in der Bundesrepublik ohne weiteres anerkannt. Für den Umfang der Rechts- und Geschäftsfähigkeit juristischer Personen gilt nach der in der Bundesrepublik herrschenden Sitztheorie das Recht des Sitzes der Hauptverwaltung. Die sowjetischen Allunionsvereinigungen haben alle ihren Sitz in der UdSSR, folglich bestimmt immer sowjetisches Recht den Umfang der Rechts- und Geschäftsfähigkeit der Allunionsvereinigungen. Da im sowjetischen Rechtssystem für juristische Personen der Grundsatz der "speziellen Rechtsfähigkeit" gilt, sind Außenhandelsvereinigungen nur im Rahmen ihres statutenmäßig festgelegten Tätigkeitsbereiches rechts- und geschäftsfähig, alle Handlungen darüber hinaus sind nichtig. Außenhandelsrechtsgeschäfte, die von einer für das betreffende Rechtsgeschäft nicht kompetenten Außenhandelsorganisation abgeschlossen werden, sind nichtig.

Beherrscht das sowjetische Recht die Allunionsvereinigung als juristische Person in voller Breite, so entscheidet es auch darüber, welche Organe die Allunionsvereinigung hat und welche Befugnisse die Organe nach außen und innen besitzen. Sowjetisches Recht gilt für die Vertretungsmacht und bestimmt daher auch die Art der Ausübung der Vertretungsmacht.

Der Vorsitzende als Organ der Allunionsvereinigung hat Vertretungsmacht nur im Rahmen des Statuts der Vereinigung, d.h. er kann rechtsverbindliche Erklärungen gegenüber ausländischen Geschäftspartnern nur in der Schriftform abgeben; hierbei genügt nicht die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter, sondern immer muß eine weitere ordnungsgemäß bevollmächtigte Person gegenzeichnen, so daß die Allunionsvereinigung nur von mindestens zwei Personen vertreten werden kann.

Rechtsgeschäfte der sowjetischen Außenhandelsorganisationen bedürfen also der einfachen Schriftform, wobei Rechtsgeschäfte in Moskau von dem Vorsitzenden der Vereinigung oder seinem Stellvertreter und einer weiteren mit dem Recht der Unterschriftsleistung für Außenhandelsgeschäfte vom Vorsitzenden schriftlich bevollmächtigten Person unterzeichnet werden müssen. Rechtsgeschäfte der Außenhandelsvereinigung, die außerhalb von Moskau abgeschlossen werden, müssen von zwei durch den Vorsitzenden der Vereinigung schriftlich bevollmächtigten Personen unterzeichnet werden. Rechtsgeschäfte, die von einer Außenhandelsorganisation unter Verletzung der Formvorschriften abgeschlossen werden, sind unwirksam.

Schlußthesen

- I. In der de jure Anerkennung des Staates UdSSR ist nicht schon die Anerkennung des sowjetischen Außenhandelsmonopols enthalten.
- II. Das sowjetische Außenhandelsmonopol ist kein Völkergewohnheitsrecht und daher nicht über Artikel 25 GG Bestandteil des bundesdeutschen Rechts.
- III. Die Bundesrepublik Deutschland hat das sowjetische Außenhandelsmonopol durch Artikel 7 Satz 1 des Handelsabkommens von 1958 in Verbindung mit der Anlage de jure anerkannt.
- IV. Die völkerrechtliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols ist für deutsche natürliche Personen, juristische Personen, Handelsgesellschaften, Behörden und Gerichte unmittelbar verbindlich. Bei allen deutsch-sowjetischen Außenhandelsrechtsgeschäften muß der Grundsatz des sowjetischen Außenhandelsmonopols -Handel nur mit den vom Sowjetstaat zugelassenen Handelsunternehmungen- beachtet werden.
- V. Handel mit sowjetischen Bürgern oder nicht für Außenhandel zuständigen Organisationen ist deutschen Bürgern nicht verboten, doch sind Rechtsgeschäfte, die gegen das staatliche Außenhandelsmonopol verstoßen, nichtig.
- VI. Die sowjetische Handelsvertretung in der Bundesrepublik kann Außenhandelsgeschäfte jeder Art abschließen.
- VII. Die sowjetischen Außenhandelsvereinigungen sind nur speziell rechts- und geschäftsfähig, alle Handlungen, die mit der Satzung nicht in Einklang stehen, sind nichtig. Die Außenhandelsvereinigungen sind auf diejenigen Warengruppen beschränkt, für deren Import-Export sie zuständig sind.
- VIII. Rechtsgeschäfte der Handelsvertretung bedürfen der Schriftform gemäß Artikel 3 der Anlage zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen von 1958.
- IX. Rechtsgeschäfte der Außenhandelsvereinigungen bedürfen ebenfalls der Schriftform, da alle Willenserklärungen der Organe der Vereinigungen zum Zwecke der Vertretung nur schriftlich wirksam sind.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort (verweist auf das Literaturverzeichnis am Ende)
Abs.	Absatz
AH	AUSSENHANDEL (Offizielle Monatszeitschrift des sowjetischen Außenhandelsministeriums; Heft, Jahr, Seite)
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Band, Jahr, Seite)
AOS	Anzeiger des Obersten Sowjet der UdSSR
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts (Band, Jahr, Seite)
AWD	Außenwirtschaftsdiensts (Jahr, Seite)
AZEK	Allrussisches Zentrales Exekutivkomitee
BAG	Bundesarbeitsgericht (mit Ziffern: amtliche Sammlung, Band, Seite)
BAnz.	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Jahr, Seite)
BB	Der Betriebsberater (Jahr, Seite)
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Jahr, Teil, Seite)
BGH (Z)	Bundesgerichtshof (Entscheidungen in Zivilsachen, Band, Seite)
BR	Bundesrat
BT	Bundestag
BT-Prot.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVerfG (E)	Bundesverfassungsgericht (Entscheidungen, Band, Seite)
BY	The British Year Book of International Law
bzw.	beziehungsweise
Cl.	Clause
Col.L.R.	Columbia Law Review (Band, Seite, Jahr)
DA	Der Außenhandel (Jahr, Seite)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Jahr, Seite)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt (Jahr, Seite)

EGBG	Einführungsgesetz zum BGB
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ES	Erlaßsammlung (der UdSSR bzw. der RSFSR)
f (f)	folgend (e)
Fn.	Fußnote
FW	Friedenswarte (Jahr,Seite)
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GKES	Staatliches Komitee für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland beim Ministerrat der UdSSR
COSPLAN	Oberste sowjetische Planungsbehörde
GPU	Staatliche Politische Verwaltung der UdSSR (bis 1933, heute: Komitee für Staatssicherheit)
GrZR	Grundlagen des sowjetischen Zivilrechts vom 8.12.1961
GS	Gesetzessammlung der UdSSR bzw. der RSFSR
HLR	Harvard Law Review (Volume,Heft,Jahr,Seite)
h.M.	herrschende Meinung
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
IGH	Internationaler Gerichtshof
IPR	Internationales Privatrecht
JBl.	Juristische Blätter (Band,Jahr,Seite)
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht (Band,Jahr,Seite)
JÖR	Jahrbuch für Öffentliches Recht (Band,Jahr,Seite)
JW	Juristische Wochenschrift (Jahr,Seite)
JZ	Juristenzeitung (Jahr,Seite)
KG	Kammergericht
LM	Lindenmaier-Möhring Nachschlagewerk des BGH
l.Sp.	linke Spalte
MdB	Mitglied des Bundestages
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Jahr,Seite)
MICH.L.R.	Michigan Law Review (Band,Seite,Jahr)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NEP	Neue Ökonomische Politik (in der UdSSR in den Zwanziger Jahren)
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Jahr,Seite)
NKVT	Volkskommissariat für Außenhandel in der UdSSR
OER	Ost-Europa-Recht (Heft,Jahr,Seite)
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung (Jahr,Seite)
OstRZ	Ostrecht Zeitschrift (Jahr,Seite)
ÖZöR	Österreichische Zeitschrift für Öffentliches Recht (Band,Jahr,Seite)

PMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen (Jahr,Seite)
Proceedings	Proceedings of the American Society of International Law (Jahr,Seite)
RFH	Reichsfinanzhof
RG (Z)	Reichsgericht (Entscheidungen in Zivilsachen, Band,Seite)
RGB1.	Reichsgesetzblatt (Jahr,Teil,Seite)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West (Jahr,Seite)
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
r.Sp.	rechte Spalte
RVK	Rat der Volkskommissare
S.	Seite
Ser.	Serie
Sess.	Session
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung (bis 1950; Jahr,Seite)
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt,e
Sp.	Spalte
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Strupp- Schlochauer	Wörterbuch des Völkerrechts, S. Bd. (1960-1962)
u.	und
u.a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
Verw.Arch.	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
WuR	Wirtschaft und Recht (Jahr,Seite)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Band,Jahr,Seite)
z.B.	zum Beispiel
ZfvglRW	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (Jahr,Seite)
ZGB RSFSR	Zivilgesetzbuch der RSFSR
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR

Literaturverzeichnis

(Unterstreichungen ergeben die Zitierweise, soweit diese nicht ausdrücklich vermerkt ist.)

- ALCHIMOW, C. Außenhandelsmonopol und Kreditbeziehungen der UdSSR, in: AH.Heft 5, 1970, S. 2 - 8
- AMONN, Kurt Die weltwirtschaftliche Verflechtung der Sowjetunion bis zum Beginn des 2. Weltkrieges, Berlin 1952
- ANSCHÜTZ, Gerhard Die Verfassung des Deutschen Reichs, Kommentar, Nachdruck der 14. Aufl. von 1933, Bad Homburg 1960
- AUTORENKOLLEKTIV Der sozialistische Außenhandel und der Nutzeffekt der Außenhandelsgeschäfte, Ostberlin 1962
- BANK, Helmut Deutsche Übersetzung des ZGB RSFSR n.F., Berlin 1965
- BERG, Michael von -Probleme des Ost-West-Handels, Berlin 1963
-Ökonomische und politische Aspekte des Ost-West-Handels, Berlin 1968
-Strategische Bedeutung des Ost-West-Handels, Leyden 1966
- BERNHARDT, Rudolf -Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge im Bundesstaat, Köln-Berlin 1957
-Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge, Köln-Berlin 1963
- BERBER, Friedrich Lehrbuch des Völkerrechts, I. Bd., Allgemeines Friedensrecht, München-Berlin 1960
- BILINSKY, Andreas Das sowjetische Wirtschaftssystem, Tübingen-Basel 1968
- BLECKMANN, Albert Begriff und Kriterien der innerstaatlichen Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge, Berlin 1970
- BLUMENWITZ, Dieter Der Schutz innerstaatlicher Rechtsgemeinschaften beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge, München 1972
- BOEHMER, Gerhard Der völkerrechtliche Vertrag im deutschen Recht. Köln-Berlin 1965
- BOSCH, Ulrich Meistbegünstigung und Staatshandel, Berlin 1971
- BUCK, Hansjörg Technik der Wirtschaftslenkung in den kommunistischen Staaten, Bd. I u. II, Coburg 1969
- LÜTOW, Carl Hans Das gegenwärtige innerstaatlich geregelte Außenhandelsrecht der UdSSR unter Berücksichtigung der zwischenstaatlichen Verträge, Bd. I u. II, Göttingen 1956
- CLEINOW, Georg Das deutsch-sowjetische Vertragswerk von 1925, Berlin 1926
- DAHM, Georg Völkerrecht, Bd. I-III, Stuttgart 1958 - 1961
- DOEHRING, Karl Die allgemeinen Regeln des völkerrechtlichen Fremdenrechts und das deutsche Verfassungsrecht Köln-Berlin 1963

- DÖLLE, Hans Internationales Privatrecht, Karlsruhe 1968
- DROBNIG, Ulrich Die Anwendung des Devisenrechts der Sowjetzone durch westdeutsche Gerichte, in: NJW 1960, 1088 ff
- ECHTERHÖLTER, R. Die Europäische Menschenrechtskonvention im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, in: JZ 1955, 689 ff
- ERADES, L. Le problème des dispositions directement applicables (self-executing) des traités internationaux et son application aux traités instituant une communauté européenne; Revue Hellenique de Droit International, 1964, 221 ff
- ERMACORA, Felix Die Menschenrechte und der Formalismus, JBl. Bd. 84 (1962) 118 ff
- ERMAN, Walter Handkommentar zum BGB, 2 Bände, 5. Aufl., Münster 1972; zit.: ERMAN- (Bearbeiter)
- EVANS, A.E. -Some Aspects of the Problem of Self-Executing Treaties, Proceedings, 1951 S. 66 ff
- Self-Executing Treaties in the United States of America, BY 1953, S. 178 ff
- FLUME, Werner Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Bd. II, Das Rechtsgeschäft, Berlin-Heidelberg-New York 1965
- FRANKENSTEIN, Ernst Internationales Privatrecht, Bd. I, Berlin 1926
- FREUND, Hanskarl Einige Bemerkungen zu unmittelbar anwendbaren Verträgen, ÖZÖR Bd. 20 (1970) S. 105 ff
- FREYMUTH, K.-D. -Die historische Entwicklung der Organisationsformen des sowjetischen Außenhandels (1917 - 1961), Berlin 1963
- Ursprung und Grundlagen der sowjetischen Außenhandelsorganisation (1917-1921), Berlin 1967
- GEILKE, Georg Einführung in das Sowjetrecht, Darmstadt 1966
- GENKIN, D.M. Der Außenhandel und seine rechtliche Regelung in der UdSSR, Ostberlin 1963
- GIESE, F.-SCHUNCK, E. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 6. Aufl., 1962
- GOULD, W.-ERADES, L. The Relation between International Law and Municipal Law in the Netherlands and in the United States, Leyden 1961
- GRABITZ, Eberhard Gemeinschaftsrecht bricht nationales Recht, Hamburg 1966
- GROSSART, Hansgeorg Das deutsch-sowjetische Handels- und Schifffahrtsabkommen, in: JZ 1959, 233 ff
- GRZYBOWSKI, K. Soviet Public International Law, Leyden 1970
- GUGGENHEIM, Paul -Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. I, Basel 1948
- Völkerrechtliche Schranken im Landesrecht, Karlsruhe 1955

- HAMANN, A.-LENZ, H. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Kommentar, 3. Aufl., Neuwied-Berlin 1970
- HERMES, Theodor Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, Theorie und Praxis, Hamburg 1958
- HERZOG, Roman Die Rechtsprechung des BGH zu Art. 5 der EMRK, in: JZ 1966, 657 ff
- HESSE, K. Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe 1972
- HORSTER, Hans Die sowjetische Wirtschaft als Mittel der Politik, Bonn 1967
- JAHREISS, Hermann Größe und Not der Gesetzgebung, Bremen 1953
- KEGEL, Gerhard Internationales Privatrecht, 3. Aufl., München 1971
- KIESEWETTER, Bruno Der Ostblock, Berlin 1960
- KLINKMÜLLER, Erich Organisation und Planung der Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 484 ff
- KLINKMÜLLER, Erich u. RUBAN, M.E. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, Berlin 1960
- KNORRE, . von Der Ausbau des Außenhandelsmonopols, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 461 ff
- KRAUS, Herbert Der deutsche Richter und das Völkerrecht, in: Festschrift für LAUN 1953, S. 223 ff
- LARENZ, Karl -Allgemeiner Teil des deutschen Bürgerlichen Rechts, München 1972
-Lehrbuch des Schuldrechts, Bd. I, Allgemeiner Teil, München-Berlin 1963
- LEHMANN, H.-RÜENER, H. Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 15. Aufl., Berlin 1966
- LEIBHOLZ, G.-RINCK, H. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 4. Aufl., Köln 1971
- LEWALD, Hans Das Deutsche Internationale Privatrecht auf Grundlage der Rechtsprechung, Leipzig 1931
- LEWIN, D.B. Grundprobleme des modernen Völkerrechts, in: Drei sowjetische Beiträge zur Völkerrechtslehre, Hamburg 1969, S. 61 ff
- LEWIN, D.B. - KALJUSHNAJA, G.P. Völkerrecht, Ostberlin 1967
- LANGE-PROLLIUS, H. Ostwesthandel für die 70er Jahre, Bad Harzburg 1971
- LINGELSHEIM-SEIBICKE, W.E. von Einleitung zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 25.4.1958, s. ROGGMANN
- LOEBER, Dietrich A. Urheberrecht der Sowjetunion, Frankfurt-Berlin 1966
- LUNZ, L.A. Internationales Privatrecht, Lehrbuch, Allgemeine Teil, Ostberlin 1961

- MAKAROV, A.N. -Grundriß des internationalen Privatrechts, Frankfurt 1970
-Quellen des IPR, Bd. II, Texte der Staatsverträge, Berlin-Tübingen 1960
- MANGOLDT, H. von - Das Bonner Grundgesetz, Kommentar 2. Aufl. von Friedrich KLEIN, Berlin-Frankfurt 1964
KLEIN, F.
- MANN, Frederic A. Anm. zur BGH-Entscheidung vom 22.6.1972 (BGH NJW 1972, 1575 ff) NJW 1972, 2179
- MAUNZ, Theodor Deutsches Staatsrecht, 18. Aufl., München-Berlin 1971
- MAUNZ, Th. - DÜRIG, G. - Kommentar zum Grundgesetz, München-Berlin 1971
HERZOG, R.
- MAURACH, Reinhart Handbuch der Sowjetverfassung, München 1955
- MEDER, Walter -Das Sowjetrecht, Frankfurt 1971
-Das sowjetische Wirtschaftssystem, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln 1965 S. 290 ff
- MELCHIOR, George Die Grundlagen des deutschen Internationalen Privatrechts, Berlin-Leipzig 1932
- MENZEL, Eberhard Völkerrecht, München-Berlin 1962
- MERKBLÄTTER für den Außenhandel Sowjetunion, Köln 1958
- MEYER-LINDENBERG, H. Völkerrecht, 2. Aufl. Stuttgart-Düsseldorf 1969
- MOSLER, Hermann Das Völkerrecht in der Praxis deutscher Gerichte, Karlsruhe 1957
- MÜLLER-GINDULLIS, D. Das Internationale Privatrecht in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, Berlin-New York-Tübingen 1971
- MÜNCH, Ingo von Völkerrecht, Berlin-New York 1971
- NEUHAUS, Paul H. Die Grundbegriffe des Internationalen Privatrechts, Berlin-Tübingen 1962
- NUSSBAUM, Arthur Deutsches Internationales Privatrecht, Tübingen 1932
- OERTMANN, Paul Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, BGB AT 3. Aufl., Berlin 1927
- OPHÜLS, C.F. Das Problem der unmittelbaren innerstaatlichen Anwendbarkeit (self-executing) von Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge und seine Anwendung auf die Gemeinschaftsverträge, Hamburg 1963
- OPPENHEIM, L. - Internationale Law, Bd. I, 8. Aufl., 1955
LAUTERPACHT, H.
- PALANDT Kommentar zum BGB, 32. Aufl., München-Berlin 1973, zit.: PALANDT- (Bearbeiter)
- PARTSCH, Karl-Josef Die Anwendung des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht. Überprüfung der Transformationslehre, Karlsruhe 1964
- PATOLITSCHEW, N. Außenhandel der UdSSR: Gestern-heute-morgen. Moskau 1972

- PERETERSKI, I.S. - KRYLOW, S.B. Lehrbuch des IPR, Ostberlin 1962
- PFEIFER, Helfried Die parlamentarische Genehmigung von Staatsverträgen in Österreich, ÖZÖR Bd.12(1962) 1 ff
- PFUHL, Eberhard Rechtsformen des sowjetischen Außenhandels, Berlin 1954
- PIGORSCH, Wolfgang Die Einordnung völkerrechtlicher Normen in das Recht der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1959
- PISAR, Samuel -Supergeschäft Ost-West, Hamburg 1970
-Soviet conflict of Laws in international commercial transactions, HLR Vol.70,4; 1957,593
-The communist system of foreign-trade adjudication, HLR Vol. 72,8; 1959, 1409 ff
- POMMER, H.-J. Politik und Wirtschaft im Sowjetblock, Mainz 1966
- PRASCH, Gerhard Die unmittelbare Wirkung des EWG-Vertrages auf die Wirtschaftsunternehmen, Baden-Baden 1967
- RAAPE, Leo Internationales Privatrecht, 5.Aufl., Berlin-Frankfurt 1961
- RAISER, Ludwig Vertragsfreiheit heute, in: JZ 1958, 1 ff
- RATHFELDER, Wera Deutsche Übersetzung der Grundlagen des sowjetischen Zivilrechts vom 8.12.1961, Berlin 1962
- RAUPACH, Hans -Wirtschaft und Politik in Osteuropa, Berlin 1968
-System der Sowjetwirtschaft, Hamburg 1968
-Geschichte der Sowjetwirtschaft, Hamburg 1964
-Das Planungssystem, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 140 ff
- REITHMANN, Chr. Internationales Vertragsrecht, 2.Aufl., Köln 1971
- ROGGEMANN, Herwig Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten, Bd.II, Sowjetunion, Berlin 1971/72
- RUDOLF, Walter Völkerrecht und deutsches Recht, Tübingen 1967
- RUSSOTTO, Jean L' application des traités self-executing en droit américain, Montreux 1969
- SAILER, Peter W.D. Einige Grundfragen zum Einfluss zwingender Normen, insbesondere der Wirtschaftsgesetzgebung auf die inhaltliche Gültigkeit internationalprivatrechtlicher Verträge, München 1969
- SCHMIDT-BLEIETREU, B. -KLEIN, Franz Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2.Aufl., Neuwied-Berlin 1970
- SCHURSCHALOW, W.M. Die Staatsorgane für die Wahrnehmung der auswärtigen Beziehungen, in: Völkerrecht, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Hamburg 1960
- SCHWEISFURTH, Th. Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie, Köln 1968
- SCHÜLLER, Alfred Osthandelspolitik als Problem der Wettbewerbspolitik, Frankfurt 1973
- SCHULZ, J. Das öffentliche Recht im IPR, Frankfurt 1972

- SCHÜTTE, Martin "Incoterms 1953" und andere Klauseln im sowjetischen Außenhandelsrecht, Tübingen-Basel 1970
- SEIDL-HOHENVELDERN, I. Völkerrecht, 2. Aufl., Köln-Berlin-Bonn-München 1969
- SOERGEL-SIEBERT Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, Kommentar 10. Aufl., Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1970, zit.: SOERGEL- (Bearbeit)
- STAUDINGER Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 11. Aufl., Berlin 1957, zit.: STAUDINGER- (Bearbeiter)
- STAUFFENBERG, B.S. von Die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretung, Berlin-Leipzig 1930
- STEINDORFF, Ernst Sachnormen im IPR, Frankfurt 1958
- STREBEL, Helmut Das Völkerrecht als Gegenstand von Verweisungen und Begriffsübernahmen, von Kollisionsregeln und Rezeption im nationalen Recht, in: ZaöRV Bd. 28 (1968) 503 ff
- THALHEIM, K.-C. Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962
- TRISKA, J.F. - SLUSSER, R.M. The Theory, law and policy of Soviet treaties, Stanford 1962
- TUHR, Andreas von Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts, II. Bd., 2. Hälfte, München-Leipzig 1918
- VASAK, Karel Was bedeutet die Aussage, ein Staatsvertrag sei "self-executing" ? in: JBl. Bd. 83 (1961) 621 ff
- VERDROSS, Alfred Völkerrecht, 5. Aufl., Wien 1964
- VISSCHER, Paul de Les tendances internationales des constitutions modernes, in: Académie de Droit International, Recueil de Cours, Bd. 80, 1952 I S. 511 ff, Paris 1953
- WENGLER, Wilhelm Völkerrecht, I. Bd., Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1964
- WINKLER, Gustav Zur Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit von Staatsverträgen, in: JBl. Bd. 83 (1961) 8 ff
- WOLFF, Martin Das internationale Privatrecht Deutschlands, 3. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1954
- ZEILLEISSEN, Chr. Die unmittelbare Anwendung von Staatsverträgen in Österreich, in: ÖZÖR Bd. 21 (1971) 317 ff
- ZÜLCH, W. - PUSYLEWITSCH, Th. Deutsche Übersetzung des Gesetzes über die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Staatsverbrechen vom 25.12.1958, Berlin 1959 S. 31 ff
- ZÜLCH, W. - PUSYLEWITSCH, Th. - ARNOLD, H.-J. Deutsche Übersetzung des Strafgesetzbuches der RSFSR vom 27.10.1960, Berlin 1961, S. 7 ff

A N L A G E

Staatliche Außenhandelsvereinigungen der UdSSR

(Stand: Juni 1973)

Die Anlage enthält

- 1.) Stellen für allgemeine Auskünfte über deutsch-sowjetischen Außenhandel
- 2.) die Außenhandelsvereinigungen ¹⁾
- 3.) die Außenhandelsvereinigungen für Dienstleistungen.

-
- 1) In der Anlage sind nicht enthalten die Außenhandelsvereinigungen, die für Handelsaustausch mit bundes-deutschen Firmen nicht in Fragen kommen; so
1. Vostokintorg, die Export- und Importgeschäfte nur mit der Mongolischen Volksrepublik, Afghanistan, Iran, der Türkei, der Volksrepublik Jemen und der Arabischen Republik Jemen abwickelt;
 2. Dalintorg, zuständig nur für Import- und Exportgeschäfte im Kobotagehandel zwischen den Fernost-Gebieten der UdSSR und Japan;
 3. Lenfintorg; sie tätigt Geschäfte über den Export und Import von Verbrauchsartikeln mit Finnland.



MITTEILUNGEN

DER BUNDESSTELLE FÜR AUSSENHANDELSINFORMATION

Beilage zu den NfA

Juni 1973

23. Jahrgang Nr. 126

Staatliche Außenhandelsvereinigungen der UdSSR

Neufassung 1973

Diese Fassung ersetzt die Mitteilungen Nr. 130 aus dem Jahre 1971.

Über laufende Änderungen wird in den „Nachrichten für Außenhandel“ bzw. im „Außenhandelsdienst“ berichtet werden.

1.) Stellen für allgemeine Auskünfte

Handels- und Industriekammer der UdSSR
(Torgowo-promyschlennaja palata SSSR)
Moskau K-3, ul. Kuibyschewa 6
Telegrammanschrift: Torgopolata Moskau
Telefon: 2210811, 2234323
Fernschreiber: 7126

Handelsvertretung der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland
5 Köln 41, Aachener Str. 240-244
Telegrammanschrift: Wneschtorg Köln
Telefon: 421644
Fernschreiber: 08 881 698

Außenhandelsministerium der UdSSR
(Ministerstwo wneschnej torgowli SSSR)
Moskau G-200, Smolenskaja-Sennaja pl. 32/34
Telegrammanschrift: Minwneschtorg Moskau
Telefon: 2441947
Fernschreiber: —

Handelsförderungsstelle der Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland in Moskau
Moskau, ul. Bolschaja Grusinskaja 17
Telegrammanschrift: Diplogerma Moskau
Telefon: 2550013
Fernschreiber: 7411, 7412

2.) Außenhandelsvereinigungen

W/O ALMASJUWELIREXPORT

Postanschrift: W/O Almasjuwelirexport, Moskau G-19,
Prospekt Kalinin 29
Telegrammanschrift: Almasexport Moskau
Telefon: 2028190
Fernschreiber: 7125

Aus- und Einfuhr: Bernstein u. Bernsteinerzeugnisse, Schmuck aus natürlichem, vergütetem u. gepreßtem Bernstein unter Verwendung von Gold u. Silber, Juwelierzeugnisse aus Gold und Silber mit eingefaßten Edel- oder Halbedelsteinen, Halbedelsteine, Edelsteine, Brillanten u. Diamanten, Edelmetalle in Barren u. Pulverform, Quarz, Silberlot, Industriezeugnisse aus Edelmetallen und deren Legierungen.

W/O AWIAEXPORT

Postanschrift: W/O Awiaexport, Moskau, G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Awiaexport Moskau
Telefon: 2442686
Fernschreiber: 7257

Aus- und Einfuhr: Flugzeuge, Hubschrauber, Flugzeugmotoren, Flugzeugaggregate, Fluginstrumente, elektrische Flugzeug-

ausrüstungen, Funknavigationsgeräte, Kontroll- und Prüfinstrumente sowie Flugzeugsatzteile; Bodenausrüstungen für den Betrieb und die Wartung von Flugzeugen und Hubschraubern. Organisiert die Durchführung von Generalüberholungen und laufenden Kontrollarbeiten, gewährleistet die Wartung der Flugtechnik sowie die Ausbildung und Umschulung ausländischer Fachkräfte in den Lehranstalten der staatlichen Luftfahrt der UdSSR.

W/O AWTOEXPORT

Postanschrift: W/O Awtoexport, Moskau G-19,
ul. Wölchonskaja 14
Telegrammanschrift: Awtoexport Moskau
Telefon: 2028535
Fernschreiber: 7135

Aus- und Einfuhr: Personen- und Lastkraftwagen, Automobile, Selbstkipper, Schlepper, Motorräder und -roller, Mopeds, Fahrräder, Ersatzteile, Garagenausrüstungen, Reparaturwerkstatteinrichtungen.

W/O AWTOPROMIMPORT

Postanschrift: W/O Awtopromimport, Moskau Sh-17,
Pjatnizkaja ul. 50/2
Telegrammanschrift: Awtopromimport Moskau
Telefon: 2318126
Fernschreiber: 7264

Einfuhr: Komplette Ausrüstungen für die Autoindustrie, insbesondere auch Gießereien, Härtereien, Schmieden und Pressereien, mechanische Abteilungen, Lackierereien, Galvanisierungs- und Karosserieabteilungen, Montagegeschlosserien, automatische Taktstraßen, Schweiß- und Laboreinrichtungen, Prüfeinrichtungen, innerbetriebliche Transportanlagen sowie andere Einrichtungen für neue oder zu modernisierende Kfz-Werke und verwandte Werke.

W/O ELEKTRONORGTECHNIKA

Postanschrift: W/O Elektronorgtechnika, Moskau,
ul. Fadejewa 2
Telegrammanschrift: Elektronorgtechnika Moskau
Telefon: 2513946
Fernschreiber: 7586

Aus- und Einfuhr: Elektronische Digitalrechenautomaten und Analogrechenmaschinen für allgemeine Zwecke, dazugehörige Außenvorrichtungen, Vorrichtungen für die Informationsmittlung und primäre Datenverarbeitung, darunter Tastenrechner und Lochkartenmaschinen; Radioröhren, Halbleitergeräte, integrierte Schaltungen, Ultraschallfrequenzgeräte, Gasentladungsröhren, Aufnahme- und oszillografische Röhren, Photozellen, Erzeugnisse aus Ferromaterialien, Widerstandsvorrichtungen und Kondensatoren.

Technische Unterstützung bei Montagearbeiten und bei Inbetriebnahme gelieferter Anlagen, laufende Serviceleistungen; Ausbildung ausländischer Fachleute.

W/O ENERGOMASCHEXPORT

Postanschrift: W/O Energomaschexport, Moskau W-330,
Mosfilimowskaja ul. 35
Telegrammanschrift: Energomaschexport Moskau
Telefon: 1472177
Fernschreiber: 7255

Ausfuhr: Ausrüstungen für Wärme- und Wasserkraftwerke, Diesel- und Dieseldynamos, Dizelelektrizitätswerke, Elektromotoren, Hochspannungs- und Niederspannungsleitungen, Elektro- und Gasschweißanlagen, rollendes Eisenbahnmateriel und elektrische Stadtverkehrsmittel, Ersatzteile für alle gelieferten Anlagen und Ausrüstungen, Elektroenergie.

Leistet Hilfe bei der Montage und Inbetriebnahme, bei der Organisation und Durchführung der Wartung der gelieferten Ausrüstungen und bei der Ausbildung ausländischer Fachleute.

W/O EXPORTCHLEB

Postanschrift: W/O Exportchleb, Moskau G-200
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Exportchleb Moskau
Telefon: 2444701
Fernschreiber: 7145, 7147

Aus- und Einfuhr: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis, Hülsenfruchte, Mehl, Getreide, Ölsamen, Ölkuchen, Schrot u. sonstiges Tierfutter, Samen, Saat- und Pflanzgut.

W/O EXPORTLES

Postanschrift: W/O Exportles, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Exportles Moskau
Telefon: 2416044
Fernschreiber: 7229

Aus- und Einfuhr: Schnittholz, einschließlich Balken aus Nadelhölzern, Grubenholz, Papierholz, Eisenbahnschwellen, Furnierholz, Holzfasern und Holzspanpreßplatten, Zellstoff, Papier, technisches Papier und Pappe, Viskosezellstoff, andere Zellstoff- und Papiererzeugnisse, Holzwaren, Möbel.

W/O EXPORTLJON

Postanschrift: W/O Exportljon, Moskau W-420,
ul. Architektora Wasowa 33
Telegrammanschrift: Exportljon Moskau
Telefon: 1280786
Fernschreiber: 7203, 7204, 7205

Ausfuhr: Baumwolle, Linters, Flachs, Flachsweb, Hanf und Hanfweb, Wolle, Viskose- und Azetatgarne, Baumwoll-, Lein-, Woll-, Seide- und Stapelstoffe, Baumwollnähgarn, Naturside, Baumwoll-, Lein-, Hanf- sowie Chemiefaserabfälle.

Einfuhr: Baumwolle, Schafwolle, Wollgarne, Jute und Juteerzeugnisse, Sisal, synthetische Fasern, verschiedene Stoffe, Kord, Viskose- und Azetatgarne.

W/O MASCHINOEXPORT

Postanschrift: W/O Maschinoexport, Moskau W-330,
Mosfilimowskaja ul. 35
Telegrammanschrift: Maschinoexport, Moskau
Telefon: 1471542
Fernschreiber: 7207

Ausfuhr: Ausrüstungen für Erdöl- und Naturgasbohrungen, für geologische Schürfabarbeiten; Behälter für Erdöl, Erdölprodukte, verflüssigte Gase mit dazugehörigen Ausrüstungen; Krane mit Luftbereifung, Auto-, Raupen-, Eisenbahn-, Brücken-, Kabel-, Portal-, Bock-, Turm-, Rohrleger- und Konsolkranen, Fahrstühle, Rolltreppen; Hand- und Elektrofischzüge; Handwinden, Elektrohobwinden; Seilbahnen; Fließ- und Bandförderer, Elevatoren; Löffel-, Mehrgefäße-, Schaufelrad- und Schreitbagger, Bagger für Bewässerungs- und Entwässerungsarbeiten; Ausrüstungen für die Torfgewinnung; Anlagen zur Herstellung von Beton, Stahlbetonfertigteilen; Zement und Asbestzement; Gabelstapler; Ausrüstungen für das Bauwesen; Brech- und Mahlanlagen; Kohlenschrämlader für Gewinnung und Vortrieb; Aggregate und mechanisierte Anlagen für die Kohlegewinnung; komplette Ausrüstungen und Druckluftlader für den Schachtbau; Lademaschinen für Kohle und Gestein; Bergwerks Durchbruch- und Bohrmaschinen, Schachtbohranlagen, Schachtfördereinrichtungen, Fließförderer, Winden, Fördermaschinen, Grubenwagen; mechanisierte versetzbare Zimmerung; Schachtmetallzimmerung; Perforatoren, Abbauhämmer, Elektrobohrer; komplette Bergbaulanlagen für mechanisiertes Abteufen von U-Bahn- und Sammelstächten; Aufbereitungsanlagen; Hüttenausrüstungen; Hochofenanlagen, Stahlschmelzeinrichtungen, Walzwerke, Adjusteergeäten, Ziehvorrichtungen, Gießereianlagen. Service-Leistungen für alle gelieferten Ausrüstungen, Ausbildung technischen Personals.

W/O MASCHINOIMPORT

Postanschrift: W/O Maschinoimport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Maschinoimport Moskau
Telefon: 2443309
Fernschreiber: 7231

Einfuhr: Elektrotechnische Einrichtungen, Kraftanlagen, Bergbau- und Bohrausrüstungen, Pumpen und Kompressoren, Hebe- und Förderanlagen, Ausrüstungen für die Erdölverarbeitung, Gasschweißgeräte und Industriearmaturen, Erzaufbereitungsanlagen, rollendes Eisenbahnmateriel.

W/O MASCHPRIBORINTORG

Postanschrift: W/O Maschpriborintorg, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Maschpriborintorg Moskau
Telefon: 2442775
Fernschreiber: 7235, 7236

Aus- und Einfuhr: Ausrüstungen der Draht- und Funknachrichtentechnik, Elektro- und Hochfrequenzmeßgeräte, Prüf- und Meßgeräte und Automatisierungsmittel, Maschinen und Geräte für die Werkstoffprüfung, meteorologische, aerologische, ozeanologische und hydrologische Geräte und Ausrüstungen, Foto- und Kinoapparate, Rundfunk- und Fernsehgeräte, optische und mechanische Geräte, Uhren.

W/O MEDEXPORT

Postanschrift: W/O Medexport, Moskau M-461,
ul. Kachowka 31
Telegrammanschrift: Medexport Moskau
Telefon: 1210154
Fernschreiber: 7247

Ausfuhr: Medizinische Präparate (Antibiotika, Vitamine, Sulfonamide u.a.), pharmazeutische Rohstoffe für die Arzneimittelherstellung; medizinische Ausrüstungen, chirurgische Nähapparate, ärztliche Instrumente, Spezialartikel der tibetanischen Heilkunde; Vakzine und Seren.

W/O METALLURGIMPORT

Postanschrift: W/O Metallurgimport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Metallurgimport Moskau
Telefon: 2418275, 2441714
Fernschreiber: 7588

Einfuhr: Bergwerks- und Aufbereitungsanlagen: im einzelnen Vortriebs- und Abbauanlagen, Ausrüstungen für den Schachtausbau, Förder- und Verlademaschinen, Transportfließbänder, Schaufelrad- und Mehrgefäßbagger, Zerkleinerungs- und Mahlmächinen, Anlagen für die Brikkettierung von Kohle und Torf, andere Aufbereitungsanlagen;

Hütten- und Gießereiausrüstungen: im einzelnen Ausrüstungen zur Agglomeration von Erzen, Ausrüstungen für die Kokschemie und Hochöfen, Stahlschmelzöfen, Ausrüstungen für die NE-Metallindustrie;

Walzwerksausrüstungen: Blockwalzwerke, Brammenwalzwerke, Blechwalz- und Formstahlwalzwerke, Stachwalzwerke, Radscheibenwalzwerke, Rohrwalzwerke u.a.

Ausrüstungen zum Ziehen und zur Fertigbearbeitung in Walzwerken: Ziehbanken, Spitzungsvorrichtungen, Fließstraßen zum Kalibrieren, Richten, Schneiden, Schleifen und Polieren von Stangen, Blechtafeln und Bandmaterial, Taktstraßen zum Verpacken;

Hebe- und Förderanlagen für Hüttenwerke: Hüttenkräne, Verladestellen für Erz und Kohle sowie andere Hubförderer und Transportmaschinen;

Anlagen für Gewinnung und Vorbehandlung sowie Anreicherung von Eisen- und NE-Metallerzen, Grubenabschlußanlagen, Kokereien, Torfbrikkettierungswerke.

W/O MESHDUNARODNAJA KNIGA

Postanschrift: W/O Meshdunarodnaja Kniga, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammschrift: Meshdunarodnaja Kniga Moskau
Telefon: 2441022
Fernschreiber: 7160

Ausfuhr: Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Musikliteratur und Noten, Ansichtskarten, Reproduktionen, Alben, Schallplatten, Briefmarken, Diafilme u. Diapositive, geographische Karten.

Einfuhr: Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schallplatten, Briefmarken.

Tätigt auch Abschlüsse über die Herausgabe von sowjetischen Büchern und musikalischen Werken im Ausland.

Vertritt die Interessen sowjetischer Schriftsteller und Komponisten als Urheber ihrer Werke gegenüber ausländischen Verlagen, Musikfirmen und Agenturen.

W/O NEFTECHIMPROMEXPORT

Postanschrift: W/O Neftechimpromexport, Moskau Sh-324,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammschrift: Neftechimpromexport Moskau
Telefon: 2201109
Fernschreiber: —

Ausfuhr: Leistet technischen Beistand beim Bau von kompletten Betrieben und Anlagen der Erdölgewinnenden, Erdölverarbeitenden, petrochemischen und chemischen Industrie sowie von Papierfabriken; im einzelnen Aufschluß von Erdöl- und Erdgasfeldern, Errichtung von Werken der Erdöl- und Erdgasverarbeitung, von Pumpstationen für Erdöl und Erdgas sowie Verlegung von Pipelines, Bau von Werken für Düngemittel- und Sodaherstellung, für die Erzeugung organischer Syntheseprodukte, synthetischem Kautschuk und Kraftfahrzeugreifen, Herstellung von Spezialanlagen für die chemische Industrie.

W/K NOWOEXPORT

Postanschrift: W/K Nowoexport, Moskau A-287,
Baschilowskaja ul. 19
Telegrammschrift: Nowoexport Moskau
Telefon: 2856690
Fernschreiber: 7254

Ausfuhr: Kunstgewerbeerzeugnisse aus Holz, Metall, Elfenbein u. Steinen, handgeknüpfte Teppiche, Antiquitäten; Halbedelsteine und imitierte Steine, synthetische Schmucksteine; Werke der sowjetischen Malerei, Grafik und Bildhauerkunst, künstlerische Gegenstände aus Porzellan, Steingut und Majolika; Angel- und Jagdbedarf; Materialien für die Modellierung; Perlmutt; Gebrauchsgegenstände aus Holz und andere Waren. Elch- und Rentiergeweihe, Knochen als Rohstoff zur Herstellung von Gelatine, Sämschleder, Hirschhaar, Lederabfälle und -reste, Torf.

Hilft ausländischen Firmen und Außenhandelsorganisationen bei der Herstellung von Kontakten mit den Allunionsvereinigungen zum Zwecke der Vertragsabschlüsse über Warenlieferungen in die UdSSR und den Kauf sowjetischer Waren.

W/O PRODINTORG

Postanschrift: W/O Prodintorg, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammschrift: Prodintorg Moskau
Telefon: 2442629
Fernschreiber: 7201

Ausfuhr: Kaviar, Fisch, Krabben- und Fischkonserven, Fleisch- und Fleischwaren, Geflügel, Wild, Eier und Eiprodukte, Milch und Molkereierwaren, Käse, Fette u. Öle tierischen u. pflanzlichen Ursprungs, Sonnenblumensamen, Zucker, Pferde, Schlacht- u. Zuchtvieh, Tiere für zoologische Gärten.

W/O PROMMASCHEXPORT

Postanschrift: W/O Prommaschexport, Moskau Sh-324,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammschrift: Prommaschexport Moskau
Telefon: 2201505, 2201600
Fernschreiber: —

Ausfuhr: Komplette Ausrüstungen und Anlagen sowie Bau von Betrieben folgender Herstellungszweige: Schwermaschinen, Schiffbau, Kraftwagen, Traktoren, Werkzeugmaschinen, Landmaschinen, elektrotechnische und radiotechnische Industrie sowie das Fernmeldewesen, Untersuchungen und Berechnungen für Projekte; Überwachung der Bauarbeiten, technische Hilfe bei der Montage und Inbetriebnahme der jeweiligen Objekte; betriebstechnische Ausbildung von Fachkräften.

W/O PROMMASCHIMPORT

Postanschrift: W/O Prommaschimport, Moskau G-200
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammschrift: Prommaschimport Moskau
Telefon: 2444357
Fernschreiber: 7261

Einfuhr: Komplette Ausrüstungen für Zellstoff- und Hydrolysefabriken, Papier- und Pappefabriken, für die Herstellung von Wellpappe und deren Verarbeitung zu Verpackungsmitteln, für die Verarbeitung von Papier in Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse, Ausrüstungen für Sägewerke und Möbelfabriken, für Betriebe zur Herstellung von Preßplatten aus Sägespänen und Holzfasern, von Sperrholz, Parkettstäben; Holzbearbeitungsmaschinen und andere technische Einrichtungen für die holzverarbeitende Industrie; komplette Ausrüstungen für Anlagen zum Beschichten von Papier und Werkstoffen.

W/O PROMSYRJOIMPORT

Postanschrift: W/O Promsyrjoimport, Moskau W-420,
Ar. Architektora Wasowa 33
Telegrammschrift: Promsyrjoimport Moskau
Telefon: 1280775
Fernschreiber: 7151, 7152

Aus- und Einfuhr: Gußeisen und Eisenlegierungen, Rohre, Stahlblöcke und -knüppel, Träger, Schwellen, Profilwalzgut, Formstahl, Qualitäts- und Edeltahl, nichtrostende, säurefeste und hitzebeständige sowie andere Sonderstähle, Fein- und Grobstahtbleche, Stahtflaschen für Gase, Schienen und sonstiges Eisenbahnmateriäl, Metallwaren (Schraubbolzen, Schrauben, Muttern, Nieten, Ketten, Nägel), Stahtlektroden, Stahtband und -draht, Stahtseile und Netze.

W/O RASNOEXPORT

Postanschrift: W/O Rasnoexport, Moskau B-140,
Werghe-Krasnoselskaja ul. 15
Telegrammschrift: Rasnoexport Moskau
Telefon: 2617522
Fernschreiber: 7161

Aus- und Einfuhr: Portlandzement, weißer Zement, Spezialzemente; Fensterglas, poliertes und gemustertes Glas; Marmor, Granitblöcke und -erzeugnisse, Gips und Gipssteine; Glimmer; Fermikulit, Perlit; Erzeugnisse aus Asbestzement; Dachpappe, Heizkörper, Verkleidungsplatten, Erzeugnisse für sanitäre Anlagen; Haushaltsküchränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Bohrerapparate, Bügelisen und andere elektrische Haushaltsgeräte; elektrische Rasierapparate, Rasierkliegen und Friseurbedarf; normale Leuchten und Speziallampen; Hoch- und Niederspannungsisolatoren, Werkstoffe für Elektroanlagen und Isolationseinrichtungen; Haushaltsmaschinen; Petroleumlampen, Samoware; Küchengeräte; Jagd- und Sportwaffen, Patronen; Jagdausrüstungen und Sportartikel; Geschir

aus Porzellan, Steingut, Aluminium, Emaille und Glas; Kristall; Musikinstrumente; Büroartikel, Rechenschieber, Reifzeug, Lehr- und Anschauungsmaterialien, Lehrspielzeuge; Konfektionswaren, Steppartikel und Dekorationsstoffe; Laden- und Wäschereinrichtungen; Feuerlöcher; Glasvollerzeugnisse, verschiedene Filmmaterialien und Kunststoffartikel; Leder- und Fertiglederwaren; Leder- und Gummischuhe; Rohtabak verschiedener Sorten und Tabakwaren; Streichholzer.

W/O RASNOIMPORT

Postanschrift: W/O Rasnoimport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Rasnoimport Moskau
Telefon: 2443761
Fernschreiber: 7153, 7154

Aus- und Einfuhr: NE-Metallerze und Konzentrate, NE-Metalle und Legierungen, NE-Walzgut; Metallfolien und -pulver, Kabel und Kabelarmaturen, Natur- und Kunstkautschuk, Reifen (für Kraftfahrzeuge und Fahrräder, für Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen), technische Gummiwaren (Förderbänder, Treibriemen, Schläuche), Korkbaumrinde und Erzeugnisse daraus, Linoleum, NE-Metallerze und Konzentrate, Gummiwaren, Bodenbeläge.

W/O SAPTSCHASTEXPORT

Postanschrift: W/O Sapschastexport, Moskau Sh-29,
ul. Wtoraja Skotoprogonnaja 35
Telegrammanschrift: Sapschastexport Moskau
Telefon: 2786305
Fernschreiber: 7243

Ausfuhr: Ersatzteile für Kraftwagen, Omnibusse, Motorräder, Fahrräder, Schlepper, Bagger, Straßenbau-, landwirtschaftliche und andere Maschinen.

W/O SELCHOSPROMEXPORT

Postanschrift: W/O Selchospromexport, Moskau Sh-324,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammanschrift: Selchospromexport Moskau
Telefon: 2201692
Fernschreiber: 7533

Einfuhr: technische Hilfe beim Bau von Bewässerungsanlagen, Getreidelevitatoren, -speichern, Mühlen, Futtermittelfabriken, von Betrieben zur Verarbeitung von Obst und Gemüse, Fleisch- und milchverarbeitenden Betrieben, Brot- und Teefabriken, Weinkelereien, Maschinenausleihstationen und reparaturwerkstätten, Tabakwarenfabriken, Tierzuchtfarmen, Schlachthöfen, Kühlhäusern, mechanisierten Wirtschaftsbetrieben für den Anbau von Getreide und technischen Kulturen (Baumwolle und Ölpflanzen), Versuchs- und Musterbetrieben für Ackerbau und Viehzucht.
Übernimmt Ausbildung von Fachkräften

W/O SKOTOIMPORT

Postanschrift: W/O Skotoimport, Moskau K-62,
ul. Makarenko 6
Telegrammanschrift: Skotoimport Moskau
Telefon: 2972232
Fernschreiber: —

Einfuhr: Schlachtvieh, Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine, Pferde, Fleisch von Haustieren und Wild.

W/O SOJUSCHIMEXPORT

Postanschrift: W/O Sojuschimexport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Sojuschimexport Moskau
Telefon: 2442284
Fernschreiber: 7295, 7296

Aus- und Einfuhr: Produkte der chemischen Grundstoffindustrie: Gase und Grundstoffe; Sorbente; Sodaprodukte; anorganische Säuren, Salze anorganischer Säuren; Produkte der organischen Synthese; Alkohole und Lösungsmittel, organische Säuren; Steinkohlenteerprodukte; Produkte der Holzchemie; synthetische Harze und Kunststoffe, Schädlingsbekämpfungsmittel; synthetische Farbstoffe und Hilfschemikalien für die Textilindustrie; industrielle und synthetische Waschmittel; Chemikalien für die Gummiindustrie; Lack- und Farbstoffe sowie anorganische Pigmente, chemische Reagenzien und Reinpräparate; Film- und Fotoartikel; Photochemi-

kalien; Chemikalien für die Herstellung von Farbfilmen; ätherische Öle und synthetische Duftstoffe; Parfümerieartikel, Seife, Erzeugnisse der Haushaltschemie, Glykole, Silikonöle, Zuschläge und Zusätze für Erdölprodukte.

WKWO SOJUSKOOPWNESCHTORG

Postanschrift: WKWO Sojuskoopwneschrtorg, Moskau K-3,
Bolschoj Tscherkasski per., 15
Telegrammanschrift: Sojuskoopwneschrtorg Moskau
Telefon: 2237930
Fernschreiber: 7127, 7128

Sojuskoopwneschrtorg ist eine genossenschaftliche Außenhandelsorganisation, die Außenhandelsgeschäfte mit ausländischen Konsumgenossenschaftlichen Organisationen und Firmen tätigt.

Ausfuhr: Honig, Mohn, Zeder-, Wal- und Haselnüsse; Trocken- und -obst, Obstkonserven, Konfitüre; Tomatenpaste; getrocknete, gesalzene und marinierte Pilze; Salz- und Gewürzkräuter; Zwiebel- und Knoblauch; getrocknete Heidelbeeren, Preiselbeeren im eigenen Saft, Moosbeeren, Sumpfbrombeeren, getrocknete Ebereschenbeeren; Kürbiskerne; Apfel- und Heidelbeermus; Kartoffeln und Kartoffelstärke; lebende Schnecken und Krebse; gefrorene und gesalzene Heringe, Fischkonserven; Sekt, Kognak, Wodka, Weine; Tee, Rohstoffe für die Arzneimittelerstellung; nichtstandardmäßige Rohhaute, Hörner und Hufe, Altpapier, Hadern; Aluminium- und Zinkgeschirr, Haushaltswaren; Kraftfahrzeugbenzin, Petroleum; Fotoapparate, Uhren, Rundfunkempfänger, Musiktruhen, elektrische Plattenspieler, Fernsehapparate, elektrische Haushaltsgeräte; Fahrräder, Motorräder; Steppwaren, Spitzen und andere Gebrauchswaren.

Einfuhr: Konfektion, Trikotagen; Schuhe, Strümpfe und Socken, Textilien; Möbel; Haushaltswaren und andere Gebrauchsgegenstände, Farben, Teppiche, Kurzwaren, Sportartikel, Gemüse- u. Obstkonserven, frische Äpfel

W/O SOJUSMEDTECHNIKA

Postanschrift: W/O Sojusmedtechnika, Moskau
Wtoroj Troitzkij pereulok 6a,
Telegrammanschrift: Sojusmedtechnika Moskau,
Telefon: 2819841, 2252519
Fernschreiber: —

Einfuhr: medizinische Instrumente, Geräte usw. für das Gesundheitsministerium.

W/O SOJUSNEFTEEXPORT

Postanschrift: W/O Sojusnefteexport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Sojusnefteexport Moskau
Telefon: 2444049, 2444048
Fernschreiber: 7148, 7149

Ausfuhr: Erdöl, Erdgas, Flüssiggas, Kraftfahrzeug- und Flugzeugbenzin, Leuchtpetroleum u. Traktorentreibstoffe, Dieselkraftstoff, Masut, Schmieröle, Petrolkoks, Paraffin, Ozokerit, Zeresin, Petroleum u.a.

Einfuhr: Erdölprodukte.

W/O SOJUSPLODIMPORT

Postanschrift: W/O Sojusplodimport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Sojusplodimport Moskau
Telefon: 2442258
Fernschreiber: 7262

Aus- und Einfuhr: Frische, getrocknete und tiefgekühlte Früchte und Beeren, frisches, getrocknetes und tiefgekühltes Obst und Gemüse, Obst- und Gemüsekonserven, Nüsse, Obst- und Beerennus und -säfte, Grundstoffe für Weine, Spirituosen, Weine, Kognak, Mineralwasser, alkoholfreie Getränke, Tee, Kaffee, Kakao- bohnen, Gewürze und Spezereien, Stärke, Süßwaren, Lebensmittelkonzentrate, Kindernahrungsmittel und andere schmackhafte Lebensmittel auf pflanzlicher Grundlage.

W/O SOJUSPROMEXPORT

Postanschrift: W/O Sojuspromexport, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Sojuspromexport Moskau
Telefon: 2441979
Fernschreiber: 7268

Aus- und Einfuhr: Kohle, Koks, Anthrazit, Mangan-, Chrom- und Eisenerze; Asbest und Asbesterzeugnisse, Mineraldünger; Graphit; Magnesit und Magnesitklinker; feuerfeste Erzeugnisse, Graphitiegel und -retorten für das Schmelzen von Metallen; Elektrokohlen; Natriumsulfat; Eisenkies; Schweißpulver, Schwefel, Pyrit und Pyritabbrände, Talkum, Schwespat, Edelmetalle u. andere Rohstoffe.

W/O SOJUSPUSCHNINA

Postanschrift: W/O Sojuspuschnina, Moskau K-12, ul. Kujbyschewa 6
Telegrammanschrift: Sojuspuschnina Moskau
Telefon: 2230923
Fernschreiber: 7150
und
Leningrad K-84
Moskowskij Prospekt 98
Telefon: 984636
Fernschreiber: 506

Aus- und Einfuhr: Rauchwaren, Felle (roh, bearbeitet, gefärbt), Borsten, Tierhaar, Bürstenwaren, Natur- und Kunstleder, Lederabfälle, pflanzliche Gerbstoffe, Daunen und Federn, Därme, Kasein, Knochenleim u. -öl.

Veranstaltung von Rauchwarenauktionen 3 x jährlich in Leningrad, Lieferungen ab Lager Moskau, Leipzig, London, Stockholm u. Paris.

W/O SOWEXPORTFILM

Postanschrift: W/O Sowexportfilm, Moskau K-9, Kalaschny per., 14
Telegrammanschrift: Sowexportfilm Moskau
Telefon: 2905009
Fernschreiber: 7143

Ausfuhr: Spiel-, Dokumentar-, Werbe-, Kultur- und Zeichenfilme.

Einfuhr: Spiel- und Kurzfilme für den Verleih in der Sowjetunion.

W/O STANKOIMPORT

Postanschrift: W/O Stankoimport, Moskau G-200, Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Stankoimport Moskau
Telefon: 2442132
Fernschreiber: 7227, 7228

Aus- und Einfuhr: Werkbänke und Werkzeugmaschinen, darunter Drehbänke, Revolverdrehmaschinen, Karusselldrehmaschinen, Achsendrehmaschinen, Radsatzdrehmaschinen, Walzendrehmaschinen, Drehautomaten und Drehhalbautomaten, Bohrmaschinen, Innendrehmaschinen, Schleifmaschinen, Langhohmaschinen, Poliermaschinen, Zahnradbearbeitungsmaschinen, Gewindeschneidmaschinen, Fräsmaschinen, Hobelmaschinen, Räummaschinen, Metallkreissägen, Elektro-Erosionsmaschinen, Ultraschallmaschinen, automatische Werkzeugmaschinen-Taktstraßen, Schmiede- und Presserei-ausrüstungen, Meßgeräte und -instrumente, Schneidwerkzeuge für die Metall- und Holzbearbeitung, Montagegeschlosserwerkzeuge, Spannfutter, Erzeugnisse aus Hartmetallen und Hartmetallegerierungen, Schleifmittel, Kugel- und Rollenlager. Holzbearbeitungsmaschinen werden von Stankoimport nur exportiert.

W/O SUDIIMPORT

Postanschrift: W/O Sudiimport, Moskau K-6, Kaljajevskaja ul. 5
Telegrammanschrift: Sudiimport Moskau
Telefon: 2510505
Fernschreiber: 7272

Ausfuhr: Trockenfrachter, Tanker, Kühlschiffe, Fischereifahrzeuge, Schlepper, Schwimmbagger, Saugbagger, Tragflächenboote, Motorboote, Schwimmdocks, Schiffsausrüstungen wie Schiffsdiesel, Schiffsturbinen, Schiffskessel, Pumpen, Kompressoren, verschiedene Decksrausrüstungen, elektrische Ausrüstungen, Radar- und Navigationsgeräte.

Einfuhr: See- und Binnenschiffe, Fischereifahrzeuge, Naßbagger, Saugbagger, technische Fahrzeuge aller Art; übernimmt Aufträge für Schiffssparaturen im Ausland.

W/O TECHMASCHEXPORT

Postanschrift: W/O Techmaschexport, Moskau W-300, Mosfilmowskaja ul. 35
Telegrammanschrift: Techmaschexport Moskau
Telefon: 1471562
Fernschreiber: 7256

Ausfuhr: Chemie-, Sauerstoff- und Kühlanlagen, Ausrüstungen für die Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie, Ausrüstungen für die polygraphische Industrie, die Zellulose- und Papierherstellung, die Glasherstellung, Pumpen- und Kompressoranlagen, Ausrüstungen für die elektronische und lichttechnische Industrie.

W/O TECHMASCHIMPORT

Postanschrift: W/O Techmachimport, Moskau G-200, Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Techmachimport Moskau
Telefon: 2441509, 2441141
Fernschreiber: 7194

Einfuhr: Ausrüstungen und Maschinen für die chemische und petrochemische Industrie, insbesondere für die Erzeugung von chemischen Grundstoffen, Chemiefasern und Kunststoffen, synthetischem Kautschuk, Gummi und Gummierzeugnissen, Farbstoffpigmenten, Lacken und Farben, Pflanzenschutzmitteln; Ausrüstungen für die Herstellung von Kunststoffserzeugnissen, Kühlanlageausrüstungen, Maschinen und Anlagen für Wäschereien und chemische Reinigungsbetriebe.

W/O TECHNOEXPORT

Postanschrift: W/O Technoexport, Moskau Sh-324, Owtshinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammanschrift: Technoexport Moskau
Telefon: 2201448, 2201670
Fernschreiber: —

Technische Hilfe bei der Projektierung, beim Bau und bei der Modernisierung von Autostraßen und Eisenbahnen, See- und Binnenhäfen, Flugplätzen, Baustoffbetrieben, Spinnereien, Webereien, Färbereien und Textilveredelungsfabriken, Wirkwaren- und Konfektionsunternehmen, Arzneimittelfabriken, Krankenhäusern, Hoch- und Fachschulen, Ausbildungszentren; ferner bei der Durchführung geologischer Schürfarbeiten nach Erdöl, Erz, Kohle, Erdgas und sonstigen Bodenschätzen.

W/O TECHNOPROMEXPORT

Postanschrift: W/O Technopromexport, Moskau Sh-324, Owtshinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammanschrift: Technopromexport Moskau
Telefon: 2201523
Fernschreiber: 7158

Leistet technische Hilfe beim Bau von Wärmekraft-, Wasserkraft- und Atomkraftwerken, Umspannwerken, elektrischen Fernleitungen, Atomreaktoren, außerdem bei Projektierungs- und Forschungsarbeiten.

W/O TECHNOPROMIMPORT

Postanschrift: W/O Technopromimport, Moskau G-200, Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Technopromimport Moskau
Telefon: 2442787
Fernschreiber: 7233

Einfuhr: Ausrüstungen für die Leichtindustrie, graphische Industrie, Kabel- und Glasherstellung, für Schlachthöfe und Molke-, Süßwarenfabriken, Tabakfabriken, Weinkellereien, für die elektronische und lichttechnische Industrie, Ausrüstungen für die Herstellung von Baumaterialien und Fermentpräparaten, Ausrüstungen für Mühlen und Getreidesilos, Verpackungsmaschinen für die angeführten Industriezweige sowie für medizinische Präparate und Vitamine.

W/K TECHSNABEXPORT

Postanschrift: W/K Technabexport, Moskau G-200, Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Technabexport Moskau
Telefon: 2443285
Fernschreiber: 7239

Aus- und Einfuhr: Geräte und Anlagen für die Kernforschung und Dosimetrie, für industrielle Isotopenkontrollgeräte, radiologische medizinische Geräte, Röntgeneinrichtungen, Instrumente für die Auffindung von radioaktiven Erzen, Instrumente für die quantitative und qualitative Isotopen- und Molekularanalyse von Stoffen, natürliche und künstliche radioaktive Isotopen, stabile Isotopen, Isotopenmarkierte chemische Verbindungen, radioaktive Strahlenquellen, Neutronenquellen, Deuterium- und Tritiumtargets, Schutzausrüstungen für Arbeiten mit Strahlenquellen, Transportschutzvorrichtungen, seltene Metalle und seltene Erdmetalle sowie ihre chemischen Verbindungen für industrielle Zwecke.

W/O TJASHPROMEXPORT

Postanschrift: W/O Tjashpromexport, Moskau Sh-324,
Owtshinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammanschrift: Tjashpromexport Moskau
Telefon: 2201610
Fernschreiber: 7531

Aus- und Einfuhr: Komplette Anlagen und Ausrüstungen für den Erzbergbau und Eisenhütten.

Leistet technische Hilfe beim Bau von Erzbergbau- und Eisenhüttenbetrieben, Ausbildung von Fachkräften.

W/O TSWETMETPROMEXPORT

Postanschrift: W/O Tswetmetpromexport, Moskau Sh-324
Owtshinnikowskaja nab. 18/1
Telegrammanschrift: Tswetmetpromexport Moskau
Telefon: 2201861
Fernschreiber: 7158

Ausfuhr: Komplette Ausrüstungen für die NE-Metallindustrie, Kohle und Gasindustrie.

Leistet technische Hilfe beim Aufbau der genannten Industrien.

3.) Außenhandelsvereinigungen für Dienstleistungen

INGOSSTRACH (Verweltung für Auslandsversicherung)

Postanschrift: Ingosstrach, Moskau K-12,
ul. Kuibyschewa 11/10
Telegrammanschrift: Ingosstrach Moskau
Telefon: 2234927
Fernschreiber: 7144

Übernimmt alle Arten von Versicherungen und Rückversicherungen, darunter: Versicherung von Gütern, Frachten und Schiffen, Feuerversicherung von Immobilien und Mobilien sowie Versicherung gegen Naturkatastrophen, Kaskoversicherung von Kraftfahrzeugen sowie Haftpflichtversicherung von Fahrern, Flugversicherung von Flugzeugen und Hubschraubern, Unfallversicherungen.

WAO INTURIST

Postanschrift: WAO Inturist, Moskau K-9,
Prospekt Marksa 16
Telegrammanschrift: Inturist Moskau
Telefon: 2922260
Fernschreiber: 7211, 7122

Organisation und Durchführung von Reisen für ausländische Touristen in der UdSSR, Auskünfte erteilen alle Reisebüros, die mit Inturist in Verbindung stehen.

W/O LIZENSINTORG

Postanschrift: W/O Lizensintorg, Moskau M-461,
ul. Kachovka 31
Telegrammanschrift: Lizensintorg Moskau
Telefon: 1220254
Fernschreiber: 7246

An- und Verkauf von Lizenzen, Patenten, Erfindungen von Maschinen, Ausrüstungen, Werkstoffen und Erzeugnissen, deren Lieferung als Prototyp bzw. als Muster nach Maßgabe eines Lizenzabkommens erfolgt; Bereitstellung von know-how und engineering.

W/O SOJUSWNEschTRANS

Postanschrift: W/O Sojuswneschtrans, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Sojuswneschtrans Moskau
Telefon: 2443951
Fernschreiber: 7266, 7291

W/O TRAKTOROEXPORT

Postanschrift: W/O Traktorexport, Moskau K-31,
Kusnezkiy most 21/5
Telegrammanschrift: Traktorexport Moskau
Telefon: 2443237
Fernschreiber: 7273

Aus- und Einfuhr: Schlepper, Landmaschinen, Wegebau-
maschinen, Ersatzteile, ferner Vorrichtungen und Geräte für die
Reparatur und Wartung dieser Maschinen.

Serviceleistungen für gelieferte Maschinen u. Traktoren.

W/O WNEschPOSYLTORG

Postanschrift: W/O Wneschposyltorg, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Wneschposyltorg Moskau
Telefon: 2418939, 2434792
Fernschreiber: 7250

Einzelverkauf an ausländische Privatpersonen, Ausführung von Aufträgen ausländischer Auftraggeber auf Lieferung von Geschenken an Empfänger, die in der Sowjetunion ihren Wohnsitz haben. Hierbei werden angeboten: Personenkraftwagen, Motorroller und -räder, Fahrräder, Fernseh- und Tonbandgeräte, Radioempfänger, Kühlschränke, Klaviere, Akkordeons, Banjos, Näh- und Waschmaschinen, Jagdgewehre, Fotoapparate, Ferngläser, Uhren, Woll-, Seiden-, Baumwoll- und andere Stoffe, Parfümeriewaren, Herren- und Damenbekleidung, Pelze, Wäsche, Trikotagen, Schuhe, Kaviar, Krabben, Fisch, Fleisch- u. Gemüsekonserven, Weine u. Spirituosen, Tabakwaren, Süßwaren u.a.

Expedition, Transport und Lagerung von Außenhandelsgütern, Transport dieser Güter auf dem Seewege, auf Binnengewässern, mit der Eisenbahn, mit Kraftwagen und mit Flugzeugen, auch im Transitverkehr durch die UdSSR, Ausführung von Aufträgen ausländischer Firmen für die Transport- und Expeditionsabfertigung von Nichtaußenhandelsgütern, diplomatischen und anderen Gütern für dritte Rechnung.

W/O SOWFRACHT

Postanschrift: W/O Sowfracht, Moskau G-200,
Smolenskaja-Sennaja Pl. 32/34
Telegrammanschrift: Sowfracht Moskau
Telefon: 2442411
Fernschreiber: 7168, 7169, 7170, 7171, 7172

Sowfracht tritt gegenüber sowjetischen u. ausländischen Seereedereien als Frachtmakler auf, Befrachtung sowjetischer und ausländischer Schiffe mit Stück- und Massengütern sowie Containern für sowjetische und ausländische Lieferanten, Abfertigung von Gütern mit Durchkonossement nach allen Häfen der Welt.

W/O SOWINFLOT

Postanschrift: W/O Sowinfplot, Moskau K-12,
ul. Shdanowa 1/4
Telegrammanschrift: Sowinfplot Moskau
Telefon: 2965032
Fernschreiber: 7217 (Rückantwort Sowinfplot 2)

Versorgung ausländischer Schiffe in sowjetischen Häfen und sowjetischer Schiffe in ausländischen Häfen, Unterstützung bei der Abwicklung von Hafenformalitäten, Vertritt die Rechtsansprüche sowjetischer Reedereien im Ausland und deren Interessen in Arbitrage- und Gerichtsstreitigkeiten.

SOWTRANSWTO

Postanschrift: Sowtransawto, Moskau K-12,
Staropanski pereulok 1/5,
Telegrammanschrift: Sowtransawto Moskau
Telefon: 2213653
Fernschreiber: 7251

Transport von Gütern und Personen im internationalen Kraftwagenverkehr. Befördert für sowjetische und ausländische Auftraggeber Außenhandelsgüter, diplomatisches und persönliches Gepäck mit Lkw von und nach der Sowjetunion bzw. im Transit durch die Sowjetunion.

W/O WNESCHTECHNIKA

Postanschrift: W/O Wneschtechnika, Moskau K-9,
ul. Gorkogo 11
Telegrammanschrift: Wneschtechnika Moskau
Telefon: 2291620
Fernschreiber: —

Zuständig für den wissenschaftlich-technischen Austausch mit ausländischen Staaten, für die Beschaffung und Erstellung wissenschaftlich-technischer Gutachten, für die leihweise Überlassung bzw. den Austausch wissenschaftlicher Ausrüstungen und Geräte. Leistet sowjetischen und ausländischen Forschungs-, Projektierungs- und Entwicklungsinstitutionen Beistand bei der Lösung von Rechtsfragen, die mit der Durchführung von gemeinsamen Forschungs-, Planungs- und Entwicklungsvorhaben verbunden sind.

WNESCHTORGBANK SSSR (Außenhandelsbank der UdSSR)

Postanschrift: Wneschtorgbank SSSR, Moskau K-16,
Neglinnaja ul. 12
Telefon: 2963477, 2963138
Fernschreiber: 7174—7178
und
Moskau K-16
Kopjewskij pereulok 3/5
Telefon: 2963012, 2284860
Zweigstelle der Außenhandelsbank in Leningrad:
Leningrad, ul. Brodskogo 4

Inkasso-, Akkreditiv- und Transferaufträge, die mit Abrechnungsgeschäften im Warenimport bzw. -export oder mit

Dienstleistungen verbunden sind, gewährt Kredite und nimmt Kredite auf; übernimmt Bürgschaften für Geldverpflichtungen zugunsten sowjetischer und ausländischer Rechtspersonen; kauft und verkauft ausländische Währung, Zahlungspapiere und Effekten in sowjetischer und ausländischer Währung; verkauft goldene Gedenkmedaillen, Münzen und andere Wertgegenstände; führt Geschäfte mit einfachen und gezogenen Wechseln aus sowie mit Travellerschecks der Staatsbank der UdSSR und anderen Banken; nimmt Geldmittel à conto und als Einlagen von ausländischen und sowjetischen privaten und juristischen Personen entgegen; übernimmt von ihren Kunden ausländische Währung, Edelmetalle, Wertpapiere und andere Wertgegenstände zur Aufbewahrung und führt sonstige Bankoperationen aus.

W/O WNESCHTORGISDAT

Postanschrift: W/O Wneschtorgisdats, Moskau A-47,
Orushejnyj Pereulok 25 a
Telegrammanschrift: Wneschtorgisdats Moskau
Telefon: 2505162
Fernschreiber: 7238

Verlagsunternehmen, das für sowjetische und ausländische Auftraggeber Kataloge, Prospekte, Plakate, Handzettel und andere Außenhandelswerbeliteratur in russischer Sprache und in Fremdsprachen verlegt sowie sowjetische Bücher und Werbeschriften in russischer Sprache und in Fremdsprachen im Ausland drucken läßt.

W/O WNESCHTORGREKLAMA

Postanschrift: W/O Wneschtorgreklama, Moskau M-461,
ul. Kachowka 31
Telegrammanschrift: Wneschtorgreklama Moskau
Telefon: 1210434
Fernschreiber: 7265

Übernahme von Werbeaufträgen aus dem Ausland für sowjetische Presse, Radio, Fernsehen und Außenwerbung, Vergabe von Werbeaufträgen ins Ausland für sowjetische Auftraggeber.

L e b e n s l a u f

Am 8. November 1945 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Dr.jur.Alfred Brenscheidt und seiner Frau Susie, geb. Bömers in Bremen geboren.

Ab April 1952 besuchte ich die Volksschule in Bremen. 1958 wechselte ich über zum Gymnasium am Barkhof, wo ich im März 1966 die Reifeprüfung ablegte.

Von April 1966 an diente ich in der Bundeswehr, die ich im März 1968 als Leutnant d.R. verließ.

Im Sommersemester 1968 begann ich mit dem Jurastudium an der Universität München, das ich am 11.Juli 1972 in München mit der 1. juristischen Staatsprüfung, Gesamtnote "voll befriedigend", abschloß.

Seit dem 17.9.1972 befinde ich mich als Rechtsreferendar im juristischen Vorbereitungsdienst im Bereich des Oberlandgerichts München.

